

In diesem Heft

Editorial

Essay

HELMUT BOCK

Pax Americana. Wie human sind die USA?

Erinnerung aus gebotenem Anlaß

5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MICHAEL CHRAPA

»Rechter Nachwuchs« – Werte und Einstellungen rechtsextrem orientierter Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt

10

LEV KREFT

Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien

25

Deutsche Zweistaatlichkeit

FAINA NOWIK

Der Übergang zur Politik der deutschen Zweistaatlichkeit

35

JÜRGEN HOFMANN

Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit

46

Frauen im Transformationsprozeß

KRYSZYNA NIEDZIJSKA

Frauen haben es schwerer: Zur Transformation in Polen

54

JELENA CHINAJEWA

Die Identität der russischen Frau

62

URSULA SCHRÖTER

Die Frauen und die Zukunftsdebatte.

Ein ostdeutscher Blick

66

In memoriam

MANFRED BEYER Trauerrede für Dieter Strützel, 17. Mai 1999	75
DIETER STRÜTZEL »... daß nichts verloren ist, solange wir noch selbst da sind. «	77
Dieter Strützel. Lebensdaten/ AUFRUF	80

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	82
---	----

Bücher & Zeitschriften

Maria von Bordes: Euer Name lebt. Zur Geschichte der Juden in der Region Bersenbrück, Rasch Verlag Bramsche 1997 (FRITZ VILMAR)	84
Jürgen Schebera: Eisler, Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Schott Musik International Mainz 1998 (LIESEL MARKOWSKI)	85
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsensgesellschaft zur Konfliktgesellschaft (Bd. 1); Was hält die Gesellschaft zusammen? (Bd. 2) Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.1997 (STEFAN BOLLINGER)	87
Werner Ulrich, Johann Binder: Armut erforschen. Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern, Seismo Verlag Zürich 1998 (ULRICH BUSCH)	90
Ulrike Götting: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Verlag Leske + Budrich Opladen 1998 (MICHAEL WOLF)	91
Jean Ziegler: Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen, C. Bertelsmann Verlag München 1998 (ARNDT HOPFMANN)	93
An unsere Autorinnen und Autoren. Impressum	96

Editorial

Sind wir nicht alle ein bißchen blair? So scheint eine der Maximen zu lauten, nach der die Bundesregierung und die mit ihr kollaborierenden Fraktionen verfahren. Sechzehn Jahre christlich-soziale Finanzwirtschaft gerieten zu einer Art Lotterie zwischen Schattenhaushalten, die eines SED-Wirtschaftssekretärs der späten Honeker-Regentschaft würdig gewesen wären, und der Verscherbelung des Tafelsilbers, das sich einst die Aufbaugeneration der Nachkriegszeit vom Munde abgespart hatte. Indessen wuchs hinter Waigelschen Rauchvorhängen ein Schuldenberg, der Helmut Kohl jeden Morgen, den sein Gott werden läßt, Anlaß zu Dankgebeten für das Wahlergebnis vom 27. September gibt. Zu seinem Glück war Schröder kein Momper.

Der seit 1871 vereinte deutsche Volkskörper erinnert sich zumeist dann spürbar wohlwollend der – in glücklichen Zeiten auf den Knien gehaltenen, potentiellen – Vaterlandsverräter aus der Sozialdemokratie, wenn seine Lieblingsherrscher ob der Resultate ihres segensreichen Tuns einer gewissen Erholung vom Amte bedürfen. Bisher haben die Sozis nur einmal versagt: 1928-30. 1918-23 hingegen, als kein denkender Mensch auch nur eine Stunde bereit war zur Kanzlerschaft, haben sie die Enteignung des deutschen Mittelstandes via Inflation hervorragend gemanagt – das hätte Ludendorff nie so hingekriegt.

Danach durften die Bürgerkabinette »Golden Twenties« spielen. 1928, es bröckelte wieder, fingen die erneut zur Regierung bestellten Sozialdemokraten mit dem Wählerbetrug in der Panzerkreuzerfrage zwar ganz verheißungsvoll an, waren dann aber, als die Arbeitslosigkeit auch nur ein wenig aus der Norm geriet, viel zu weich.

1945 – kaum ein Mitläufer konnte den Namen Adolf Hitler noch erinnern – zogen in den Landeskabinetten der Westzonen vor allem Sozialdemokraten die Karre aus dem Dreck. Sie waren erfolgreich und blieben zur Belohnung 1949 bei der Bildung der Bundesregierung außen vor: Ein einstiger preußischer Staatsratsvorsitzender übernahm das Zepter. Es gab nun wieder etwas zu verteilen, auch wenn es anfangs lediglich für Posten reichte, z.B. für die Nazi-Beamten, die sogenannten 131er.

1969 war es dann wieder soweit: Die Bundesrepublik befand sich in einer hoffnungslos anmutenden außenpolitischen Krise, hineinmanövriert mit sicherer christlich-liberaler Hand. Da half nur noch SPD.

Die kam ganz ordentlich sowohl damit als auch mit der Ölpreisschocks von 1973 und 1979 sowie deren Folgen zurecht. 1982 brummte der Motor wieder, und die westdeutschen Völkerschaften entschieden sich erneut für eine ihnen ähnliche Regierung.

Bis auf ein einziges Mal hat die deutsche Sozialdemokratie es stets gerichtet. Dabei war sie immer ein bißchen weniger grausam – als die andere Seite angedroht hatte, es zu sein. Zum Dank dafür haben die deutschen Frauen und Männer die Sozialdemokraten auch nie länger als nötig auf den Regierungsplätzen geduldet.

Viel anders erging es übrigens auch Labour in Großbritannien nicht. Dort ist jetzt Tony. Und der versucht zu sein wie die Demokraten in den USA.

Die sind den Republikanern schon lange ebenbürtig, nicht zuletzt bei der kriminellen Energie. Geht's nach den Papier-Schmieden aus Downing Street und Kanzleramt, wird man demnächst weder Labour noch der deutschen Sozialdemokratie weiterhin das Gegenteil nachsagen dürfen. Abschied vom Polit-Masochismus auch in Europa.

Bis dahin sind alle schon mal ein bißchen blair.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HELMUT BOCK

Pax Americana.

Wie human sind die USA?

Erinnerung aus gebotenem Anlaß

Alles begann in einem Berliner Laboratorium vor 60 Jahren – und alles schien bisherigen konkreten Erfahrungen zu widersprechen. Die Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann gewahrten bei der Bestrahlung von Uran mit Neutronen, daß sich der Urankern spaltete. In mehreren Ländern liefen ähnliche Versuche. Aber nur mit dem Ziel, im Innersten der Natur, soweit der Forschung zugänglich, diejenigen Kräfte und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, die hier den Zusammenhang bewirken. An irgendeine Nutzenanwendung vermochte noch niemand zu denken.

Die beiden Deutschen beschrieben ihre Beobachtung am 6. Januar 1939 in der Zeitschrift »Die Naturwissenschaften«. Es dauerte nur wenige Wochen, bis diese in Dänemark, Frankreich, den USA nun auch von Physikern nachgeprüft und bestätigt wurde. Man erinnerte sich einer älteren spekulativen Vermutung, die half, einen Prozeß zu verstehen, bei dem ungewohnt hohe Energien frei werden mußten: Ein unter Neutronenbeschuß zerplatzender Urankern würde selbst neue Neutronen abgeben und bewirken, daß benachbarte Urankerne infolge einer Kettenreaktion in die Spaltung hineingerissen würden. Der Berliner Physiker Siegfried Flügge stellte in der genannten Zeitschrift schon im Frühjahr 1939 die Praxisfrage: »Kann der Energiegehalt der Atomkerne technisch nutzbar gemacht werden?« Seine fiktive Rechnung besagte, daß Energie, die bei der vollständigen Spaltung von 1 Kubikmeter Uraniumoxyd freigesetzt würde, dazu ausreiche, um 1 Kubikkilometer Wasser in eine Höhe von 27 Kilometern zu schleudern. Es war eine Sternstunde der Naturwissenschaften. Die gewaltige Energiequelle verhieß reichere Lebensqualität für alle Bewohner der Erde.

Doch in demselben historischen Augenblick wuchs auch der düstere Schatten auf: die Möglichkeit des militärischen Mißbrauchs. Die Gefahr einer schlechthin vernichtenden Bombe. Sofort trieb die fatale Erkenntnis den Gewissenskonflikt namhafter Forscher hervor. Der ungarische Physiker Leo Szilard, politischer Emigrant in den USA, warnte vor einer Weiterarbeit, zumindest vor jeder Publikation über die Kettenreaktion. Der Franzose Frédéric Joliot-Curie beurteilte die Frage der Publikation anders: Die Kenntnis der möglichen, sogar explosiven Freisetzung ungeheurer großer Energien wäre schon viel zu weit verbreitet, um sie noch eindämmen zu können. Politische Machthaber würden dieses Wissen bald für Staatszwecke benutzen, die Weiterarbeit in eigene Regie nehmen und die Resultate geheimhalten. Je früher der Weltöffentlichkeit

Helmut Bock – Jg. 1928,
Historiker, Prof. em. Dr. phil.
habil., Berlin.

bekanntgemacht würde, desto besser könnten Einsichtige gegen den Mißbrauch der Kernforschung auftreten. Verschweigen wäre nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Joliot-Curie publizierte seine Arbeitsergebnisse. Er interpretierte die Spaltung eines Urankerns, die Möglichkeit der Kettenreaktion, und weitere Forscher in weiteren Ländern fanden dasselbe Resultat.

Kaum hatte der Zweite Weltkrieg angefangen, da begann die militärpolitische Ausbeutung des neuen Wissens. Nationale Regierungen und Militärbefehlshaber stülpten die Tarnkappen der Geheimhaltung über naturwissenschaftliche Forschungen und technische Entwicklungen – bis dieses Dunkel, nur sechs Jahre später, mit den grauenhaften Blitzen von Hiroshima und Nagasaki zerriß. Weit hinter den Kriegsfronten verendeten 155 000 Menschen im Inferno der Explosionen sofort, 200 000 bis 300 000 starben den qualvollsten Siechentod. Alle Beschreibungen, die in der Überlieferung zu finden sind, vermögen das Entsetzen, das nachfolgende Elend in Wort und Bild schwerlich zu fassen.

I.

Es war Szilard, der Einstein zu jenem berühmten Brief vom 2. August 1939 veranlaßte, durch den der Präsident F. D. Roosevelt vor deutschen Uranerzschürfungen und Kernforschungen gewarnt, überdies zum präventiven Bau einer eigenen Bombe gedrängt wurde. Schließlich selbst in den Krieg gegen Nazi-Deutschland und dessen Alliierte verwickelt, peitschte die US-amerikanische Administration die Herstellung der Vernichtungswaffe voran. Doch es blieben Gewissensbisse, überdauerten Ängste, von denen Kernforscher, die zu den »Vätern der Bombe« zählen, geplagt wurden. »Während des ganzen Jahres 1943 und eines Teils von 1944 war es unsere größte Sorge«, so dokumentiert Szilard, »daß die Deutschen eine Atombombe vor der Landung in Europa fertigstellen könnten. 1945 aber, als wir aufhörten, uns Sorgen darüber zu machen, was die Deutschen uns antun könnten, begannen wir uns besorgt zu fragen, was die Regierung der Vereinigten Staaten wohl anderen Ländern antun könnte.«

Ein zweites Mal ging Szilard zum Meister der Relativitätstheorie, dem wohl Renommiertesten aller Naturwissenschaftler – nicht mehr einzig gespornt vom Widerstandsgeist gegen die Barbarei Hitlers. Jetzt trieb ihn der Argwohn, die verheerende Waffe könnte von den eigenen Militärs mißbraucht werden. Wiederum, am 25. März 1945, schrieb Einstein an den Präsidenten und bat, den Kernphysiker zu empfangen. »Die Geheimhaltungsbestimmungen, an die Dr. Szilard gebunden ist, verbieten ihm, mich über seine Arbeit zu informieren. Anscheinend ist er aber sehr beunruhigt über den Mangel an ausreichendem Kontakt zwischen den Wissenschaftlern, die an dem Projekt arbeiten, und den Mitgliedern Ihres Kabinetts, die für die politische Seite des Problems verantwortlich sind.«

Einsteins Brief lag ungeöffnet auf Roosevelts Schreibtisch, als dieser am 12. April 1945 starb. Wissenschaftler und Techniker, die an der Bombe arbeiteten, hatten ihr bohrendes Gewissen gerade im Gedanken an diesen Präsidenten zu beruhigen gesucht: Er mochte

die schwere Verantwortung tragen, die die Atomwaffe eigentlich allen Beteiligten als drückende Last auferlegte. Doch Roosevelt, der moralische Schutzschild, war tot.

Am Tag darauf informierte J. F. Byrnes, juristischer Vertreter der finanzkapitalistischen Morgan-Gruppe und Direktor des Kriegsamtes, den neuberufenen Präsidenten H. S. Truman. Die Vereinigten Staaten seien dabei, einen Sprengstoff fertigzustellen, der »die Welt zerstören« könne. Dabei soll die vielsagende Bemerkung gefallen sein: Die USA würden ein atomares Monopol gewinnen – und gegenüber der Sowjetunion sieben bis zehn Jahre lang bewahren können. Truman, wie seine Memoiren bezeugen, war fasziniert von den »fast unglaublichen Entwicklungen«, der »furchtbaren Macht, die uns bald in die Hände gegeben« sei. Er ernannte Byrnes zu seinem persönlichen Berater für Atomfragen und wenig später zum Außenminister.

Auch Kriegsminister Stimson unterrichtete den neuen Präsidenten: »Innerhalb von vier Monaten werden wir nach aller Wahrscheinlichkeit die schrecklichste Waffe in der Geschichte der Menschheit vollendet haben, eine Bombe, die eine ganze Stadt zerstören kann. Wenn das Problem der richtigen Nutzung der Waffe gelöst werden kann, hätten wir die Möglichkeit, die Welt in einen Zustand zu versetzen, in dem der Weltfrieden und unsere Zivilisation gerettet werden können.« So lautet der einleitende Text des Memorandums der Generalität, das Stimson dem Präsidenten am 25. April 1945 überreichte. Das geschah in den Tagen, als die Sowjetarmee bereits in den Straßen Berlins, der Wolfshöhle des Hitlerfaschismus, kämpfte – zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Welche Bedeutung die Begriffe »Weltfrieden« und »unsere Zivilisation« im Denken des Kriegsministers hatten, erhellen seine damals noch geheimen Tagebuchaufzeichnungen: »Wir müssen die Führung zurückgewinnen, die uns die Russen entrissen haben. Eine Atombombe die eine Hand voller Trümpe [...]. Wenn wir diese alles zerschmetternde Waffe besitzen, sind wir in einer viel freieren und stärkeren Position, falls es zu einem Zusammenstoß mit der Sowjetunion käme.«

II.

Erst am 28. Mai wurden Szilard und der Nobelpreisträger H. C. Urey als Vertreter der bedenklichen Gruppe unter den Kernforschern zur Regierungsaudienz zugelassen – jedoch nicht vom Präsidenten, sondern nur von dessen Berater empfangen. Byrnes soll den Wissenschaftlern mit undurchdringlicher Miene zugehört haben, als sie von den schlimmen Folgen sprachen, die ein Einsatz der neuen Waffe provozieren würde: Vergiftung der internationalen Beziehungen, Auslösung eines hektischen Wettrüstens, wozu sich andere Staaten, besonders die Sowjetunion, veranlaßt sähen. »So viel ich weiß«, erwiderte Byrnes, »gibt es in Rußland doch überhaupt kein Uran! Darum bin ich fest überzeugt, daß wir durch den Besitz und die Anwendung der Bombe Rußland gefügiger machen werden.«

Wenige Tage später verabschiedete das »Interim Committee« unter Leitung des Kriegsministers eine Empfehlung an den Präsi-

denten: Im noch bestehenden Kriegszustand gegen Japan sollte die Bombe ohne Vorwarnung geworfen werden – auf eine möglichst große Stadt mit Rüstungsanlagen, Industrie und dichtbesiedelten Wohngebieten. General Groves, treibendes Kommissionsmitglied und militärischer Leiter des Bombenbaus in Los Alamos, erläuterte diesen Plan mit zynischem Sachverstand: »Um die Wirkung der Bombe richtig einschätzen zu können, sollten die Ziele nicht durch Luftangriffe beschädigt sein. Erwünscht wäre schließlich, als erstes Ziel einen Ort von solcher Größe zu wählen, daß die ganze Zerstörungszone sich innerhalb des Ortes befände und wir daher die Gewalt der Bombe genauer bestimmen könnten.« Auf der Todesliste erschienen die Namen von Städten, die als »besonders geeignet« bezeichnet wurden: Hiroshima, Kokura, Nagasaki, Niigata. Den Luftstreitkräften wurde befohlen, diese Orte nicht zu bombardieren.

Trotz der strengsten militärischen Geheimhaltung sickerten Informationen durch. In den Laboratorien, die an der Bombenentwicklung beteiligt waren, entstanden Protestschreiben, mit kreisförmigen Unterschriften, um Initiatoren und Erstunterzeichner zu verschleiern. Die Sicherheitsoffiziere aber erklärten die Petitionen für »top secret«. Geheimdokumente durften nur mit militärischer Bewachung zum Ort der Regierung gebracht werden – und weil zur Zeit, wie Groves beispielsweise erklärte, kein Begleitpersonal zur Verfügung stehe, verschwanden die Papiere im Safe von Los Alamos. Im »Metallurgischen Laboratorium« der Universität Chicago, wo Diskussionen verboten wurden, ergab eine geheime Abstimmung von einhundertfünfzig Wissenschaftlern und Technikern vierfünftel Nein-Stimmen gegen den kriegsmäßigen Einsatz der Bombe.

Von allen Bekenntnissen, die in diesen Wochen geäußert wurden, ist noch immer der Bericht an den Kriegsminister vom 11. Juni 1945 hervorzuheben – verfaßt und offen unterzeichnet von sieben Chicagoer Wissenschaftlern, die unter der Leitung des einstigen Göttinger Professors James Franck den unangemeldeten Kernwaffenangriff auf Japan ablehnten. »Wenn unser Land als erstes eine solch verwerfliche Methode der restlosen Zerstörung jeglicher Zivilisation einführt«, wäre ein Wettrüsten die Folge, bei dem auch andere Staaten binnen zehn Jahren in den Besitz von Kernwaffen gelangten. Der Mahnruf erfolgte zwei Wochen vor dem Gründungskongreß der UNO in San Franzisko. Diese Forscherelite, die von der Furchtbarkeit der Waffe und der Dramatik der weltpolitischen Entscheidungssituation wirklich wußte, begegnete den Gewaltambitionen ihrer Regierung mit einer Empfehlung, die von humaner Ethik getragen war: Die Bombe sollte »vor den Augen der Abgeordneten aller Vereinten Nationen« in einem geeigneten, unbewohnten Gebiet vorgeführt und von einer Erklärung an die Welt begleitet werden. »Ihr seht, was für eine Waffe wir besaßen, aber wir haben sie nicht angewandt. Wir sind bereit, sie auch in Zukunft nicht anzuwenden, wenn sich die anderen Nationen uns darin anschließen und in die Gründung einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle einwilligen.« Der »Franck-Report« wurde für wert erachtet, zu den Akten genommen zu werden.

III.

Die erinnerten Tatsachen, die in den bis heute publizierten Dokumenten und Darstellungen zu finden sind, beweisen die Strategie der US-amerikanischen Regierung und des Pentagons – noch während ihr Volk in den Reihen der Antihitlerkoalition und also an der Seite der »Russen« kämpfte. Die Bombe sollte fallen – je eher, desto besser! Sie explodierte erstmals am 16. Juli 1945 in der Wüstenlandschaft des sinnigen Namens Jornada del Muerto (»Reise in den Tod«): technischer Geheimversuch und zugleich erklärte Warnung gegenüber der Sowjetunion in den Tagen der Potsdamer Konferenz. Die welterschütternden Katastrophen am 6. und 9. August 1945 in Japan, die man als Antifaschist (letzteres ist Bedingung!) auch Kriegsverbrechen und Verbrechen wider die Menschlichkeit nennen kann, eröffneten sodann den verhängnisvollsten Vorgang der Menschheitsgeschichte: Alles Leben und jede Art von Politik erfolgt seitdem unter der krebsartig wachsenden Vernichtungsgewalt, die mit dem allegorischen Begriff der »Bombe« längst unzureichend bezeichnet ist.

Robert Oppenheimer, Projektleiter der Endfertigung des Monstrums in Los Alamos, bekannte 1948 im Interview mit Betroffenheit: »In einem ursprünglichen Sinn [...] haben die Physiker die Sünde kennengelernt; und das ist eine Erkenntnis, mit der sie von nun an leben müssen.« Präsident Truman hingegen, der einen Monat nach Gründung der UNO den Abwurf der Bomben entschieden hatte und bald ihre weitere Produktion verfügte, posaunte mit staatspolitischer Hybris: »Was dort geschah, ist die größte Leistung der organisierten Wissenschaft in der ganzen Geschichte. Sie wurde unter äußerstem Druck erbracht und war ein absoluter Erfolg. Wir haben zwei Milliarden Dollar für das größte wissenschaftliche Risiko der Geschichte aufs Spiel gesetzt – und gewonnen.«

Einstein war wegen seines nur brieflichen Anteils zutiefst deprimiert. Doch die Kernwaffe wäre in den Vereinigten Staaten auch ohne sein erstes Schreiben an Roosevelt gebaut worden. Wahrscheinlich nur wenig später. Ihre Verheerungen wären dann nicht in Japan erfolgt, wohl aber im Korea-Krieg oder in Vietnam. Andere Menschen wären die Opfer gewesen – was entscheidend für die Betroffenen ist. Aber nicht von prinzipiell anderem Einfluß auf die Weltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es gab eine politische Macht, die die Massenvernichtungswaffe um jeden Preis besitzen und zum Einsatz bringen wollte. Ihre »Stärke« vor aller Welt zu demonstrieren, so daß kein anderes Land, kein anderes Volk ernsthaft mehr konkurrieren könnte – das schien der Errichtung eines neuen Hegemonialsystems dienlich: der »Pax-Americana«, des »Weltfriedens« und der »Zivilisation« im Interesse einer vom Monopolkapital geführten, alles beherrschenden USA.

MICHAEL CHRAPA

»Rechter Nachwuchs« – Werte und Einstellungen rechtsextrem orientierter Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt*

»Rechtsextremismus« ist ein Thema, das unsere Gesellschaft beim Übergang ins 21. Jahrhundert weiter beschäftigen muß. Obwohl Denkweisen und Handlungsmuster dieser Prägung nicht immer offen zutage treten, sind sie aber gegenwärtig in beunruhigendem Maße auch in den Ländern mit entwickelter parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit präsent. Öffentliche Aktionen des Rechtsextremismus, die häufig mit dem Bild des »jugendlichen Täters« verbunden sind, rufen oft Entsetzen, Abscheu und mit Hilflosigkeit gepaarte Ängste hervor, dies aber – und hier wäre mit Fug und Recht von einem weiteren »Phänomen« zu sprechen – verknüpft sich mit einem »Dickicht verschiedener ›Deutungen« zur Thematik. Trotz klar mehrheitlicher Verurteilung von rechtsextremen Handlungen gehen die Meinungen zu Ursachen, Aufkommen oder wirksamer Bekämpfung oft weit auseinander. Nicht selten ist zu beobachten, daß Rechtsextremismus auch der Instrumentalisierung in machtpolitisch gefärbten Auseinandersetzungen unterliegt.

Rechtsextremismus als dehumane Bedrohung demokratischer Verfaßtheit der Gesellschaft verkörpert gleichermaßen ein Gefahrenpotential und eine große politische Herausforderung, der sich ebenso engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen müssen. Die skizzierte Ausgangslage verweist auf die Kompliziertheit dieses Feldes, so daß profunde wissenschaftliche Kenntnisse mehr denn je gefragt sind. Das Team des FOKUS-Institutes hat sich seit längerem dieser Thematik zugewandt.¹ Die hier besprochene Studie beruht vor allem auf den Daten einer Erhebung, bei der im Herbst 1998 eine repräsentative Schülerpopulation von 1.934 Personen (zwischen 11 und 19 Jahren) in Sachsen-Anhalt schriftlich-anonym befragt wurde. Anhand von eindeutigen Selbstcharakterisierungen gelang es, eine Teilgruppe von mindestens 6 Prozent zu bestimmen, die deutlich als rechtsextrem orientiert gilt (»Junge Rechte«). Die Identifizierung erfolgte nach einer Selbsteinschätzung, bei der die Kinder und Jugendlichen aufgefordert waren, für sie wichtige und charakteristische Dinge (Symbole, Ideen, Personen usw.) zu benennen. Ausgewählt wurden nur diejenigen, die unmißverständliche, deutlich als rechtsextrem einzuschätzende Elemente (»Adolf Hitler«, »Waffen-SS« u.ä.) formulierten. In die Betrachtung gehen ferner ausschnittartig die Ergebnisse einer im Sommer 1998 durchgeführten Erhebung ein, bei der es gelang, Jungerwachsene mit einem rechtsextrem orientierten Sympathie-Verhalten gegenüber der DVU zu identifizieren.

Michael Chrapa – Jg. 1950, Dr. phil., freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg; in UTOPIE kreativ u.a.: »Alltagsbewußtsein und politische Aktivität – Empirische Befunde zur ostdeutschen Realität und theoretische Überlegungen« (Heft 79).

* FOKUS-Studie »Junge Rechte«, 1998/99.

¹ Siehe FOKUS-Studien: »Zukunft und Politik«, Halle 1996, »Halbzeit«, Halle 1996, »Komplexe Wahlstudien zu den Landtagswahlen im Bundesland Sachsen-Anhalt 1998«, Halle 1998, »Protestpotentiale und Positionen des Rechtsextremismus im Meinungsbild der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt«, Halle 1998.

Rechtsextremismus als Streitfall

Wie bereits angeführt, stellt sich die Beschäftigung mit dem Thema »Rechtsextremismus« als kompliziertes Unterfangen dar. Der in dieser Hinsicht wohl als kompetent geltende Forscher Wilhelm Heitmeyer spricht – im Kontext der Gewaltdiskussion – gar von »Thematisierungsfallen«, die die Debatte in die Irre führen können.² Im folgenden soll deshalb schlaglichtartig auf einige dieser Schwierigkeiten eingegangen werden.

Schwierigkeit 1: Rechtsextremismus als »hochbrisantes« Thema
Rechtsextremismus ist zunächst insofern ein weites Feld, als er in verschiedenen Formen, zu unterschiedlichen Zeiten und so in der Gesellschaft »verankert« zutage tritt, daß seine schnelle »Beseitigung« unrealistisch anmutet. Gleichzeitig ruft Rechtsextremismus starke Emotionen hervor und fordert das öffentliche Moralempfinden eklatant heraus. Die Folgen können sowohl »Überreaktionen« (Panik, Ruf nach schnellen Erklärungen und »Sofortlösungen«) oder »Unterschätzungen« (Darstellung als »Einzelfall«, Verdrängung u.a.) sein. HEITMEYER spricht in diesem Zusammenhang auch von »Moralisierungs-Fallen«³.

Schwierigkeit 2: Betrachtungen zum Rechtsextremismus im »Gemisch« von (problembehafteten) Sichtweisen

Ein Problemaspekt ist in verschiedenartigen und mitunter unklaren Begrifflichkeiten zu sehen. Auf jeden Fall ist zwischen »rechten« und »rechtsextremen« Denkweisen und Politikansätzen zu unterscheiden. Erstere bilden einen Teil des demokratischen (Parteien-) Spektrums, die letztgenannten können wohl nicht zur demokratisch-politischen Kultur gerechnet werden. Ein weiteres Problem sind die sehr unterschiedlichen Blickwinkel der verschiedenen Akteursgruppen. Dies betrifft vor allem die folgenden Sichtweisen:

Alltagstheoretische Perspektive:

Rechtsextremismus wird zumeist vergrößert, teils distanziert, teils (z.B. in bezug auf Ausländer) mit heimlicher Sympathie betrachtet. Lösungsvorschläge orientieren oft auf schnelle Schritte, bei denen Institutionen Verantwortung übernehmen, die eigene Person und das familiäre Umfeld aber unberührt bleiben sollen.

Mediale Perspektive:

Auf der einen Seite informieren die Medien realistisch, in vieler Hinsicht aber bedienen sie die »Skandalisierungs-Fälle«⁴. Allein gestützt auf Informationen der Massenmedien würden Urteile zum Rechtsextremismus mit Sicherheit verzerrt ausfallen.

»Betroffenen-Perspektive«:

Hier wirken Angst und Wut in besonderem Maße. Hinzu kommen Ohnmachtsempfindungen, die entweder Resignation befördern oder den Ruf nach schnellen, oft radikalen »Lösungen« unterstützen.

(Macht-)Politische Perspektive:

Nicht selten wird Rechtsextremismus der Instrumentalisierung unterworfen. Einen praktischen Beleg dafür lieferten u.a. die öffentlichen Meinungsschlachten nach dem überraschenden DVU-Wahlerfolg bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt.

Wissenschaftliche Perspektive:

Bei einer solchen Betrachtungsweise muß ein neutrales, objektivierte Herangehen vorherrschen. Dies kann zum einen für die

2 Siehe: Wilhelm Heitmeyer: Gewalt. Weinheim 1996, S. 425-428.

3 Ebenda, S. 426.

4 Ebenda, S. 426.

Forscherinnen und Forscher zu verschiedenartigen moralischen Dilemmata führen, zum anderen setzen sie sich dadurch nicht selten dem Vorwurf aus, »zuviel Verständnis« für die rechtsextremen Jugendlichen aufzubringen.

Handlungsorientierte Perspektive:

Hier stehen Anforderungen der Praxis im Vordergrund. Aus Sicht von Jugend- und Sozialarbeit, Rechtspflege oder Pädagogik wird nach plausiblen Konzepten für den unmittelbaren Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gesucht. Weiterhin nicht völlig überwunden ist dabei die Illusion, es gäbe »Rezepte« oder einen allgemeingültigen »Königsweg«.

Schwierigkeit 3: Reale Komplexität des Rechtsextremismus

Auf die Vielfalt und komplizierte Verflechtung der Faktoren, die Rechtsextremismus hervorbringen und befördern, wird im weiteren noch einzugehen sein. Hinzuweisen ist ferner darauf, daß rechtsextreme Einstellungen selbstverständlich auch in unterschiedlicher Stärke, Ausprägung und Kombination (selbst beim einzelnen Individuum) auftreten. Rechtsextremismus ist deshalb sowohl »(soziales) Gruppenphänomen« als auch »Einzelfall« – letzteres sogar im wörtlichen Sinne, wenn eine ganz konkrete Tat und eine schuldige Person betrachtet werden.

Schwierigkeit 4: Meß- und Betrachtungsprobleme

Die sozialwissenschaftliche »Meßbarkeit« eines Erscheinungskomplexes stellt gerade bei Phänomen Rechtsextremismus eine besondere Schwierigkeit dar. Als Problemlagen seien kurz erwähnt: Statistisch-großzählige Messungen – wie bei quantitativen schriftlichen Befragungen – vermitteln eher das Bild einer makroskopischen »Draufsicht«, ohne daß dabei spezifisch individuelle Sichtweisen und persönliche Entwicklungsverläufe erfaßt werden können.

Der Messung zugänglich sind stets nur »subjektive« Dispositionen, die auch Verzerrungen, Unwissen und Vorurteile einschließen. Diese Dispositionen tragen jedoch in bestimmter Hinsicht »objektiven« Charakter, da sie real im sozialen Feld wirken.

Messungen stellen zumeist »Momentaufnahmen« dar, sie müssen aber Zeitverläufe und biographische Veränderungen in Rechnung stellen. Etliche konkrete Phänomene des Rechtsextremismus lassen sich nur im Rekurs auf vergangene Jahre richtig erfassen.

Erkenntnisse der Ursachenforschung zum Thema Rechtsextremismus

Rechtsextremismus Form kann nur als mehrdimensionales, multifaktorielles Problem beschrieben werden. Vergleiche mit der Literatur⁵ und selbständige Analysen verweisen auf mindestens sieben Dimensionen von Rechtsextremismus, die folgende wichtige ideologische und politische Charakterisierungsmerkmale tragen:

1. Autoritarismus, Gewalt- und Stärkeorientierung. Stichworte: Führer- und Männlichkeitskult, praktisches Gewaltverhalten, Abwertung »bürgerlicher« Demokratie, artikulierte »Systemfeindlichkeit«.
2. »Ungleichheits-/Ungleichwertigkeits-Vorstellungen« und Ethnozentrismus, sozialdarwinistische Bewertung natürlicher Ausstattungen. Stichworte: Leugnung universeller Menschenrechte, »rassistisch-völkische« Wertmaßstäbe mit Unterscheidung zwischen »Starken«/

5 Siehe: Walter Friedrich, Peter Förster: Jugend im Osten, Leipzig 1996; Kurt Möller, Siegfried Schiele: Gewalt und Rechtsextremismus, Schwalbach 1996.

»Gesunden« und »Schwachen«/»Minderwertigen« bei dehumaner Ablehnung letzterer, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit.

3. (Spezifischer) Nationalismus. Stichworte: Visionen eines »künftigen starken Deutschlands«, (in Verbindung mit Ethnozentrismus); Kult des »völkischen Deutschtums«, Streben nach kultureller Hegemonie (über Symbolik, Musikkultur u.a., nicht ausschließlich, aber verstärkt im Jugendbereich).

4. Besondere Positionen zum Nationalsozialismus, Antisemitismus. Stichworte: Eigenes, geklittertes »Geschichtsbild«, antisemitische Aussagen, »Nazi-Kult«.

5. Bekämpfung »linker« Ideen und Akteure. Stichworte: »Rechts«-»Links«-Schema und entsprechende Feindbilder, Gewalt gegen (selbstdefinierte) »Linke«.

6. Funktional vereinfachte Wahrnehmungen und Denkmuster. Stichworte: Stark vergrößerte Problemsicht, klare »Schuldzuschreibungen«, simplifizierte, gewollt populistische »Lösungsvorschläge«.

7. Vielfältige »politisch-organisatorische« Formen und Verbindungen. Stichworte: Verortung in mehreren Parteien und Jugendorganisationen (mit internationaler Vernetzung), bei Jugendlichen gleichzeitig lockere Gruppenbildung über den »Lifestyle-Zusammenhang« und mannigfaltige gruppenspezifische Prozesse, Streben nach »sozialräumlicher Hegemonie« (z.B. Konzept »National befreite Zonen«).

Gestützt auf ausgearbeitete faktoranalytische Modelle⁶ wurde für die vorliegende Studie das im folgenden dargestellte Konstrukt zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen entwickelt:

6 Siehe: Walter Friedrich, Peter Förster: Jugend im Osten, a.a.O., S.127.

Übersicht 1: *Einflussfaktoren in bezug auf die Entstehung von Rechtsextremismus*

<i>(A) Geschichte/Sozialisaton/ Hintergrund</i>	<i>(C) Frustrationspotentiale</i>
Person: Umfeld: ICH-Stärke, Familie, Orientie- Gruppe rungen, Werte	Soziales: Demokratie- Unsicherheit, Defizite: Benach- Ohnmacht, teiligung, Zugangs- Ausgrenzung probleme

Rechtsextreme Einstellungen
 Verhalten/Handeln
 (Auch:)Wahlverhalten, Gewalttaten,
 Freizeitverhalten

<i>(B) In der Gesellschaft vorhandener Rechtsextremismus</i>	<i>(D) Gesellschaftliche Situation</i>
Rechtes im Rechte »Zeitgeist« Strukturen, Logistik	Reale Probleme Situatives: moderner Gesell- Ort, Zeit, schaften Konflikt- lagen

Mit der Faktorengruppe A werden Elemente der personengebundenen Sozialisation, also auch Besonderheiten der »DDR-Biographie« erfaßt, worin zweifellos die Probleme zivilgesellschaftlicher Defizite und verinnerlichter rigider Denkmuster (»Freund-Feind-Schema«) eingeschlossen sein können. Ins Gewicht fallen ferner die Umstände des Mikroklimas der Familie oder des Freundeskreise und selbstverständlich der »Faktor Persönlichkeit«, der in diesem Zusammenhang besonderer Untersuchungen bedarf.

Mit der Betonung des Faktorkomplexes B wird davon ausgegangen, daß große soziale wechselseitige Beeinflussungen vorliegen und daß »existierender Rechtsextremismus« weiterwirkt. Zu den begünstigenden Elementen sind zweifellos auch die Positionierungen einiger einflußreicher Politiker/innen (z.B. in bezug auf »Ausländer«) und nicht minder gesellschaftlich relevante Ereignisse (Ausschreitungen und die Reaktionen darauf, Bundeswehr-Skandale u.a.) zu rechnen.

Die im Punkt C beschriebenen Probleme wirken als »reproduzierende Rahmenbedingungen«. Sowohl soziale Spannungen als auch vor allem »Ohnmachts-Empfindungen« können in der Form starker Frustrationspotentiale zur Wirkung kommen.

Das Faktorenbündel D weist zum einen darauf hin, daß Komplexität und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen modernen Gesellschaft eine Vielzahl von Problemlagen hervorbringen, die immer auch »eine ›braune‹ Lösungsvariante« zumindest formal ermöglichen. Konkrete konfliktäre Zuspitzungen im politisch-gesellschaftlichen Leben können ebenfalls zur Ausformung von Rechtsextremismus beitragen.

In der letzten Zeit kommt es in der Öffentlichkeit immer wieder zu lebhaften Diskussionen darüber, welches denn nun die »wirklichen« Ursachen von Rechtsextremismus seien. Exemplarisch dafür steht die durch Veröffentlichungen des Kriminologen Christian Pfeiffer ausgelöste, zum Teil »überpolitisierte« oder emotional-unsachlich geführte Debatte⁷. Vom Kern her ging es in diesen Diskussionen um die These, ob oder in welchem Maße die Wirkungen des DDR-Erziehungssystems auf Kinder und Jugendliche gegenwärtig in Ostdeutschland eine gesteigerte rechtsextreme Gewalttätigkeit hervorbringen, der vor allem Ausländer zum Opfer fallen. Aus Sicht der vorliegenden Untersuchung soll in diesem Zusammenhang auf folgende Aspekte hingewiesen werden:

Untersuchungen, die wie im Fall der Pfeifferschen Studie, Ost-West-Vergleiche herstellen, sind legitim und notwendig. Methodisch wichtig ist es dabei, stets die Validität verwendeter Fragestellungen, Indikatoren und Begriffe zu überprüfen. Dabei geht es weniger um die »semantische«, sondern gleichsam um die »soziale« Gültigkeit von Kategorien. Der Begriff »Arbeitslosigkeit« beispielsweise hat in Ostdeutschland in der Tat eine andere soziale Bedeutung als in den alten Bundesländern.

Es gibt einen ernsthaften faktoranalytischen Einwand gegen die Aussagen von Christian Pfeiffer. Wohl unbestritten ist, daß die Herausbildung von rechtsextremen, ausländerfeindlichen Einstellungen auf einem Komplex von Faktoren beruht und nur multivariat betrachtet werden kann. Das Problem liegt aber im zugemessenen

7 Siehe: Christian Pfeiffer: Anleitung zum Haß, in: DER SPIEGEL, Hamburg 1999, 12/99.

»Gewicht« der jeweiligen Faktoren, im konkreten vor allem darin, welche Stärke der (durch Sozialisation beeinflusste) Komplex »Persönlichkeit« im Wechselspiel mit anderen Elementen (z.B. mit sozialen Komponenten) tatsächlich hat. Wenn man dem eine so hohe Bedeutung zumißt, dann hätten der Faktor »Persönlichkeit« und darin die Elemente der »staatlichen Erziehung« im Rahmen der zitierten Studie exakt separiert und belegt werden müssen, z.B. durch gezielte Täter-Interviews und den Vergleich mit anderen Jugendlichen (in einer »Blind-Stichprobe«).

In der wissenschaftlichen Fachliteratur wird das eben genannte Spannungsfeld wesentlich sachlicher reflektiert, als dies Pfeiffer in den ersten Monaten des Jahres 1999 tat. Heitmeyer verweist unter der Überschrift »Unkalkulierbare Verwerfungen in Ostdeutschland« sowohl auf die Auswirkungen von »Sozialisationsdefiziten« bei ostdeutschen Jugendlichen als auch auf die Effekte sozialer Risikoelemente des gegenwärtigen Umbruchs und spricht letzteren eine größere Einflußwahrscheinlichkeit zu.⁸ Klaus Hurrelmann verwendet in seinen Argumentationen zum Thema vor allem den Ansatz, die aktuellen Frustrationspotentiale zu analysieren, die mit dem Leben ostdeutscher Jugendlicher verbunden sind (politisch-identitätsstiftende, wirtschaftliche und sozialpolitische Faktoren).⁹ Kurt Möller entwickelt eine Übersicht, die sowohl personenbezogene als auch soziale Gefährdungsgrößen vereint.¹⁰

8 Siehe: Wilhelm Heitmeyer: Gewalt, a.a.O., S. 420-421.

9 Siehe: Heidrun Bründel, Klaus Hurrelmann: Gewalt macht Schule, München 1997, S. 277-279.

10 Siehe: Kurt Möller, Siegfried Schiele: Gewalt und Rechtsextremismus, a.a.O., S. 35.

»Junge Rechte« und ihre Freizeit

Übersicht 2: *Freizeitbeschäftigungen und Freizeitwünsche*
(Angaben in Prozent, gerundet. Besondere Abweichungen kursiv markiert.)

	Realisierte Freizeitaktivitäten		Freizeitwünsche			
	Gesamt- popul. Oft	»Junge Rechte« Oft	Gesamtpopu- lation Über- haupt	Mehr	Über- haupt	»Junge Rechte« Mehr
Musik hören.	70	82	15	24	11	35
Freundinnen/Freunde treffen	64	86	12	34	12	40
Besonderes Hobby ausüben	50	42	16	28	12	32
Sport treiben	49	47	15	32	5	43
Fernsehen	45	46	27	9	34	11
Skaten, Radfahren	40	32	16	31	17	34
Zeitschriften lesen	33	19	19	19	19	25
Ins Kino gehen	27	31	13	34	9	46
Einfach »rumhängen«	27	45	20	11	25	12
Computerspiele machen	25	33	24	14	21	26
Bücher lesen	21	10	19	27	26	23
Videos ansehen	18	29	23	13	23	20
PC nutzen, im Internet surfen	13	16	24	20	26	22
Jugendklubs besuchen	11	31	22	15	20	25
Konzerte besuchen	8	9	21	23	25	23
Ausstellungen besuchen	5	3	20	11	22	15
Theater spielen	4	0	22	8	28	5

Die Befragung ermöglichte es, sowohl ausgeübte Freizeitaktivitäten als auch Freizeitwünsche bei den Kindern und Jugendlichen zu erfassen. Die Freizeitwünsche untergliedern sich in Wünsche, eine Beschäftigung überhaupt (»neu«) wahrzunehmen oder sich ihr stärker als bisher widmen zu können.

Die Daten weisen mehrere interessante Besonderheiten auf:

»Junge Rechte« unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht von ihren Altersgenossen. Überdurchschnittlich sind für sie Gruppenkontakt, Musik, Besuch von Jugendklubs, einfaches »Rumhängen«, Computerspiele oder Videonutzung von Bedeutung. Weit weniger als der Durchschnitt interessieren sie sich für das Lesen, für spezielle Sporttätigkeiten oder für ein eigenes Hobby.

Gleichzeitig artikulieren die rechtsorientierten Kinder und Jugendlichen beachtliche Wünsche in Hinblick auf ihre Freizeit. Zum Teil bedeutet dies die Verstärkung vorhandener Vorlieben (Musik, Freunde, PC-Spiele, Videos), zum Teil sind es aber eher »normale« Freizeitbedürfnisse, die bislang noch nicht realisiert werden konnten. Wünsche treten auch in bezug auf solche Tätigkeiten wie Lesen, Theater spielen oder Konzert- und Kinobesuche zutage. Die sich hier abzeichnenden Denkstrukturen wären nicht zuletzt unter dem Aspekt praktischer Ansätze für die Jugendarbeit weiter zu analysieren.

Die starke Orientierung der betrachteten »Jungen Rechten« auf Videos und ihre leicht überdurchschnittliche Beschäftigung mit dem Internet (ebenso wie die Wünsche danach) sollten zu denken geben. Als mögliche Interpretation wäre die Überlegung zu nennen, daß die Jugendlichen mit Internet und Video in eine »eigene Welt« eintauchen wollen, die ihnen wahrscheinlich auch den speziellen Kontakt zu rechtsextremem Gedankengut erschließen kann.

Zum Umgang mit Genußmitteln und Drogen

In zahlreichen Alltagsmeinungen, aber auch in wissenschaftlichen Untersuchungen wird die Vorstellung geäußert, daß Genußmittel, namentlich Alkoholika, ein »Markenzeichen« der rechten Szene darstellen und befördernde Wirkungen auf Gewalttaten ausüben. Im Rahmen der Studie konnten hierzu genauere Nachforschungen unternommen werden.

Übersicht 3: *Erfahrungshorizont und Konsumverhalten in bezug auf Genuß- und Rauschmittel (Angaben in Prozent, gerundet. R/Ö = Regelmäßig/Öfter, A/Z = Ab und zu. Besondere Abweichungen kursiv markiert.)*

Konsumart	Kenne jemanden gut				Ich selbst konsumiere			
	Gesamtpopulation		»Junge Rechte«		Gesamtpopulation		»Junge Rechte«	
	R/Ö	A/Z	R/Ö	A/Z	R/Ö	A/Z	R/Ö	A/Z
Rauchen	80	10	94	2	20	16	53	18
Trinken								
Bier/Wein	48	38	78	19	7	43	34	53
Schnaps	29	39	48	32	2	21	21	49
Cannabis	20	11	39	21	3	5	5	10
Ecstasy	10	10	21	30	1	1	2	7
»Härterer Stoff«	7	6	22	10	1	1	2	5

Mindestens drei besorgniserregende Fakten fallen ins Auge:

Lebensweise und Freizeitverhalten der rechtsextrem orientierten Jugendlichen sind in erschreckendem Maße mit dem »Überkonsum« von legalen und illegalen Drogen in ihrem Umfeld verknüpft. Vieles spricht dafür, daß diese Heranwachsenden Kontakt zu einem breitgefächerten »Szene-Kreis« besitzen.

Auch der Eigenkonsum der »Jungen Rechten« ist überdimensional hoch. Alkohol in verschiedener Form spielt dabei eine besondere Rolle.

Illegale Rauschmittel sind gleichfalls recht großer Bestandteil der Konsummuster der betrachteten Jugendlichen. Die Mythen vom »(hauptsächlich) biertrinkenden Skin« oder vom »sauberen«, weil drogenfreien deutschen Rechten« scheinen überholt bzw. auf die nachwachsende Generation rechtsextrem Orientierter nicht zuzutreffen.

Werthaltungen bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Werte und Werthaltungen bzw. Wertorientierungen spielen in der menschlichen Psyche im allgemeinen und in der von Heranwachsenden im besonderen eine kaum zu unterschätzende Rolle. Werte tragen in hohem Maße handlungsleitenden Charakter. Über den Prozeß der »Wertrealisation« positioniert sich der Mensch zu seinen Werten und richtet sein praktisches Handeln danach aus. Verwirklichte bzw. im Prozeß der Verwirklichung begriffene Werte stiften positive mentale Reflexionen, während »verhinderte«, aber angestrebte Werte zumeist mit Frustrationen einhergehen.

Es scheint überzeugend, daß sich Werte im Kontext der abstrakten Begriffsbildung bei Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Sozialisation und Individuation herausbilden. Der genaue Zeitpunkt ihrer Internalisierung bleibt individuell unterschiedlich und kann sicher nicht exakt bestimmt werden. Gerade deshalb scheinen Nachforschungen über die »frühe« Entstehung von Werthaltungen angebracht. Dieses Problemfeld betrifft auch die Verinnerlichung »politischer Werte« durch Jugendliche. Die in den letzten Jahren zu verfolgende Diskussion über den Grad der »(Ent-)Politisierung« Jugendlicher hat ihre Wurzel nicht zuletzt in Unklarheiten darüber, welche »halbpubertären« Äußerungen Heranwachsender bereits als politische Artikulation oder im Gegenteil als »spielerische Abwendung von Politischen« zu verstehen seien.

Zusammenfassend kann interpretiert werden:

Wie auch bei den Einstellungen im Freizeitbereich sind bei den »Jungen Rechten« abhebbare Besonderheiten festzustellen. Dem Anschein nach haben sich schon in frühen Lebensalter Charakteristika der Wertmuster herausgebildet.

Die rechtsextrem orientierten Kinder und Jugendlichen neigen in besonderem Maße Werten wie »Ungebundenheit«, »Erlebnis«/»Genuß« und »Bindung an Gemeinschaft« zu. Dies steht jedoch nicht im Gegensatz zu »Karriere«-Auffassungen oder dem Streben nach Verwirklichung von »Lebensplänen«.

Unterdurchschnittlich geschätzt werden Werte wie »Gesunde Lebensweise«, »Familie«, »Umweltschutz« oder »solidarisches Engagement für andere Menschen«. Meinungen in dieser Richtung betreffen auch den (wohl organisiert verstandenen) »Sport«.

Übersicht 4: Wertorientierungen der Schüler im Vergleich
(Angaben in Prozent, gerundet. Besondere Abweichungen kursiv markiert.)

	Gesamtpopulation		»Junge Rechte«	
	sehr wichtig/ wichtig	Das ist für mich: nicht wichtig	sehr wichtig/ wichtig	nicht wichtig
Ein großer Bekanntenkreis	97	0	100	0
Eigene Lebenspläne zu verwirklichen	93	1	94	0
In harmonischer Familie/ Partnerschaft zu leben	89	4	84	6
Mich fit halten, gesund leben	87	2	65	13
Mein Leben zu genießen	82	4	92	2
Eine berufliche Karriere zu machen	82	6	84	2
Mich oft meinem Hobby zu widmen	71	7	75	6
Viel erleben, viel reisen, Abenteuer	69	8	70	5
Anderen Menschen zu helfen	68	7	48	16
Sport zu treiben	66	13	60	18
Viele Bekannte zu haben	61	12	69	12
Nur so zu leben, wie es mir gefällt	55	15	59	14
An Ideale oder große Ideen glauben zu können	50	20	53	22
Etwas für den Umweltschutz zu tun	48	17	37	41
Mich für Veränderungen der Gesellschaft einzusetzen	41	19	39	20
Mich zu politischen Problemen zu informieren	34	26	43	35

© FOKUS 1999

Die Nachforschung zur Politisierung der »Jungen Rechten« verweist auf innerer Differenzierungen. Etwa die Hälfte der betrachteten Population betont in starkem Maße die Orientierung auf »Ideale« (dies mehr als die durchschnittlichen Jugendlichen) und bekundet zudem hohes Interesse an politischer Information (ebenfalls überdurchschnittlich). Rund ein Drittel der »Jungen Rechten« dagegen scheint der Beschäftigung mit Informationen politischen Zuschnitts ablehnend gegenüberzustehen.

Exkurs: Jungerwachsene mit rechtsextrem orientiertem Wahlverhalten im Bundesland Sachsen-Anhalt

Im folgenden wurden einige vergleichende Betrachtungen zu den Einstellungen von Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren durchgeführt, die ebenfalls zu rechtsextrem orientierten Gruppierungen zu rechnen sind. Von ihrer soziodemographischen Zusammensetzung her zeigt diese Population, wenn auch nicht so klar wie die »Jungen Rechten«, das Merkmal »überwiegend männlich«, aber gleichzeitig eine stärkere Konzentration auf mittelgroße Städte (Siehe Anhang Übersicht 2).

Übersicht 5: *Konfliktwahrnehmungen – »Junge Rechte bis 30«*
(1+2 = Sehr stark/Stark; 4 = Fast nicht; JR30 = Junge Rechte bis 30)

(In Prozent, gerundet)	Gesamt- population		Jugendl. (bis 30 J.)		JR 30	
	1+2	4	1+2	4	1+2	4
Wahrgenommene Konflikte im Bereich:						
»Arm«-»Reich«	80	2	76	2	73	10
»Links«-»Rechts«	70	4	73	5	84	0
»Ausländer«-»Deutsche«(I):						
»Einwanderer«-»Deutsche«	69	6	77	4	93	3
»Arbeitgeber«-»Arbeitnehmer«	67	3	58	5	61	11
»Ost«-»West«	57	7	57	7	70	10
»Wirtschaftsentwicklung«-»Umweltschutz«	40	13	46	12	41	15
»Jung«-»Alt«	36	20	32	27	38	17
»Personen in Amt/Verwaltung«						
-»Durchschnittsbürger/in«	35	22	37	22	61	18
»Ausländer«-»Deutsche« (II):						
»In Deutschland geb. Ausländer«-»Deutsche«	31	25	43	16	69	7
»Männer«-»Frauen«	20	37	11	42	11	50

© FOKUS 1998, Studie »Wahlsommer« 1998.

Anhand dieser Daten wäre festzuhalten:

Die rechtsorientierten Personen legen in bezug auf bestimmte Themengebiete eine außerordentlich hohe Konfliktsensibilisierung an den Tag. Sie betonen extrem stark die sogenannten Ausländer-Konflikte, wobei sich dies auch auf Menschen nichtdeutscher Herkunft, die in der BRD geboren wurden, bezieht. Überdurchschnittliche Wahrnehmungen sind auch bei den politischen Konfliktfeldern »Links-Rechts«, »Ost-West« oder »Ämter/Verwaltung-Durchschnittsbürger« anzutreffen.

Im ganzen zeichnet sich das Bild einer politisch aggressiv-frustrierten Gruppe. Bei einer Nachfrage zu möglichen Wahlmotiven betonten die »Jungen Rechten bis 30« den Wunsch, »Protest zu artikulieren« weit überdurchschnittlich (»Ich wähle..., weil ich damit auch Protest ausdrücken kann.« Gesamtpopulation = 33 Prozent, JR30 = 70 Prozent).

Anhand von Aussageindikatoren wurden in einem weiteren Schritt Grundeinstellungen zu Gesellschaft und Politik ermittelt:

Übersicht 6: *Einstellungen zur Gesellschaft – »Junge Rechte bis 30«*
(Entspricht meiner Meinung: 1+2 = Ganz genau/Überwiegend;
4+5 = Eigentlich nicht/Überhaupt nicht; JR 30 = Junge Rechte bis 30)

Aussage (In Prozent, gerundet)	Gesamt		Jugendl.		JR 30	
	1+2	4+5	1+2	4+5	1+2	4+5
»Ich glaube, die Gesellschaft muß sich in Zukunft grundlegend ändern.«	78	7	71	20	96	7
»Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.«	60	16	62	16	86	3

Übersicht 6: Einstellungen zur Gesellschaft – »Junge Rechte bis 30«
 (Fortsetzung) (Entspricht meiner Meinung: 1+2 = Ganz genau/Überwiegend;
 4+5 = Eigentlich nicht/Überhaupt nicht; JR 30 = Junge Rechte bis 30)

Aussage (In Prozent, gerundet)	Gesamt		Jugendl.		JR 30	
	1+2	4+5	1+2	4+5	1+2	4+5
»Ich würde mich schon politisch engagieren, aber nur dort, wo ich weiß, daß es sich lohnt.«	42	34	38	31	40	18
»In der Gesellschaft etwas verändern zu wollen, ist sowieso zwecklos.«	22	53	16	67	28	55
»Ich kenne Politikerinnen/Politiker, denen ich vertraue.«	22	52	13	65	3	76
»Es gibt doch eine Menge Möglichkeiten, sich politisch einzubringen.«	21	49	25	45	14	55
»Entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch aktiv.«	12	61	10	64	10	62
»In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das »Recht des Stärkeren.«	10	75	6	72	10	73
»Ich lebe mein Leben, alles andere ist egal.«	7	77	7	77	17	69

© FOKUS 1998, Studie »Wahlsommer« 1998.

Hier zeigt sich:

Die gesellschaftliche Verfaßtheit wird in hohem Maße kritisch-pessimistisch bewertet. Dies betrifft sowohl das »Krisenempfinden« und den Gedanken, daß eher »Sozialdarwinismus« denn »Chancengleichheit« regiere, als auch das sehr geringe Vertrauen zu Institutionen und Politikerpersönlichkeiten.

Andererseits wirken die »Jungen Rechten bis 30« nicht resigniert, sie bringen dennoch – »auf ihre Art« – Handlungsbereitschaft zum Ausdruck. Zwischen 40 und 60 Prozent von ihnen können sich gesellschaftliche Veränderungen dem Anschein nach durchaus vorstellen, rund 10 Prozent (nicht weniger als bei den »Durchschnittsjugendlichen«) verstehen sich als »politisch aktiv«.

Um einige Rahmenbedingungen für die formulierten politischen Aussagen zu erkennen, wurden Bewertungen der Lebenslage und wahrgenommener Veränderungen durch einen speziellen Indikatortypus erfaßt.

Übersicht 7: Aussagen zur Lebenslage – »Junge Rechte bis 30«
Subjektive Bewertung von Lebenslagen und Veränderungen
 (1+2 = Sehr zufrieden/Zufrieden oder Sehr verbessert/Verbessert
 4+5 = Eher unzufrieden/Sehr unzufrieden oder Eher verschlechtert/Sehr verschlechtert)

Zufriedenheit mit... Veränderungen bei ... (In %, gerundet)	In letzten 3 Jahren erlebte Lebensbereich		1+2	4+5
	1+2	4+5		
Kontakte mit Freunden/ Bekannten	69	11	15	19
Jugendliche (bis 30 J.)	77	7	24	19
Junge Rechte bis 30	86	3	21	21

Übersicht 7: Aussagen zur Lebenslage – »Junge Rechte bis 30«
(Fortsetzung) Subjektive Bewertung von Lebenslagen und Veränderungen

(1+2 = Sehr zufrieden/Zufrieden oder Sehr verbessert/Verbessert

4+5 = Eher unzufrieden/Sehr unzufrieden oder Eher verschlechtert/Sehr verschlechtert)

Lebensbereich (In %, gerundet)	Zufriedenheit mit...		In letzten 3 Jahren erlebte Veränderungen bei ...	
	1+2	4+5	1+2	4+5
Wohnsituation	68	7	55	7
Jugendliche (bis 30 J.)	68	10	46	9
Junge Rechte bis 30	63	12	36	11
Berufstätigkeit	50	30	21	32
Jugendliche (bis 30 J.)	63	19	30	18
Junge Rechte bis 30	37	48	16	46
Finanzielle Situation	37	27	25	33
Jugendliche (bis 30 J.)	28	32	29	30
Junge Rechte bis 30	17	52	17	48
Freizeitmöglichkeiten	35	36	29	25
Jugendliche (bis 30 J.)	37	38	30	20
Junge Rechte bis 30	17	66	25	36
Sicherheit im Wohngebiet	31	30	9	37
Jugendliche (bis 30 J.)	38	24	9	32
Junge Rechte bis 30	33	33	14	45
Umweltsituation	30	27	32	21
Jugendliche (bis 30 J.)	24	34	24	24
Junge Rechte bis 30	29	39	22	33
Perspektive der Kinder/ Enkel	21	54	12	52
Jugendliche (bis 30 J.)	16	51	7	51
Junge Rechte bis 30	16	79	6	61

© FOKUS 1998, Studie »Wahlsommer« 1998.

Die Daten verdeutlichen folgende Tatsachen:

Im Vergleich mit der »Durchschnittsbevölkerung« und auch mit der »normalen« Jugendpopulation benennen die »Jungen Rechten bis 30« zumeist geringe bzw. die geringsten Zufriedenheitswerte in bezug auf wichtige Lebensbereiche. Ausnahmen bilden lediglich die Gebiete »Kontakt zu Freunden«, »Umwelt« und »Sicherheit im Wohngebiet«. Gravierende Negativ-Einschätzungen werden auf den Feldern »Berufstätigkeit« und »Finanzielle Situation« getroffen.

Noch deutlicher zeigen sich diese Tendenzen bei der Bewertung wahrgenommener Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen. Rund die Hälfte der »Rechten« gibt Verschlechterungen in beruflicher und finanzieller Hinsicht an. Hier muß wohl von einem beachtlichen Potential von persönlich empfundener Frustration gesprochen werden.

Zusammenfassende Überlegungen

Die Ergebnisse der Studie »Junge Rechte« und die vergleichende Betrachtung anderer Datenmaterialien ermöglichen vor allem folgende theoretische und praktische Schlußfolgerungen:

Erstens: Nachweisbar ist die Existenz von Jugendpopulationen, die sich deutlich durch rechtsextrem orientierte Auffassungen abheben. Rechtsextremismus ist demnach nicht erst »nach erfolgter Tat«, sondern bereits im schulischen Alltag aufzufinden. Immerhin wird dadurch darauf hingewiesen, daß solche Denkweisen keinesfalls nur in »Randbereichen« der Gesellschaft anzutreffen sind. Interessant scheint ferner, daß sich die rechtsextrem orientierten Jugendlichen durch zahlreiche Einstellungen, darunter durch solche, die nicht unmittelbar politischen Charakter tragen, von ihren Altersgenossen unterscheiden. Hier wären z.B. die erwähnten Einstellungsdifferenzen bei den Freizeithemen zu nennen.

Zweitens: Einen überraschenden Fakt stellen die relativ klar abgegrenzten Wertstrukturen der »Jungen Rechten« dar. Dabei kommen sowohl Gruppenbezogenheit und Streben nach Unabhängigkeit (von der Erwachsenen-Welt) als auch Sinnsuche, Idealismus und politisches Interesse zum Ausdruck. Es scheint, daß das Werteprofil dieser Population bereits recht früh deutliche Formen angenommen hat und daß sich das rechtsextreme Gedankengut »wertegestützt« entwickelt.

Drittens: Freizeitverhalten und Wünsche der Freizeit sind bei der betrachteten Gruppierung rechter Schülerinnen und Schüler gleichfalls in charakteristischer Weise ausgeprägt. Hier wären als Stichworte die Begriffe »Außen-« und Gruppen-Orientierung sowie das Schwanken zwischen Langeweile und der Neigung zu exzessiven Verhaltensweisen, z.B. in Form von Drogengebrauch, zu nennen. Ins Auge fallen die verstärkte Nutzung von Videos und Internet, anstelle von Büchern und Zeitschriften, was als Wunsch, sich eigene Welten zu schaffen, interpretiert werden kann. Gleichzeitig artikulieren die »Jungen Rechten« beachtliche Freizeitbedürfnisse. Sie sind im Freizeitbereich sozusagen noch auf der Suche nach einem eigenen Lebensstil.

Viertens: Die Untersuchung der Stichprobe »Junger Rechter bis 30« belegte, daß sich hier aggressiv-aktionistische Denkmuster ausgeformt haben. Unmut wird vor allem gegen »Ausländer«, aber auch gegen das »politische System« und seine Repräsentanten gerichtet. Bei dieser Gruppe sind starke Frustrationspotentiale nachweisbar, die im beruflich-finanziellen Bereich angesiedelt sind und die sich – aus dem subjektiven Blickwinkel heraus – in den letzten Jahren zugespitzt haben.

Fünftens: Bei der Benennung von verallgemeinerten, theoretisch neuen Erkenntnissen wäre auf drei Aspekte hinzuweisen: Erstens sprechen die Befunde dafür, daß die Entstehung rechtsextrem orientierter Denkmuster früher einsetzt, als dies von vielen angenommen wird. Dem Abschein nach verläuft dieser Prozeß »parallel« bzw. in Wechselwirkung mit der Ausformung ursprünglicher Wertorientierungen. Dem Entwicklungszeitraum zwischen dem 10. und dem 14. Lebensjahr und der Herausbildung von Werthaltungen, die dann gleichsam als »Filter« für die Annäherung an rechts-

extremes Denken fungieren, sollte deshalb in der pädagogischen Arbeit dringend mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zweitens kann die große Wirkung sozialer Frustrationsfaktoren anhand der Daten kaum in Frage gestellt werden, wobei soziale Frustration nicht auf Arbeitslosigkeit allein reduzierbar ist, sondern auf einem Mix von Benachteiligungsgefühl, Bewertungen von Perspektive und Ohnmachtsempfindungen beruht. Letzteres hat durchaus nicht zu unterschätzende Wurzeln in praktischen Erfahrungen mit der Funktionalität von »Alltags-Demokratie« (im Osten). Drittens: Übergreifendes »Grunderlebnis« – für die »jüngeren« wie für die »älteren« Rechten – ist die Kombination von Frustration und Unsicherheit, die mitunter auch über die Eltern weitergegeben zu sein scheint. Hierzu betont der Soziologe U. Beck aus aktueller Sicht: »Eines jedenfalls ist klar: Endemische Unsicherheit ist das Merkmal, das die Lebenswelt und Lebensgrundlage der Mehrheit der Menschen – auch in der scheinbar wohlhabenden Mitte – kennzeichnet. ... Niemand täusche sich: Der Eigentümer-Kapitalismus, der auf nichts als Gewinn zielt und die Beschäftigten, den (Sozial-)Staat und die Demokratie ausgrenzt, gibt seine eigene Legitimation auf. Die neoliberale Utopie ist eine Form demokratischen Analphabetentums. ... Die einfache Wahrheit lautet: Ohne materielle Sicherheit keine politische Freiheit. Also keine Demokratie, also Bedrohung aller durch neue und alte totalitäre Regimes und Ideologien«¹¹. Das Erleben der skizzierten Umbrüche aus kindlich-jugendlicher Sicht, das Suchen nach Struktur und Sinn im eigenen Dasein kann, wie sich zeigt, in einer »nach vorn« verlagerten Jugendphase durchaus mit dem (vorläufigen) Ankommen auf rechts-extremen Positionen verknüpft sein.

Sechstens: Die Resultate der Studie verweisen auch auf neue praktische Konsequenzen. Dies betrifft einerseits den zu erweiternden Blick auf vorpubertäre Heranwachsende, bei denen eben nicht auszuschließen ist, daß sie schon in die Nähe von Rechtsextremismus geraten sind. Ein weiterer Gesichtspunkt ist der, daß die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gedanken oder Taten nicht einzelnen, möglichst fernen »Verantwortungsträgern« zugeschoben werden kann, auch wenn natürlich Organe des Staates große und unmißverständliche Verpflichtungen zu übernehmen haben. Im Sinne einer funktionierenden Demokratie und zur Entwicklung von Zivilcourage wären tatsächlich alle (möglichst viele) Bürgerinnen und Bürger in ein geistiges Netzwerk von Verantwortung einzubeziehen. Eine konkrete Initiative, die in diese Richtung zielt, könnte die Durchführung »Regionaler Rechtsextremismus-Konferenzen« sein, die regelmäßig (und nicht erst im »Schadensfall«) stattfinden und einen breiten Kreis von Eltern und Lehrerinnen/Lehrern sowie von Personen aus Wissenschaft, Politik, Kultur und nicht zuletzt aus der Exekutive und Rechtspflege zusammenschließen.

11 Ulrich Beck: *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt/M. 1999, S. 10, 11, 35.

Anhang:

Übersicht 1: *Ausgewählte sozialdemographische Daten zu »Jungen Rechten«*
(Angaben in Prozent, gerundet)

	Gesamtpopulation	»Junge Rechte«
Geschlecht		
Jungen	47	69
Mädchen	53	31
Altersgruppe		
Kinder (bis 14 Jahre)	32	14
Jugendliche (15-17 Jahre)	62	81
Junge Erwachsene (über 18 Jahre)	6	5
Durchschnittsalter (in Jahren)	14,2	14,7
Wohnort		
Dorf	23	37
Kleinstadt	10	12
Mittlere Stadt	23	16
Großstadt	44	35

© FOKUS 1999

Übersicht 2: *Sozialdaten »Junge Rechte bis 30«*
(Angaben in Prozent, gerundet.)

	Gesamtpopulation	»Junge Rechte bis 30«
Geschlecht		
Männlich	57	60
Weiblich	43	40
Wohnort		
Dorf	10	18
Kleinstadt	12	11
Mittlere Stadt	26	41
Großstadt	52	30

© FOKUS 1998, Studie »Wahlsommer« 1998.

LEV KREFT

Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien

Wie Aleš Erjavec (Erjavec 1995: 111) aus seinen Studien zur modernen Kunst und Ästhetik gefolgert hat, sind die Grenzen zwischen Kunst und Kultur heute bereits weitgehend verwischt und werden in Zukunft wohl nahezu völlig verschwinden. Indem Kunst zu einem festen Bestandteil des alltäglichen Lebens wurde, hat sie sowohl ihre Funktionen als Träger einer modernistisch interpretierten versteckten Wahrheit wie auch als Ausdrucksform prämoderner Symbolik verloren. Kunst hat daher nicht länger eine transzendente Mission. Von Lyotards »Großen Erzählungen«, die durch weniger verheißungsvolle, aber lustigere Sprechspiele ersetzt werden, bis zu Jamesons »kultureller Logik des Spätkapitalismus« können wir zu solchen Schlußfolgerungen kommen.

In der Begründung seiner These vom » Ende der Postmoderne« hat sich Malcolm Bradbury insbesondere auf das Ende der Gegensätze des Kalten Krieges berufen. »Als im November 1989 die Berliner Mauer gestürzt wurde, war nicht nur in der internationalen Politik, sondern auch in der Sphäre von Ideologie, Kunst und Kultur die Vorstellung allgegenwärtig, daß damit eine neue historische Ära angebrochen sei, daß wir uns tatsächlich an Beginn einer völlig neuen Epoche der Menschheitsgeschichte befänden. Und wenn dies, wie sich schon bald herausstellen sollte, keineswegs das » Ende der Geschichte«, sondern die » Rückkehr zur Geschichte« war, dann sollte sich die » Neue Weltordnung« sehr schnell als durch und durch von der alten geprägt erweisen. Auch das wurde außer in geopolitischen Kontroversen tiefgreifend in der künstlerischen Wahrnehmung und in der Kulturszene reflektiert« (Bradbury 1995: 763). Was sich nach der historischen Zäsur ereignete, war jedoch nicht das erwartete Aufblühen einer von äußeren Zwängen befreiten Kunst und Kultur, vielmehr wurde der östliche Teil der Welt umstandslos in ein weltumspannendes System der Kommerzialisierung von Kunst und Kultur integriert. Die für eine nationale Kunst und ihre Schöpfer so wichtigen Grenzen von Kunst und Kultur verschwanden als just in dem Moment, als sich der liberalisierte Nationalstaat als instabiles und unvollständiges Instrument für Bewältigung der Herausforderungen einer (Post)Modernisierung der Region zu erweisen begann. Zum wiederholten Male wurden von Intellektuellen nationale Identität und Nationalkultur, in Verbindung mit staatlichem Schutz vor der entnationalisierenden Globalisierung von Entertainment und Kommunikation, auf die Tagesordnung gesetzt. Die überwiegende Mehrzahl dieser Akteure kann

Lev Kreft – Jg. 1951; Dr. phil., ist Dozent für Ästhetik an der Universität von Ljubljana (Slowenien), veröffentlichte verschiedenen Bücher über den Marxismus, die künstlerische Linke, Herbert Marcuse, Karel Teige u.a., war zwischen 1990 und 1996 Mitglied des slowenischen Parlaments und von 1992 bis 1996 dessen Vizepräsident. Der hier veröffentlichte Beitrag ist identisch mit dem dritten und abschließenden Teil einer größeren Arbeit, die Lev Kreft zum Basso-Preis-Wettbewerb 1998 eingereicht hat.

Neben der sprichwörtlichen Vernarrtheit der Slowenen in das geschriebene Wort, in ihre Dichtung und fremde Literaturen, lebte die alte, von den Jesuiten genährte Liebe zum – selbstverständlich – sittlich erbauenden Schauspiel in ungeahntem Maße auf. Ljubljana, zur Jahrhundertwende eine 80 000 Einwohner zählende »Metropole«, hat heute sieben Theater, darunter ein entzückendes Puppentheater, das heute noch in bezaubernd ironisierender Geste auf die jesuitische Aufklärung verweist. Zur Jahrhundertwende suchte die Stadt tatsächlich so etwas wie eine Kreuzung von Berliner Schauspiellust und Wiener Musikempfinden zu entwickeln: Man ging ins »Drama« (heute noch eher klassisch ausgerichtet) oder in die Oper (ein junger Herr Gustav Mahler aus Wien hatte soeben seine erste Dirigentenstelle angetreten), man begab sich in die Philharmonie oder zum Ballett, das bis auf die Gasttänzer ebenfalls aus eigenen Kräften schöpfte. Samo Kobenter: Kulturszene ersetzt die politische Bühne, in: Süddeutsche Zeitung, 16. April 1996.

und will sich nicht »von den kulturellen Traditionen und Normen des Nationalstaats befreien« (Bradbury 1995: 773).

Die systemkritische Kunst staatssozialistischer Zeiten verschwand und wurde durch zwei unterschiedliche Kunstformen ersetzt. Die erste ist post-industriell und/oder post-modern, bildet einen Teil globalisierter Entwicklungstrends, verweigert sich lokalen Besonderheiten und hat keinerlei offensichtlichen transzendentalen Anspruch. Die zweite Form wird durch eine eher traditionell, national und patriotische Kunstströmung in modernem Gewand repräsentiert, die eine Vielzahl von Visionen über ihre Mission zum Nutzen der Nation und der Menschheit überhaupt transportiert. Sie begreift sich als Teil einer besonderen nationalen und kulturellen (mitunter auch religiösen) Identität und ist entschlossen, politischen Einfluß zu erlangen. Beide Kunstformen haben an sich wenig gemeinsam, was sie verbindet, ist ihre Impotenz.

Kunst als nationale Institution besteht mehr oder weniger aus toten Künstlern mit lebendigen Kunstwerken oder lebenden Künstlern als Schöpfer toter Objekte. Unter den aktuellen Bedingungen der Herrschaft einer neuen nationalen politischen Elite kann sie daher nur die Rolle als Legitimationsfigur oder dankbarer Gefolgsmann geben, denn in einem Mehrparteiensystem hat die Oppositionsrolle jede heroische Aura verloren. Weder künstlerisch noch politisch vermag Kunst als nationale Institution einen sinnvollen Zweck zu erfüllen oder den Akteuren irgend eine Form von Befriedigung zu verschaffen. Im Rahmen einer solchen Rolle macht es wahrlich keinen Sinn und ist es zutiefst unbefriedigend Kunstwerke zu schaffen, weil Kunst mit Kultur zusammengeworfen wird und gleichzeitig völlig unabhängig und – freilich ohne irgendwelchen wirklichen Wert – frei ist. Kunst kann als Kultur nicht den ihr zugeordneten spezifischen Platz bei der Gestaltung der Gesellschaft einnehmen, weil die Grenzen zwischen geistig anspruchsvollem und drivalem, zwischen hoher Kunst und Massenunterhaltung verwischt werden. Kunst genießt zudem die Freiheit unabhängig zu sein, weil ihr nicht länger eine wesentliche Funktion bei der Gestaltung gesellschaftlicher Realität zu kommt. So verwundert es kaum, daß bei uns (in Slowenien - d.Ü.) eine starke Gruppe nationalistischer Künstler mit all ihren intellektuellen und politischen Freunden existiert, aber keine nationalistischen Kunstwerke. Darin zeigt sich die eigentliche Impotenz des Nationalismus nach der Schaffung des Nationalstaats – er erwies sich in der Vergangenheit und erweist sich in Gegenwart und Zukunft als unfähig, tatsächlich heroische Kunstwerke mit nationalen Identifikationswert hervorzubringen. Statt dessen nimmt diese Kunstgattung die Form vulgärer Ergüsse in Leserbriefen, Protestresolutionen, Bittschriften, öffentlichen Erklärungen, Erinnerungsschreiben und ähnlichen politischen wie journalistischen Entäußerungen an. Sie wurde inzwischen in einem solchen Grad politisiert, wie bei ihrem früheren Gegenstück – der (staatssozialistischen) Avantgardkunst – nie der Fall war.

Die post-industrielle und post-moderne Kunst, die das zweite Zerfallsprodukt der kritischen Kunst der achtziger Jahre darstellt, ist demgegenüber sicherlich produktiver, aber ihre Werke haben jede gesellschaftskritische Kraft eingebüßt. Wie auch bei der natio-

nalistischen Kunst resultiert dies nicht aus dem Versagen oder dem mangelnden Talent der Künstler selbst. Die Fähigkeit der postmodernistischen Kunst zur Kritik an Gesellschaft und Politik war auch früher ein Widerspruch in sich; sie war allein dem spezifischen totalitären (oder autoritären) Charakter des sozialistischen Regimes und seiner Kulturpolitik geschuldet. In einer gewöhnlichen mitteleuropäischen Demokratie (als eine Art Kombination von farbloser Regierung mit einem mehr oder weniger korrupten Parlament) kann sich kritische Kunst allenfalls als Zynismus oder kabarettistische Ironie, aber nicht als post-modernistisch vollendete Konstruktion des Virtuellen entfalten. Ähnlich der ersten Schock- und Skandal-Generation der Avantgardisten am Beginn des Jahrhunderts, ist die post-moderne Kunst inzwischen zu der eher klassisch modernistischen Auffassung gelangt, daß Desinteressiertheit eine Grundvoraussetzung ästhetischen Genusses ist. Nach einigen Jahren des Ruhms (vgl. das Buch von Erjavec und Grzinic: *Ljubljana - Ljubljana*, 1991) ist diese Form der Kunst nunmehr wieder ohne öffentliche Resonanz und ohne direkten politischen Einfluß. Sie wurde mehr oder weniger stillschweigend marginalisiert.

In ihrem jüngsten Buch hat Marina Grzinic drei typische Kunstprojekte der siebziger (Mladen Stiljinovic, Zagreb), der achtziger (Kasimir Malevich, Belgrad) und der neunziger Jahre (die Gruppe Irwin, NSK, Zagreb) untersucht und sie in Anlehnung an Hegel als These, Antithese und Synthese – mit Geltungsanspruch nicht nur für das frühere Jugoslawien, sondern für Osteuropa überhaupt – beschrieben. Die Irwin-Gruppe, eine eher rückwärtsgewandte Künstlergruppe, steht in den neunziger Jahren nach ihrer Meinung mit ihrem Projekt *Embassies of the Neue Slowenische Kunst* beispielhaft für die postkommunistische Ära. Aus diesem Projekt, das intellektuell auf Derridas Buch *»Spectres de Marx«* (1993) und der Einführung von Zizek (*»Der Geist der Ideologie«*, in: *Mapping Ideology*, 1994) fußt, leitet Marina Grzinic ab, daß diese geistige Bewegung, trotz ihrer körperlichen Präsenz in einigen Wohnungen in Moskau, Sarajewo oder wo auch immer, trotz der Existenz von Pässen und anderen Insignien von Staatlichkeit, genaugenommen selbst ein *Gespent* ist.

In Lexika werden Gespenster meist als Geister beschrieben, deren Spuken eine Vorahnung von Ruin, Krieg, geistiger Verwirrung und anderen apokalyptischen Plagen vermittelt. Von daher kann man ableiten, daß der postkommunistische Nationalstaat auf dem Balkan oder in Mittel- und Osteuropa in der retroavantgardistischen *»Neuen Slowenischen Kunst«* (im Original deutsch - d.Ü) als *Gespent* erscheint. Zugespitzt ließ sich auch schlußfolgern, daß der geistige Zustand privater Zurückgezogenheit das einzige der Kunst verblieben Refugium sowohl vor post-moderner Kultur als auch dem Nationalstaat darstellt. In den achtziger Jahren hatte die *»Neue Slowenischen Kunst«* (NSK), als Gruppe von Künstlern, direkten Einfluß auf künstlerische, kulturelle und politische Prozesse. In den neunzigern bleibt ihr nur der (letzte) Rückzug zur Existenz eines Gespenstes von synthetischer Ideologie und eines vituellen Nationalstaates. Angesichts all der Wirrnisse um die Avantgarde des *»Zenit«* der zwanziger Jahre bis zur Retrogarde

Der Glanz dieser Tage leuchtet in die Gegenwart herein, die rein statistisch mit beeindruckenden Zahlen aufzuwarten hat: Das 2,2 Millionen Einwohner zählende Slowenien hat 14 feste Theater, zwei Opernhäuser, ein philharmonisches Orchester. Allein in der Hauptstadt Ljubljana finden sich 40 Museen und Galerien sowie 14 Kinos. Und über allem die Sucht nach »Geschriebenem«, auch in seiner schnellen, für den Tag verfaßten Variante: Sieben Tageszeitungen, 28 Wochenzeitungen, zehn Special-Interest-Magazine, 31 kleinere und größere Monatsmagazine. Samo Koberer, ebenda.

Diese Achtung vor dem gedruckten Wort wurde zwar stets von Vereinnahmungsstrategien verschiedenster Ideologien zu ihren Zwecken genützt, sie schuf sich jedoch auch in den finsternen Zeiten Freiräume, die der Staatsmacht verschlossen blieben. Im besten Fall zündete der Funke der geistigen Auseinandersetzung sogar die politische Tat: Als der spätere Verteidigungsminister und jetzt zum Sozialdemokraten konvertierte Janez Jansa 1988 als Journalist in der Wochenzeitung »Mladina« militärische Aufmarschpläne der jugoslawischen Armee gegen Slowenien veröffentlichte, ging er wegen Hochverrats ins Gefängnis. Logisch, nach Auffassung der Mächtigen. Logisch nach Auffassung der vermeintlich Ohnmächtigen, daß 80 000 Menschen in Ljubljana mit der »Mladina« unter dem Arm auf die Straße gingen und die Freilassung Jansas ertrotzten. Der Abschied Sloweniens aus Jugoslawien hat damals begonnen. Wie weit er von den Medien formuliert wurde, sei dahingestellt, ihr Einfluß auf die später folgenden politischen Entscheidungen war beträchtlich. Samo Kobenter, ebenda.

von Laibach in den neunzigern reicht diese heutige Synthese nicht an Hegel heran, weil dieses Gespenst wohl eher eine Spukerschei- nung der toten, aber längst nicht begrabenen universellen künstle- rischen Geistigkeit Schiller darstellt. Tot ist hier gerade die Idee, daß ästhetische Bildung auf irgendeine Weise den Lauf der Ge- schichte, die Ergebnisse von Modernismus und Modernisierung bei frühen und späteren Spätindustrialisierern beeinflussen könnte.

Das letzte Mal trafen die beiden Kulturen (die nationale und die post-moderne) während der feierlichen Eröffnung des *Monats der europäischen Kultur* im Mai 1997 in Ljubljana aufeinander. Die Umstände dieses Aufeinandertreffens sind insofern interessant, weil die »Neuen Slowenischen Kunst« und andere Verfechter der Post-modernen ursprünglich als Initiatoren der Idee eines Monats der europäischen Kultur in Ljubljana auftraten und die offiziellen lokalpolitischen Akteure dieses Vorhaben mit nationaler Tragweite zunächst nur eher zögerlich unterstützten. Trotzdem gelang es ihnen die Zustimmung für die Ausrichtung dieses Projekts zu errei- chen, und mehr oder weniger alle alternativen und marginalisierten Gruppen und Einzelindividuen waren schließlich im Organisa- tionskomitee vertreten. Als jedoch die Vorbereitungen bis zur Fest- legung des eigentlichen Programms gediehen waren (was selbst- verständlich auch die verpflichtende Zusage öffentlicher Mittel einschloß), wurde die Initiativgruppe kurzer Hand gefeuert und es wurden neue verantwortliche Organisatoren inthronisiert, die enge- re Kontakte zu den lokalen und staatlichen Offiziellen unterhielten. Des Kulturereignis nahm daraufhin immer deutlicher traditionell nationalistische, spektakuläre und auch kommerzielle Züge an. Ledig- lich für die Eröffnungsveranstaltung wurde eine Kombination von nationaler Institution und retroavantgarden Ritual ausgewählt – ein gemeinsames Konzert des Slowenischen Philharmonieorche- sters und der Laibach-Gruppe der »Neuen Slowenischen Kunst«. Obwohl beide »slowenisch« im Namen führen, verbergen sich dahinter doch grundverschiedene Intentionen. Während das Orche- ster bereits im 18. Jahrhundert entstand und eine der ältesten nation- alen Institutionen verkörpert, die nach der Staatsgründung voller Stolz »slowenisch« als Ausdruck einer neuen nationalen kulturel- len und künstlerischen Mission in seinen Namen aufnahm, war die für Laibach und die »Neuen Slowenischen Kunst« die Wahl eines deutschen Namens, nicht nur für »slowenisch«, sondern auch für »Ljubljana« äußerer Ausdruck ihrer Ablehnung der national ge- sinnnten Intellektuellen und nationaler Institutionen. Diese Manife- station der »Neuen Slowenischen Kunst« blieb aber rein abstrakt und spirituell.

Der protokollarische Ablauf der Eröffnung geriet aus allen Fu- gen, als nach der offiziellen Ansprache eines nationalstaatlichen Repräsentanten Peter Mlakar, ein Vertreter des virtuellen Staates der »Neuen Slowenischen Kunst«, unangekündigt und ungebeten das Wort ergriff. Er war nackt bis auf eine Fleischerschürze, mit ei- nem weißen und einem schwarzen Stiefel bekleidet, und wies als bekannter philosophischer Kopf der »Neuen Slowenischen Kunst« jeden Anflug von Lobeshymnen auf die Kultur und noch mehr die Nation durch den vorherigen Referenten brüsk zurück. Die Zuhö-

rer waren ausschließlich protokollarisch ausgewählte hochrangige Würdenträger des Nationalstaates. Karten wurden für diese Veranstaltung natürlich keine verkauft. Das Erscheinen von Mlakar löste unter dem Publikum, nach der Veranstaltung und in gewisser Weise noch ein Jahr danach heftige polemische Reaktionen aus. Seine wichtigste Aussage war die, daß Kultur und Kunst nicht dasselbe seien – während erstere auch von denen praktiziert werde, die sich dessen gar nicht bewußt sind, sei Kunst eine Sache höherer Eingebung und Befähigung. Politik sei eine durch und durch unbefriedigende Veranstaltung, »weil sie zur Hure verkommen, die Nation tot und Geld impotent« seien. Vierzehn Jahre nach ihre Veröffentlichung gewinnen die Erklärungen von Laibach eine völlig neue Dimension. »Jede Kunst unterliegt politischer Manipulation, außer die, die ebenfalls die Sprache dieser Manipulation spricht.« Kunst als ultimative Befriedigung ist von zentraler Bedeutung, während Politik und ihre Manipulation, die Nation und Geld impotent sind, unfähig irgendein Verlangen zu befriedigen. Der Unterschied zwischen Kunst und Kultur scheint – theoretisch wie praktisch – ausgelöscht, aber auch das ist eher ein Zeichen von Impotenz. Kunst ist potent, aber einsam und einzigartig. Kultur ist impotent, aber allgemein anerkannt, weil überall präsent. Um Kunst zu sehen, muß man sie, die Orte ihrer Verwirklichung aufsuchen, während Kultur jeden überall und ohne Vorwarnung heimsucht, jeden und alles dominiert.

Der Wandel in der slowenischen Kunst hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Rolle und ihrer politischen Wirkung zeigt sich deutlich in zwei unterschiedlichen Spielarten slowenisch nationaler Kunstideologie – zum einen in der vergangenen, die von Dimitrij Rubel untersucht wurde, und zum anderen in der gegenwärtigen, über die Rastko Mocnik (Mocnik 1995) gearbeitet hat.

In seinen beiden Büchern – *Svobodne besede* (Freie Worte, 1976) und *Besede in dejania* (Worte und Werke, 1981) – hat Dimitrij Rubel (später Staatssekretär im Außenministerium in der ersten postkommunistischen Regierung, Vorkämpfer für die internationale Anerkennung Sloweniens und Bürgermeister von Ljubljana) die These vom »Slowenischen Kultursyndrom« aufgestellt. In einer ersten, aber keineswegs der wichtigsten Annäherung zeige sich dieses Syndrom vor allem bei Schriftstellern in der offenkundigen Unterwerfung unter die herrschende nationalistische Ideologie, staatliche Macht und Politik. »Sie dienen der Nation.« Bei genauerm Hinsehen würde dann deutlich, daß die slowenische Literatur (und dasselbe trifft auf die Kunst insgesamt zu) eine Reihe von eigentlich unliterarischen, nicht Kunst bezogenen Funktionen übernehmen müsse, weil diese Leerstellen durch nichts anderes ausgefüllt würden. An Stelle eines normal entwickelten gesellschaftlichen Überbaus bilde sich in einer Nation ohne Staatswesen eine übersteigerte Literaturszene heraus, um den Mangel an anderen Institutionen, die nur als unter den Bedingungen der Eigenstaatlichkeit existieren können, zu kompensieren. An die Stelle einer Politik mit nationaler Mission, die es langezeit nicht geben konnte, trete die Literatur einer Vielzahl von Schriftstellern, die zugleich eine große wie auch eine wichtige nationale Aufgabe zu

»Blut und Emotionen« beherrschen offenbar weite Gebiete der kroatischen Kultur der Gegenwart. Die allgegenwärtige Tendenz, Arbeiten von Malern, Schriftstellern, Schauspielern oder Komponisten im engen Zusammenhang mit der Nation, mit Familie und Krieg zu bewerten und je nach Ergebnis positiv oder negativ zu beurteilen, scheint nicht nur in den breiten Massen der Bevölkerung zu herrschen, sondern auch ein Leitmotiv der Kulturpolitik des jungen Staates zu sein.
Zdzislaw Gwozdz: Es herrscht Stille um Andric und Krieza, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Februar 1995.

In dieser Atmosphäre, in der auch der nationale Hintergrund und die Herkunft der Autoren, die Qualität ihrer Werke in den Schatten stellt, sehen viele Künstler die Wurzel des Abgleitens in einen engstirnigen Provinzialismus mit starker nationaler Note. Der international anerkannte Maler Edo Murtić, dessen Werke in Hunderten Galerien und Sammlungen rund um die Welt vertreten sind, spricht in diesem Zusammenhang vom »Kult des Kitsches und der Tamburizza«. Zdzislaw Gwozdz, ebenda.

schultern hatten. Literatur (und Kunst überhaupt) würde daher zum privilegierten Bereich der Verheißung, Findung, Prägung und des Überlebens einer nationalen Identität. Das war eine gewaltige Herausforderung.

Diese Diagnose von Rupel führt uns direkt zu Miroslav Hroch und seiner Analyse nationaler Bewegungen, die unter den Bedingungen des Fehlens einer vollständigen nationalen Gesellschaftsstruktur ihre Forderungen vor allem über die Literatur und andere Formen der Kultur zu artikulieren gezwungen ist. Gleichzeitig ergeben sich unübersehbare Querverbindungen zur Theorie mißlingender Modernisierung bei frühen und späteren Spätindustrialisierern. Das »Slowenische Kultursyndrom« kann daher auch als Folge anti-nationaler Unterdrückung in den drei historischen Staatswesen – Österreich-Ungarn und den beiden Jugoslawien –, als Form eines nationalstaatlichen Projekts unter dem Deckmantel von Kunst und Kultur verstanden werden. Diese Interpretation legt die Schlußfolgerung nahe, daß nach der Schaffung eines slowenischen Nationalstaats das »Slowenische Kultursyndrom« verschwinden wird und daß all jene, die wollen, daß Kunst und vor allem Literatur ihre alte nationale Rolle behalten oder sogar ihre politische Funktion von früher wiederherstellen zurückzugewinnen trachten, hoffnungslose Illusionisten einer unweigerlich absterbenden Vergangenheit sind. Dies wiederum hätte zur Konsequenz, daß kultureller und künstlerischer Nationalismus sehr wohl eine wesentliche Funktion in der Zeit nationaler Unterdrückung haben, aber nach der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit diese Funktion verlieren und nunmehr als verzichtbares Überbleibsel der Vergangenheit erschienen. Das hieße, Nationalismus wäre zunächst günstig und später überflüssig. Eine solche Schlußfolgerung verbietet sich jedoch angesichts der unheilvollen, gewalttätigen Rolle, die der Nationalismus überall dort spielt, wo er zur herrschenden politischen Doktrin des Nationalstaates wird. Und sein Aufkommen in der politische Sphäre wird in der Regel über ein nationalistisches Syndrom vorbereitet, das vor allem über eine nationalstaatlich fixierte Kultur geschürt wird.

Eine anderer durchaus plausibler Ansatz wäre die Erklärung des »Slowenischen Kultursyndroms« als Prozeß der Erfindung einer Nation durch Intellektuelle. Dafür sprechen zumindest einige historische Anhaltspunkte. Die erste Welle zur Herausbildung einer eigenständigen slowenischen Nationalkultur steht in Verbindung mit der Reformation im 16. Jahrhundert, die zweite im Zusammenhang mit der Aufklärung und die dritte schließlich datiert aus dem Jahr 1848 als im Zuge des allgemeinen Aufschwungs von Nationenbildungsprozessen das erste politische Projekt einer slowenischen Nation artikuliert wurde – ein Vereinigtes Slowenien als autonomer Bestandteil des Habsburger Reiches, unabhängig von dessen deutschen Teil und verbunden mit den »kroatischen Brüdern« (vgl. Prunk 1986: 7). In diesem historischen Prozeß wurde die slowenische Nation in der Tat hauptsächlich von Intellektuellen kreiert. Dieser Fakt erklärt jedoch nicht, warum dieses Projekt für die Intellektuellen von derart wichtig war, daß sie es über lange Zeit aufopferungsvoll verfolgten. Darüber hinaus bleibt auch bei

diesem Erklärungsmuster offen, weshalb der Nationalismus auch nach der Gründung eines Nationalstaates für die Intellektuellen weiterhin solche Bedeutung hat. All dies wird nur verständlich, wenn die Nation als zentrale Struktur für Entwicklung und Wohlstand – zumindest aus der Sicht der Intellektuellen – begriffen wird. Die Nation ist faktisch wichtiger als der Staat.

Ein dritter Erklärungsansatz könnte schließlich darin bestehen, daß die Nation und Nationalismus solange lebendig bleiben bis der Prozeß nachholender Modernisierung abgeschlossen ist, besser, bis die frühen oder späteren Spätindustrialisierer ein Entwicklungs-niveau erreicht haben, das denen der Frühstarter vergleichbar ist. Diese These wird theoretisch durch die Überlegungen von Edward Elger gestützt, der in einem seiner jüngsten Bücher das »Ende nationalstaatlicher Souveränität« und die Herausbildung neuer Souveränitätsformen behauptet. Allerdings ließe sich mit Rudi Rizman gegen diese These einwenden, daß mit dem Auftreten unvermeidlicher Konflikte innerhalb der neuartigen Souveränitätsgebilde die Vertretung nationaler Interessen quasi naturgegeben rechten Extremisten zufällt (vgl. Rizman 1997: 259). Unabhängig davon, ob dies schlüssig ist oder nicht, ist es eine offensichtliche Tatsache, daß der extreme Nationalismus in allen Nationalstaaten, sogar bei industriellen Frühentwicklern, kaum zurückgegangen ist. Mehr noch, Nationalismus bildet selbst als einer der Grundpfeiler moderner Kultur. Erwartungen, daß die Bedeutung des Nationalismus zurückgehen oder er gar ganz verschwinden würde, haben sich überall – in der post-industriellen oder post-modernen Epoche – als falsch erwiesen, nicht zuletzt weil die Entwicklungsunterschiede zwischen den Nationalstaaten (sogar innerhalb regionaler Blöcke) nach wie vor groß sind und nicht selten weiter wachsen. Viele Nationen drängen sich zwar danach, in einem internationalen Integrationszusammenhang alte Souveränitätsformen zugunsten neuer aufzugeben. Gleichzeitig befürchten sie aber noch immer, erneut in einen Prozeß der »Entwicklung von Unterentwicklung« als Grundmerkmal ihres Modernisierungsprozesses hineinzugeraten. Was hat sich also grundlegendes zu früher geändert, außer der Einsicht, es keine Alternativ zu fortschreitender Integration gibt?

Um das »Slowenische Kultursyndrom« als typisches Merkmal der nationalen Intelligenz in einem Nationalstaat tatsächlich zu verstehen, müssen die drei Erklärungsansätze zusammengebracht werden. Das Wiedererstarken des Nationalismus läßt sich so als notwendiger Bestandteil des Modernisierungsprozesses begreifen. Zur selben Zeit ist er aber auch Ausdruck einer spezifischen Form des Widerstandes gegen die Modernisierung, in deren Verlauf sich innerhalb des Nationalstaates neue Strukturen der Machtverteilung herausbilden. Und er ist Widerstand gegen Begleiterscheinungen dieses Prozesses, die aus dem Zwang zu Anpassung an von Westeuropa und US-Amerika gesetzte Standards resultieren. Dies soll nicht heißen, daß die nationalistische Antwort als unausweichlich oder gar als eine tatsächliche Lösung der Entwicklungsprobleme angesehen werden kann, aber es bedeutet sehr wohl, daß es auch darum gehen muß, in die Beziehungen zwischen den zwei Europas und zu den Vereinigten Staaten so etwas wie Strukturen sozialer

Die Kritiker der gegenwärtigen Kulturpolitik, die vor der Gefahr der Manipulierung mit Kunst, Kultur, Literatur und Geschichte mahnen, finden immer wieder neue Beispiele für ihre Besorgnis. Das offizielle Kroatien nahm dem 100. Jahrestag der Geburt des Nobelpreisträgers Ivo Andric einfach nicht wahr und distanzierte sich damit von dem Schriftsteller, der seinen Landsleuten oft unbequeme Wahrheiten sagte. Dasselbe gilt für den zweiten Giganten der süd-slawischen Literatur, Miroslav Krieva, der an seinem Kroatentum nie zweifeln ließ. Die gegenwärtige Unterrichtsministerin, Lilja Vokic, überlegte öffentlich einen Hinauswurf Krievas aus dem Schulunterricht. Zdzislaw Gwozd, ebenda.

Verantwortung einzuflechten. Wenn sich die vom Westen geprägten Dominanzmuster nicht ändern, steht Mittel- und Osteuropa vor einer neuen Marginalisierung, was wiederum den Nationalismus nur verstärken dürfte. In der Post-Moderne ist es für Einzelstaaten nicht mehr möglich weiterhin isoliert oder souverän und wirtschaftlich unabhängig zu bleiben. Für Mittel- und Osteuropa und insbesondere die Balkanstaaten, für die es von essentieller Bedeutung ist, als Mitglieder im europäischen First Class Club akzeptiert zu werden, ist es grundsätzlich unmöglich, in politischen und Sicherheitsangelegenheiten unabhängig und selbstbestimmt bleiben zu wollen. Dieser Zusammenhang verleiht den kulturellen Bestrebungen und den Einwänden der Intellektuellen spezifisches Gewicht. Sie sollten trotz aller Integrationsprozesse unabhängig bleiben und erbittert dagegen ankämpfen, daß wieder irgendein Zoo oder eine Art Reservat für Spätmodernisierer eingerichtet wird.

Aber was passiert nach der Errichtung des Nationalstaates und der damit einsetzenden Enttäuschung, die gewöhnlich nur all zu schnell der vorherigen Enthusiasmus ablöst? Eine etwas abseitige, aber dennoch von einer links alternativen Position aus formulierte Position vertritt Rastko Mocnik in seiner Schrift »*Extravagantia II. How Much Fascism?*« (Mocnik 1995). Er behauptet dort, daß die politische Rechte, selbst wenn sie durchaus faschistische Züge trägt, nicht übermäßig gefährlich ist. Die eigentliche Gefahr besteht demnach darin, daß die enttäuschten nationalen Künstler die Politik der Rechtsextremen zunehmend offener unterstützen. Die Gründe für diesen Rechtstrend sieht Mocnik vor allem im kulturellen und politischen Funktionsverlust, den diese Gruppe nach dem Zusammenbruch des Staatsozialismus in der nachfolgenden Transformation erleidet. Nunmehr findet eine nationale Politik ihren vollständigen institutionellen Rahmen – einschließlich aller kulturellen Identifikationsmuster – im Nationalstaat. Wenn es um vitalen politischen wie kulturellen Nationalinteressen geht, erübrigt sich das »Slowenische Kultursyndrom« zunehmend. Nationale Kunst und Kultur verlieren ihre spezifische Mission, und das ist ein wahrer Alptraum für die kulturellen Aktivisten im Kampf für Demokratie von gestern. Daher erfinden sie eine neue kulturelle Front im Kampf für fiktive Nationalinteressen. Das ist nichts neues. Warum ist es dennoch so gefährlich? Nach Mocnik resultiert die Bedrohung aus einer Symbiose von Slowenischem politischen Extremismus und dem »Slowenischen Kultursyndrom« im postkommunistischen Nationalstaat, die dem Extremismus jenes gesellschaftliche Ansehen verschafft, das die Demokratie so schnell verspielt hat. Dazu kommt eine prophetische Vision, die einer kleinen Nation scheinbar eine Möglichkeit zukünftigen Überlebens suggeriert. Im Bereich der Kunst, argumentiert Mocnik, unterliegen zwar jeder Künstler und jedes Kunstwerk der Kritik, aber der Bereich der Kunst insgesamt steht über jeder grundsätzlichen Kritik. Die Politik hingegen wird häufig als Ganzes abgelehnt, während immer einzelne Politiker von dieser pauschalen Verurteilung ausgenommen bleiben. Wenn also Künstler mit ihrem unbefriedigten »Slowenischen Kultursyndrom« in die Politik gehen verleihen sie der Politik eine Aura die ansonsten völlig fehlt – sie geben

ihr allgemeines gesellschaftliches Ansehen (vgl. Mocnik 1995: 60f.).

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der wohl wichtigste Unterschied zwischen internationaler und nationaler Kunst darin besteht, daß die nationale Kunst nach Bürger eine Institution ist – die »Institution Kunst« (Bürger 1974) (im Original deutsch - d.Ü.). Während die nationale Kunst spätestens in der Zeit der nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts institutionalisiert wurde, ist die internationale Kunst ein Kind unseres Jahrhunderts. Sie institutionalisiert sich er allmählich über TV-Kanäle und das Internet, über die wachsende Anerkennung post-moderner Kunst und über die schwindende Bedeutung der Grenzen zwischen Kunst und (der restlichen) Kultur.

Nationalismus kann kaum schematisch in einen gutartigen, der der Nationenwerdung und dem Start einer liberalen Modernisierung dienlich ist, und ein böartigen, der Feindschaft sägt, die Okkupation umstrittener Gebiete und ethnische Säuberungen legitimiert, aufgespalten werden. Beide Spielarten haben dieselben Wurzeln und diese liegen im Prozeß der Modernisierung und darin, daß dieser Prozeß die Form ungleicher Entwicklung annimmt. Spätmodernisierer brauchen Nationalismus als Rahmenbedingung für die Entwicklung ihre politischen Projekte zur Schaffung von demokratisch liberale Nationalstaaten und muß schließlich ihren Platz in einer (neuen?) Weltordnung zu finden. Worin auch immer diese Ordnung genau besteht, die Differenzierung zwischen »Erster«, »Zweiter« und »Dritter« Welt (oder zwischen Frühstartern, frühen Nachzüglern und verspäteten Modernisierern) bleibt ein wesentliches Merkmal dieser Ordnung und eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des spätkapitalistischen Weltwirtschaftssystems.

Kunst spielt in diesem Modernisierungsprozeß eine herausragende Rolle und ist – wie das »Slowenische Kultursyndrom« zeigt – mitunter sogar einer seiner Dreh- und Angelpunkte. In diesem Fall verwischen sich typischerweise schon sehr früh die Grenzen von (nationaler) Kunst und Kultur, weil vom nationalistischen Standpunkt alles gleich wichtig ist, sowohl eine slowenische Literatur oder ein slowenisch-deutsches Wörterbuch, als auch eine ethnische Karte Sloweniens, das erste slowenische Basketballteam oder slowenisches Geld.

Nach wie vor erscheint eine erfolgreiche Modernisierung als das einzig wirksame Gegengift gegen Nationalismus. Dieser wird dadurch nicht beseitigt, aber zurückgedrängt. Das hat auch das jugoslawische Modell sozialistischer Modernisierung gezeigt, das bis gegen Ende der siebziger mit seiner Orientierung auf soziale Sicherheit und Selbstverwaltungsdemokratie recht erfolgreich war. Als jedoch deutlich wurde, daß dieses Modell erstarrte und zunehmend autoritäre – quasi feudale – Züge in der Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht annahm, erlangten nationalistische Bewegungen erneut zentrale Bedeutung. Sogar jene die für eine liberale Demokratie und freie Märkte eintraten ohne sich allzu sehr um die Idee eines eigenständigen Nationalstaates zu kümmern, mußten, um politisch wirken zu können, der neuen nationalistischen Bewegung beitreten. Um ein Mehrparteiensystem

zu etablieren und die wirtschaftliche Modernisierung voranzubringen, unterstützten jene Akteure die einzige politische Kraft, die in der Lage war gesellschaftliche Aktivitäten zu bündeln – den Nationalismus und folglich auch den Nationalstaat. Damit ist das Problem des weiteren Fortgangs der Modernisierung aber noch nicht vom Tisch.

Kann es eine erfolgreiche Modernisierung geben und was geschieht dabei mit Kunst und Kultur als essentielle Elemente nationaler Identität? Mitunter erscheint die Wiederbelebung der Idee von einer friedlichen Koexistenz zunächst im Bereich der Kultur und danach zwangsläufig auch in der Politik als ein zentraler Ansatzpunkt.

(AUS DEM ENGLISCHEN VON ARNDT HOPFMANN)

Literatur

- Bradbury, Malcolm (1995): What Was Post-Modernism? The Arts in and after the Cold War, in *International Affairs*, 71(1995)4, pp 763-774.
- Bürger, Peter (1974): *Theorie der Avantgarde*, Frankfurt/M.
- Derrida, Jacques (1993): *Spectres de Marx*, Paris.
- Erjavec, Ales (1995): *Estetika in kritična teorija*, Ljubljana.
- Erjavec, Ales/Grzinič, Marina (1991): *Ljubljana - Ljubljana*, Ljubljana.
- Kreft, Lev (1996): Art in Transition from Politics to Culture, in: *M'ars (Ljubljana)*, No. 1-2, pp 40-44.
- Mocnik, Rastko (1995): *Extravagantia II. Koliko fasizma?*, Ljubljana.
- Prunk, Janko (1986): *Slovenski narodni programi*, Ljubljana.
- Rizman, Rudi (1997): *Izziv odprte družbe*, Ljubljana.
- Zizek, Slavoj (1994): Introduction: The Spectre of Ideology, in: Zizek, Slavoj (ed.): *Mapping Ideology*, London.

FAINA NOWIK

Der Übergang zur Politik der deutschen Zweistaatlichkeit

Die Deutschlandpolitik der UdSSR bewegte sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt auf drei Ebenen: Erstens wurde die Lösung der deutschen Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages, mit dem die deutsche Einheit wieder hergestellt werden sollte, verfolgt. Zweitens unterhielt die UdSSR Beziehungen zur SBZ bzw. DDR, und drittens handelte es sich um Beziehungen zur BRD, zu der die Sowjetunion ab September 1955 diplomatische Beziehungen unterhielt. Bis dahin existierte in der dritten Europaabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR ein einheitliches Referat für Deutschland, das Materialien zu allen drei Aspekten der Deutschlandpolitik der UdSSR bearbeitete. Erst ab 1956, als die Spaltung Deutschlands vollzogen war, gab es zwei Referate: eines für die DDR und eines für die BRD.

In der historischen Retrospektive sind drei Perioden erkennbar, die Stufen auf dem Wege von den gemeinsamen Beschlüssen der vier alliierten Mächte in Potsdam über die Nachkriegsordnung in Deutschland hin zum Kurs auf die dauerhafte Spaltung des Landes darstellen:

1945-1949 von der Kapitulation des faschistischen Deutschlands bis zur Bildung der beiden deutschen Staaten, die die Spaltung des Landes juristisch fixierte;

1949-1952 von der politischen Strategie der Vereinigung Deutschlands zum Einfrieren der Positionen des Westens und des Ostens in der deutschen Frage ab Herbst 1952;

1953-1955 vom kurzen Tauwetter nach dem Tode J. Stalins im März 1953, als es objektive Voraussetzungen für eine Annäherung der Positionen des Westens und des Ostens und für reale Fortschritte zur Vereinigung Deutschlands gab, bis zur Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die Blocksysteme und der Verfestigung der Spaltung Deutschlands für lange Zeit.

Auf die letzte dieser drei Perioden soll im folgenden besonders eingegangen werden.

Mit der Gründung der BRD und dann der DDR im Jahre 1949 wurde die Spaltung des Landes juristisch fixiert, was die Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage beträchtlich verringerte. Aber diese Möglichkeiten waren noch nicht restlos ausgeschöpft. Die Spaltung wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht für unumkehrbar gehalten. Sowohl die drei Westmächte als auch die UdSSR betrachteten beide Staaten als zeitweilige Gebilde, als Provisorium, und glaubten, die Einheit Deutschlands könnte mit einem Frie-

Faina Nowik – Prof. Dr.,
Mitarbeiterin des Bereichs
»Rußland in den internationalen Beziehungen« am
Institut für Geschichte Rußlands der Russischen Akademie der Wissenschaften.

densvertrag, der einen Schlußstrich unter den vergangenen Krieg ziehen sollte, wiederhergestellt werden. Professor Filitow untersuchte diese Möglichkeiten und stellte fest, daß sich die objektiven Bedingungen in beiden Staaten zum Zeitpunkt ihrer Bildung nicht wesentlich von der Situation in den vorangegangenen zwei, drei Jahren unterschieden, die damaligen Verfassungen der beiden Staaten im großen und ganzen die Prinzipien des Potsdamer Abkommens erfüllten und es vom Standpunkt der objektiven historischen Faktoren noch keinen antagonistischen Widerspruch zwischen den beiden Deutschlands gab.¹

1 Filitow, A. M.: Die deutsche Frage: von der Spaltung zur Vereinigung. Neue Lesart, Moskau 1993, S. 111, 112 (russ.).

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten gewann ein neuer Faktor immer stärkeren Einfluß auf die deutsche Frage: die politischen Strategien der Regierungen der BRD und der DDR und ihre konkreten praktischen Schritte auf diesem Gebiet. Obwohl beide deutsche Staaten in der ersten Periode ihrer Existenz in ihrer Außenpolitik, darunter auch in der deutschen Frage, nicht selbständig waren, koordinierten sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion mit der BRD bzw. der DDR ihre politische Linie zu Fragen der Vereinigung des Landes. Die Politik der beiden deutschen Regierungen wurde durch ihre konsequente gegenseitige Nichtanerkennung und einen Abgrenzungskurs sowie durch das offene Streben bestimmt, den Westen bzw. die UdSSR für ein solches Vorgehen zu gewinnen.

Der Konfrontationskurs beider deutscher Regierungen nahm in dem Maße immer klarere Konturen an, wie sie größere Handlungsfreiheit auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik erhielten. Das komplizierte die Suche der Westmächte und der UdSSR nach einer Lösung der deutschen Frage. Selbst halbherzige Versuche des Westens oder des Ostens, irgendwelche Initiativen in der deutschen Frage zu ergreifen, stießen auf die Ablehnung der Gegenseite, und der Kalte Krieg in den innerdeutschen Beziehungen trug zu noch größerer Abgrenzung und Spaltung bei.

In dieser Periode wurde eine Reihe positiver Möglichkeiten für die Lösung der deutschen Frage vertan ...

Anfang 1953 gingen alle Seiten an die deutsche Frage von verkrusteten Positionen aus heran und forcierten die Konfrontation der beiden deutschen Staaten, von denen der eine an der Schwelle zur Remilitarisierung stand und der andere den Kurs auf den Aufbau des Sozialismus verkündet hatte.

Das Jahr 1953 war ein sehr wichtiger Meilenstein in der Politik der Sowjetunion in bezug auf die beiden deutschen Staaten, insbesondere gegenüber der DDR: Es erfolgte eine zweimalige Überprüfung des sowjetischen Herangehens an die Lösung der deutschen Frage. Davon zeugen zahlreiche Dokumente des Archivs der Außenpolitik der Russischen Föderation (AWP RF). Die neue sowjetische Führung, die nach Stalins Tod an die Macht gekommen war, mußte sich mit der Überarbeitung der außenpolitischen Strategie der UdSSR befassen, um unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu versuchen, die internationale Spannung wenigstens zu verringern und die festesten Knoten in den Widersprüchen zum Westen aufzulösen. Ein solcher Knoten war die deutsche Frage. Initiator der Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik war der

neue sowjetische Führer der KPdSU, N. Chruschtschow, mit dessen Namen das Tauwetter nach Stalins Tod verbunden wird.

Das Studium der Materialien des AWP RF zeigt, daß sofort nach Stalins Tod im März 1953 und der Berufung W. Molotows zum Außenminister der UdSSR – noch vor den Ereignissen des 17. Juni – ein Umdenken in der deutsche Frage begann: Es wurde der Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR eingeschätzt und nach Wegen zu ihrer Weiterentwicklung gesucht. Bereits im April und Mai wurden Molotow auf seine Anforderung hin einige Berichte und Auskünfte vorgelegt. Mit der Neueinschätzung der Deutschlandpolitik der UdSSR befaßten sich dieselben Personen, die auch früher, zu Stalins Lebzeiten, die konzeptionellen Grundlagen dieser Politik ausgearbeitet hatten. Welche neuen Gedanken konnten sie dem neuen und alten Chef des Außenpolitischen Amtes vorlegen?

Die Sowjetregierung hatte bereits 1952, gestützt auf das Potsdamer Abkommen, vorgeschlagen, in nächster Zeit einen abgestimmten Entwurf eines Friedensvertrages unter direkter Teilnahme der Deutschen in Gestalt einer gesamtdeutschen Regierung auszuarbeiten und diesen Entwurf einer entsprechenden internationalen Konferenz mit Beteiligung aller interessierten Staaten vorzulegen.

Die Sowjetunion und die Westmächte schlugen unterschiedliche Schemata für den Weg zur Vereinigung des Landes vor. Die sowjetische Seite sah folgende Schritte vor: Bildung einer (provisorischen) gesamtdeutschen Regierung – Ausarbeitung eines Friedensvertrages – Vereinigung Deutschlands – freie demokratische Wahlen – Bildung einer ständigen gesamtdeutschen Regierung. Die westliche Seite bestand kategorisch auf einer anderen Abfolge: Freie Wahlen – Bildung einer gesamtdeutschen Regierung – Ausarbeitung eines Friedensvertrages – Vereinigung Deutschlands. Dabei bestand der Westen darauf, daß zunächst eine internationale Kommission gebildet werde, die in beiden Teilen Deutschlands die Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen prüfen und ihre Schlußfolgerungen und Empfehlungen den Regierungen der vier Mächte vorlegen sollte. Die Sowjetunion war mit einer solchen Prüfung nur durch eine, von den Deutschen selbst gebildeten, Kommission einverstanden.

Die sowjetische Position ging aus von einer Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Neutralität und Nichtbeteiligung an irgendwelchen Koalitionen oder Militärbündnissen, die gegen ein beliebiges Land gerichtet wären, das am Krieg gegen Deutschland beteiligt gewesen war. Dabei sollte Deutschland für die Landesverteidigung erforderliche nationale Streitkräfte haben, die ausländischen Truppen sollten in einer bestimmten Frist das Land verlassen. Die offiziellen Vertreter der Westmächte unterstrichen ständig, daß sie mit einer Vereinigung des Landes nur unter der Bedingung einverstanden seien, wenn die in der BRD bestehende Ordnung in der DDR eingeführt werde und das vereinigte Deutschland dem westlichen Militärbündnis beitrete. Unterstrichen sei, daß in den Begriff »demokratisches Deutschland« in West und Ost ein Sinn hineingelegt wurde, der damals schwerlich auf einen Nenner zu bringen war.

Die Verfasser der Dokumente des sowjetischen Außenministeriums begründeten 1953 die Notwendigkeit neuer Vorschläge zur deutschen Frage und arbeiteten einen Plan für weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet aus, die berücksichtigen sollten, »daß es seit September vorigen Jahres eine Reihe von Ereignissen gab, die Deutschland betreffen (Ratifizierung des Bonner und des Pariser ›Abkommens‹, verstärkte Militarisierung Westdeutschlands, Verhandlungen der USA-Regierung mit der Bonner Regierung u.a.)« und die von der Notwendigkeit ausgehen sollten, »daß die UdSSR die Initiative in der deutschen Frage behält«.²

2 AWP RF, Fonds 082,
Verz. 41, Mappe 271, Akte
19, Bl. 8.

Der Plan wurde in drei Richtungen ausgearbeitet: eine an alle interessierten Seiten – Westmächte, BRD und DDR – gerichtete neue Initiative zur Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung; Kampf um die Festigung der inneren und äußeren Positionen der DDR; Schritte, die auf eine Vereitelung oder wenigstens eine Verzögerung der Pläne zur Militarisierung der BRD im Rahmen der EVG gerichtet waren.

Die Experten des Außenministeriums waren der Meinung, daß es den drei Westmächten schwerfallen werde, gegen die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung zu sein, wenn die Regierungen der DDR und der BRD parallel weiterbeständen und dieser Regierung als Hauptaufgabe die Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen auferlegt würde. Sollte der Westen davon sprechen, dieser sowjetische Vorschlag wiederhole den Vorschlag der Prager Außenministerkonferenz von acht Ländern im Oktober 1950 über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, so »kann man diese Einwände mit dem Hinweis darauf zurückweisen, daß der Konstituierende Rat zur Ausarbeitung von Vorschlägen an die vier Mächte über die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung vorgesehen ist, ohne daß er irgendwelche Verwaltungsfunktionen erhält«.³ Im Falle von Einwänden der drei Westmächte gegen die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung durch die Parlamente der DDR und der BRD sollte die sowjetische Seite vorschlagen, einen Volksentscheid unter der Bevölkerung Gesamtdeutschlands zu dieser Frage durchzuführen. Außerdem ging das Außenministerium von der Notwendigkeit aus, daß die Beziehung der UdSSR zur DDR verändert und deren Machtorganen größere Selbständigkeit gewährt werden müßte.

3 Ebenda, Bl. 10.

Die Abschaffung der Kontrolle durch die sowjetischen Militärbehörden über die Machtorgane der DDR würde dem gesamten deutschen Volk zeigen, daß die Sowjetregierung konsequent und entschieden den Weg gehe, dem deutschen Volk Unabhängigkeit und souveräne Rechte zu gewähren, und, wie der ehemalige politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonow bemerkte, erneut »den prinzipiellen Unterschied unserer Politik zu der der drei Mächte, die Westdeutschland die knechtenden Bonner und Pariser ›Abkommen‹ aufzwingt«, demonstrieren.⁴

4 Ebenda, Bl. 36.

Um die inneren und äußeren Positionen der DDR zu festigen, die Autorität ihrer Regierung zu heben und den Kampf der DDR für die Einheit Deutschlands und für einen Friedensvertrag zu aktivieren, wurde ein ganzer Komplex von Maßnahmen vorgeschlagen.

Es bestand die Absicht, eine Regierungsdelegation der DDR zum ersten offiziellen Besuch seit dem Bestehen des Landes nach Moskau einzuladen. Zwei bis drei Wochen nach den Beratungen mit einer Delegation der DDR und der Veröffentlichung der Deklaration sollte eine Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte gerichtet werden. In ihr sollte die sowjetische Position bezüglich der Notwendigkeit eines baldestmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bekräftigt, die Ratifizierung des Bonner und des Pariser Vertrages verurteilt und der Vorschlag zur unverzüglichen Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung gemacht werden.⁵

Die Note an die Westmächte war als wichtigste Maßnahme in den drei Richtungen der Aktivierung der sowjetischen Politik in der deutschen Frage geplant. Dabei meinten die Analytiker des Außenministeriums, daß der Westen auf die sowjetischen Vorschläge nichts zu antworten hätte und daß er die Einberufung einer vierseitigen Beratung zur Erörterung der deutschen Frage fürchte.

Außerdem hegte die sowjetische Diplomatie die Hoffnung, daß es gelingen werde, auf die Position des Westens gegenüber der Remilitarisierung der BRD Einfluß zu nehmen. Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurden Widersprüche und Reibungen sowohl in den Beziehungen der drei Westmächte zueinander als auch in ihren Beziehungen zur BRD sorgfältig beobachtet. Registriert wurden die ursprünglich ausweichende Haltung Englands gegenüber einer Beteiligung an der EVG; die Befürchtungen Frankreichs im Zusammenhang mit der Wiedergeburt der westdeutschen militaristischen Kräfte und die Verzögerung der Ratifizierung des Bonner und des Pariser Vertrages durch das französische Parlament; der verstärkte Druck der USA auf Frankreich, um die Ratifizierung zu erreichen, und die direkte Drohung der USA, ein Militärbündnis mit Westdeutschland zu schließen, falls Frankreich die Ratifizierung dieser Verträge verzögere; die zunehmende westdeutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten zum Nachteil Englands und Frankreichs; die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und der BRD in der Frage des Saargebiets usw.

Das Außenministerium der UdSSR verfolgte sehr aufmerksam die Ereignisse in der BRD und verurteilte entschieden die Politik der Remilitarisierung des Landes, den Abschluß des Bonner und des Pariser Vertrages und deren Ratifizierung durch den Bundestag.

Die Autorin hat im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation keine Materialien gefunden, die davon zeugen würden, daß Moskau irgendwelche realen Möglichkeiten einer ernsthaften Einflußnahme auf den Remilitarisierungsprozeß der BRD gehabt hätte. Der sowjetischen Führung blieb nichts weiter übrig, als Frankreich in der Hoffnung zu unterstützen, das Parlament dieses Landes werde den Vertrag über die Gründung der EVG nicht ratifizieren, und die Politik der Westmächte und Bonns zu verurteilen, die auf die Wiederbewaffnung der BRD und ihre Einbeziehung in das westliche Militärbündnis gerichtet war, was die Vereinigung Deutschlands zu den Bedingungen unmöglich machte, die für die Sowjetunion annehmbar gewesen wären. Es springt ins Auge, daß sogar in den internen Ausarbeitungen des Außenministeriums, die

5 Ebenda, Bl. 18, 19.

nicht für propagandistische Zwecke vorgesehen waren, das Heran-gehen an die Außenpolitik der UdSSR und des Westens äußerst ideologisiert war und mit zweierlei Maß gearbeitet wurde. Die Ge-währung größerer Selbständigkeit für die DDR in äußeren und in-neren Angelegenheiten wurde positiv bewertet, ähnliche Schritte des Westens gegenüber der BRD (Reisen Konrad Adenauers in die USA, nach England und Frankreich, Zugeständnisse der West-mächte an die Bonner Regierung auf dem Gebiet des Außenhan-dels, Einbeziehung der BRD in verschiedene internationale Orga-nisationen u.a.) als »darauf gerichtet«, »den Anschein der ›Selb-ständigkeit‹ der Bonner Regierung zu schaffen«.⁶

6 Ebenda, Bl. 4/5.

Die sowjetische Führung ging bald daran, die vorgesehenen Maßnahmen in der deutschen Frage zu realisieren. Im Mai 1953 wurde der Entwurf einer Note an die Regierung der USA zur deut-schen Frage⁷ ausgearbeitet, die allerdings wegen der Ereignisse in der DDR im Juni 1953 für einige Monate in der Schublade ver-schwand.

7 Ebenda, Akte 18, Bl. 60-79; Akte 19, Bl. 39-49.

Was die Maßnahmen in bezug auf die DDR betrifft, so wurden noch vor den Ereignissen des 17. Juni einige konkrete Schritte auf ökonomischem und politischem Gebiet unternommen.⁸

8 Nachdem die DDR-Re-gierung darum gebeten hat-te, ihr wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, beschloß die Sowjetregierung im April 1953, die Lieferung von Kombines, aber auch eini-ger Arten von Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Industrie in die DDR zu er-höhen und jene deutschen Reparationslieferungen von Ausrüstungen herabzuset-zen, die für die Entwicklung der Wirtschaft der DDR notwendig waren. Sie be-schloß, die Warenlieferun-gen und Geldzahlungen der DDR aus den Verbindlich-keiten gegenüber der So-wjetunion um die Gesamt-summe von 580 Millionen Mark zu kürzen, und verlän-gerte die Zahlungsfrist für die restliche Summe.
Ebenda, Fonds 06, Verz. 12a, Mappe 52, Akte 314, Bl. 1.

Am 26. Mai 1953 beschloß der Ministerrat der UdSSR, die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland aufzulösen, die Funktionen zwischen Militär- und Zivilbehörden in Deutschland aufzuteilen und den Posten eines Hohen Kommissars in Deutsch-land einzuführen, der der ranghöchste sowjetische Vertreter in Deutschland wurde. Bald darauf wurde W. Semjonow in dieses Amt berufen. Am 28. Mai besuchte W. Molotow den DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, der sich zu dieser Zeit im Sanatorium »Barwicha« bei Moskau zur Kur aufhielt, und informierte ihn über den Beschluß der Sowjetregierung. Die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotow und Pieck zeugt davon, daß Pieck diese Maßnahme als sehr wichtigen politischen Beschluß wertete, der großen Widerhall in Deutschland finden und positive Ergebnisse bringen werde.⁹

Die angeführten Dokumente bestätigen u.E. die These, daß in der Zeit nach J. Stalins Tod bis zum 17. Juni vom Außenministerium ernsthafte Arbeit zur Revision des von den Vorgängern hinterlasse-nen Erbes in der deutschen Frage und in Beziehungen zur DDR ge-leistet wurde, was sich dann als sehr nützlich für das operative Rea-gieren auf die Ereignisse des 17. Juni und für eine langfristige Stra-tegie der UdSSR nach diesen Ereignissen erweisen sollte. In diesen drei Monaten wurde eine gewisse Wende der sowjetischen Politik in der deutschen Frage vollzog, und es begann jenes Tauwetter, das durch die Juni-Ereignisse in der DDR schroff unterbrochen wurde.

9 Ebenda, Fonds 082, Verz. 41, Mappe 269, Akte 4, Bl. 1.

In internen sowjetischen Einschätzungen wurden die Juni-Ereig-nisse von 1953 als die Folge falscher Politik der DDR-Führung ein-geschätzt, die es nicht vermochte, den Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR zu verwirklichen und eine In-nenpolitik im Interesse breiter Bevölkerungsschichten ihres Landes zu betreiben.¹⁰

10 Ebenda, Fonds 06, Verz. 12a, Mappe 52, Akte 305, Bl. 13/14.

Aufmerksamkeit erregt die scharfe Kritik an Fehlern und Ver-säumnissen der DDR-Führung bei der Ausarbeitung und Realisie-rung des politischen und ökonomischen Kurses des Landes, die

Kritik an der Unterschätzung des Ernstes der Ereignisse, die am 16. Juni in Berlin ihren Anfang genommen hatten, an der Verwirrung und Untätigkeit der SED-Führung und der DDR-Regierung auf dem Höhepunkt der Ereignisse am 17./18. Juni, die scharfe persönliche Kritik an Walter Ulbricht.¹¹

Wie die Dokumente des AWP RF bezeugen, waren die sowjetischen vertraulichen Vorschläge zur Erneuerung der DDR-Regierung und der SED-Führung weitaus radikaler als die nachfolgenden realen Handlungen. Es bleibt ein Rätsel, warum nach dem ernsthaft begründeten Vorschlag Sokolowskis, Semjonows und Judins, Ulbricht von seiner Funktion als Stellvertretender Ministerpräsident der DDR abzulösen, er trotzdem sowohl in der Regierung als auch vor allem an der Spitze der SED verblieb.

Die Ereignisse des 17. Juni bewirkten wesentliche Korrekturen am sowjetischen Kurs zur Aktivierung der Schritte hin zur Einheit Deutschlands auf demokratischer, friedlicher und neutraler Grundlage. Gerade nach diesen Ereignissen begann allmählich eine Wende der sowjetischen Politik hin zur deutschen Zweistaatlichkeit. Der Erhöhung des Ansehens der DDR sollten die Einladung der ersten Regierungsdelegation der DDR unter Teilnahme von Vertretern aller Parteien des Regierungsblocks nach Moskau vom 20. bis 25. August 1953 sowie eine breite Behandlung der Ergebnisse der Moskauer Gespräche in der Presse dienen.

Die Note der Sowjetunion an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur deutschen Frage vom 15. August 1953 übertrug den Westmächten die Verantwortung für die Sackgasse bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Vereinigung des Landes. Moskau beschwerte sich mit Recht darüber, daß der Westen zum bereits am 10. März 1952 vorgeschlagenen sowjetischen Entwurf über die Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland sich nicht geäußert habe, und legte diesen Entwurf der Note nochmals bei. Die Sowjetregierung schlug vor, innerhalb von sechs Monaten eine Friedenskonferenz zwecks Prüfung eines Friedensvertrags mit Deutschland einzuberufen. Der zweite Vorschlag betraf die Realisierung der bereits erwähnten Idee, eine Provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden (mit verschiedenen Varianten für ihre Bildung und ihre Funktionen), deren wichtigste Aufgabe die Vorbereitung und Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen sein sollte. In der sowjetischen Note vom 15. August 1953 erregen die harten Formulierungen Aufmerksamkeit, die Einbeziehung Westdeutschlands in die »Europa-Armee« und in den Nordatlantikblock bedeute, »daß Westdeutschland bereits nicht mehr als friedliebender Staat angesehen werde« und »es unmöglich macht, West- und Ostdeutschland zu vereinigen«.

Nach den Ereignissen im Juni 1953 in der DDR verstärkte sich bei den herrschenden Kreisen und in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder merklich das Mißtrauen gegenüber der Deutschlandpolitik der Sowjetregierung und die Einsicht, daß eine stärkere Unterstützung der DDR durch die UdSSR eine Zunahme der Tendenz zur dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit bedeutete. Die Sowjetunion zeigte sich entschlossen, die Versuche, die gesell-

11 Ebenda, Fonds 082, Verz. 41, Mappe 280, Akte 93, Bl. 63-68.

schaftliche Ordnung in der DDR zu verändern, entschieden, auch mit gewaltsamen militärischen Mitteln zu unterbinden. Das nutzte der Westen aus, um die Notwendigkeit der weiteren militärischen Konsolidierung der westlichen Länder und die Zunahme ihrer militärischen Stärke zur Gewährleistung der Sicherheit zu begründen. Auch die Maßnahmen, Westdeutschland in diesen Prozeß einzubeziehen, wurden intensiviert. Die Parlamentswahlen in der BRD im September 1953, die auf einer Woge dieser Tendenzen vor sich gingen, stärkten die Positionen des herrschenden Blocks von CDU/CSU und des Kanzlers Konrad Adenauer beträchtlich. Das schuf neue Schwierigkeiten für die Lösung der deutschen Frage.

Zugleich wollten die herrschenden Kreise des Westens den Eindruck vermeiden, sie seien die Initiatoren der Absage an die Idee der deutschen Friedensregelung und der Vereinigung Deutschlands. Da die Sowjetunion nach den Juni-Ereignissen von Sorgen um die Normalisierung der Lage in der DDR in Anspruch genommen war und nicht an die Erneuerung ihres damals vom Westen ignorierten Vorschlags von 1952 über die Einberufung einer Beratung der vier Mächte dachte, erörterten die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf ihrer Konferenz vom 10. bis 14. Juli 1953 in Washington ausführlich ihre Positionen und mögliche Schritte in der deutschen Frage und stimmten den Text einer Note ab, die sie am 15. Juli 1953 an die UdSSR-Regierung sandten. Sie enthielt die Einladung an die Sowjetregierung, an einer Beratung der Außenminister der vier Mächte Ende September 1953 teilzunehmen.

Es begann ein lebhafter Notenwechsel zwischen der UdSSR und den drei Westmächten. Im Ergebnis wurden der »Deutschen Frage und den Aufgaben zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit« volle zehn Sitzungen der Berliner Konferenz, die vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 stattfand, gewidmet; außerdem wurde auf fünf weiteren Sitzungen ebenfalls auf die deutsche Frage eingegangen. Sie wurde insgesamt auf 15 von 27 Sitzungen behandelt und stand damit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Außenminister der vier Mächte.

Die englische Delegation legte den »Plan zur freien Wiedervereinigung Deutschlands«¹² vor, der später als »Eden-Plan« in die Geschichte einging. Der Plan enthielt folgende fünf Stadien: freie Wahlen in ganz Deutschland; Einberufung einer Nationalversammlung im Ergebnis dieser Wahlen; Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs und Vorbereitung von Verhandlungen über einen Friedensvertrag; Verabschiedung der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die die Verantwortung für den Abschluß eines Friedensvertrages trägt; Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages. Dieser Plan war im Grunde eine gemeinsame Initiative der drei Westmächte.

Molotow wies den Plan Anthony Edens als völlig unannehmbar zurück und unterbreitete der Konferenz eigene Vorschläge zur deutschen Frage, wobei er die Lösung dieser Frage mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa verknüpfte. Zuerst wurde der »Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland« vorgelegt. Dieses Dokument wiederholte fast voll-

12 Die Berliner Beratung der Außenminister der vier Mächte – der UdSSR, Großbritanniens, der USA und Frankreichs (25. Januar-18. Februar 1954). Dokumente und Protokolle, Moskau 1954, S. 53-56, (russ.).

ständig den früheren sowjetischen Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages, der bereits 1952 vorgelegt worden war und erneut 1953 und nur drei geringfügige Ergänzungen enthielt. Gleichzeitig wurde der knappe, insgesamt nur vier Punkte enthaltende sowjetische Vorschlag »Über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Einberufung einer Friedenskonferenz zum deutschen Friedensvertrag« unterbreitet. Später legte Molotow noch einen Vorschlag vor – den Entwurf des Dokuments »Über die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen«. ¹³ Die Erklärung des sowjetischen Ministers über die Unannehmbarkeit des Eden-Plans und seine Vorschläge riefen unverhohlene Wut und negative Reaktionen bei den westlichen Konferenzteilnehmern hervor.

13 Ebenda, S. 89-92, 130/131.

Die Erörterung der westlichen und der sowjetischen Vorschläge zur deutschen Frage im Verlauf der Diskussion auf der Berliner Konferenz brachte bedeutende Differenzen in den Positionen an den Tag, die nicht überwunden werden konnten. Die Schlußfolgerung, die Molotow im Ergebnis der Diskussion zog, war klar und eindeutig: »Wenn das Pariser Abkommen über die Bildung einer Europa-Armee für 50 Jahre in Kraft bleibt, heißt das, daß ein Friedensvertrag unmöglich ist ... Daher muß entweder eine Lossage vom Pariser und Bonner Abkommen erfolgen, und dann beschleunigen wir den Abschluß eines Friedensvertrages, oder ihre Haltung zum Pariser und Bonner Abkommen bedeutet eine Vereitelung des Friedensvertrages, die Unmöglichkeit, Deutschland zu vereinigen«. ¹⁴

14 AWP RF, Fonds 6, Verz.13g, Mappe 63, Akte 12, Bl. 209

Der Vergleich der Positionen der Regierungen der vier Länder führt zu der Schlußfolgerung, daß die Abneigung des Westens, auf die Pläne zur Einbeziehung der BRD in die EVG zu verzichten, einerseits und die Nichtakzeptanz dieser Position durch die Sowjetunion andererseits der Stein des Anstoßes und ein unüberwindliches Hindernis war, um auf der Berliner Konferenz irgendwelche positiven Vereinbarungen in der deutschen Frage zu erzielen.

Die deutsche Frage geriet in eine Sackgasse. Die alten Vorschläge der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland mit der zweifelhaften Idee, eine Provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden und die Besatzungstruppen aus Deutschland noch vor gesamtdeutschen Wahlen abzuziehen, waren für den Westen ebenso unannehmbar wie der Eden-Plan und die Einbeziehung der BRD in die EVG und die NATO für die UdSSR. Moskau konnte die Existenz der DDR nicht opfern, und der Westen konnte sich nicht mit der Bildung eines neutralen und nichtpaktgebundenen Deutschlands einverstanden erklären. Das bedeutete im Grunde genommen nicht nur das Einfrieren der deutschen Frage, sondern auch den Kurs auf die Verfestigung der Zweistaatlichkeit in Deutschland.

Als trotz des Widerstands Moskaus die westlichen Pläne zur Einbeziehung der BRD in die NATO im Frühjahr 1955 verwirklicht wurden, blieb der sowjetischen Führung keine andere Wahl, als sich den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Einerseits wurden rasch Maßnahmen zur Konsolidierung der Länder Osteuropas getroffen. Am 14. Mai 1955 wurde der Warschauer Vertrag unterzeichnet: Sechs Jahre nach der Gründung der NATO wurde ein militärpolitisches Bündnis von sieben osteu-

ropäischen Staaten geschlossen und damit der Prozeß zur Bildung zweier entgegengesetzter Blöcke in Europa zu Ende geführt. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien auf sowjetische Initiative hin im Mai 1955 nahm den beiderseitigen Beziehungen die gefährliche Spannung, die vom Westen für eine Abgrenzung der osteuropäischen Länder hätte ausgenutzt werden können. Andererseits versuchte die Moskauer Führung, dem Westen zu zeigen, daß die Sowjetunion bereit sei, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen in Europa in Gang zu setzen. Im Mai 1955 wurde der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet, der seine Unabhängigkeit wiederherstellte und die ständige Neutralität des Landes festschrieb, im Herbst 1955 wurden die Besatzungstruppen der vier Mächte aus Österreich abgezogen.

Der Vertrag mit Österreich hatte merklichen Einfluß auf den Stimmungswandel in der westdeutschen Öffentlichkeit zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Laut Meinungsumfragen in der BRD sprachen sich im Sommer 1955 90 Prozent der Befragten für Verhandlungen mit der UdSSR aus. Am 7. Juni 1955 schickte die Sowjetregierung der BRD-Regierung eine Note mit dem Vorschlag, diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD aufzunehmen.

Sehr klar und undiplomatisch stellte N. Chruschtschow die sowjetische Sicht auf die Perspektive der Vereinigung Deutschlands am 10. September 1955 klar, dem zweiten Tag der Verhandlungen mit Konrad Adenauer über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Moskau: »Jetzt wird die Wiedervereinigung Deutschlands so interpretiert, daß das wiedervereinigte Deutschland der NATO beitreten soll. Aber die NATO wurde gegen die Sowjetunion geschaffen ... Wir wären dumm, wenn wir dazu beitragen würden, daß ganz Deutschland der NATO beitrifft und damit größere Streitkräfte gegen uns gerichtet werden würden«.¹⁵

Zum Schluß sei noch ein Dokument zitiert, das die Ende 1955 herausgebildete sowjetische Politik der Zweistaatlichkeit in der deutschen Frage unterstrich. Es handelt sich um den vom Kollegium des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Dezember 1955 sanktionierten Entwurf von Instruktionen für den Botschafter der UdSSR in der BRD für die erste Periode der Botschaftstätigkeit. Darin wurde betont, »daß die Umsetzung der Pariser Abkommen Hindernisse auf dem Wege zur Regelung der deutschen Frage schafft und daß die Sowjetunion eine solche Lösung der deutschen Frage nicht fördern kann, die den gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichteten Nordatlantikblock stärken würde«. Andererseits wurde empfohlen, davon auszugehen, daß »ohne Einvernehmen zwischen den Deutschen selbst (BRD und DDR) keine praktischen Ergebnisse bei der Lösung der deutschen Frage erzielt werden können«.¹⁶

(AUS DEM RUSSISCHEN VON ERIKA SEGENDORF)

15 AWP RF, Fonds 06, Verz. 14, Mappe 14, Akte 206, Bl. 33.

16 Ebenda, Akte 201, Bl. 17/18.

JÜRGEN HOFMANN

Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit.

Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte über die »Doppelbiographie« der Bundesrepublik¹

Das Jubiläum der doppelten deutschen Staatsgründung vor fünfzig Jahren birgt ein Problem. Einer der beiden deutschen Teilstaaten existiert nicht mehr. Die Deutsche Demokratische Republik, die sich als Alternative verstand, hat sich mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland 1990 als staatliches Subjekt aus der Geschichte verabschiedet. Genügt damit nicht der Reflex auf das Staatswesen, das sich behauptete? Nach den Erfahrungen mit reichlich acht Jahren staatlicher Einheit ist dies eher anzuzweifeln. Gemessen an dem Zeitraum seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 machen über vier Jahrzehnte deutsche Zweistaatlichkeit immerhin ein Drittel aus und sind schon deshalb auf absehbare Zeit wohl kaum als Episode abzuhaken. Dies gilt um so mehr, da die deutsche Zweistaatlichkeit in diesem Jahrhundert mit gesellschaftspolitischen Richtungskämpfen und Richtungsentscheidungen verknüpft war und sich bereits aus diesem Blickwinkel prinzipiell von Phasen deutscher Mehrstaatlichkeit in vorangegangenen Zeiträumen unterscheidet. Der Nachhall und die Allgegenwart dieser Konstellation in aktuellen politischen, sozialen und geistigen Auseinandersetzungen sprechen ebenfalls gegen eine Verengung des Blickwinkels auf den Werdegang des verbliebenen deutschen Staatswesens. Deutsche Nachkriegsgeschichte kann, will sie glaubwürdig bleiben, die deutsche Zweistaatlichkeit nicht ausblenden und den untergegangenen Teilstaat lediglich als periphere Abweichung von der Geschichte der Bundesrepublik behandeln.

Die Debatte um die deutsche Nachkriegsgeschichte der letzten Jahre ist unbefriedigend, obwohl sie mit großem materiellen und personellen Aufwand betrieben wurde und zu keinem anderen Zeitpunkt über solch reichhaltiges Quellenmaterial verfügen konnte. Es ist nicht nur die Asymmetrie der Quellen, die den Blick auf Zusammenhänge verstellt und dazu verleitet, die Vorgänge in der DDR vorwiegend aus dem verfügbaren internen Material ihrer Führungsstrukturen zu erklären. Schon der Forschungsansatz bleibt einem Rollenverständnis verhaftet, in dem der Entwicklung der Bundesrepublik die Fehlentwicklung der DDR entgegenzustellen ist. Zeitgeschichte als Kontrastprogramm hat Konjunktur.

Nicht von ungefähr haben in jüngster Zeit namhafte Zeithistoriker und Verantwortliche aus dem Bereich der politischen Bildung Bedenken geäußert. Hans-Jürgen Misselwitz sprach von einer »Asymmetrie kritischer Geschichtsaufarbeitung innerhalb einer Nation«. »Der Eindruck einseitiger historischer Haftung des

Jürgen Hofmann – Jg. 1943,
Historiker, Berlin.
Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete:
Revolutionsgeschichte
1848/49, DDR- und SED-
Geschichte, nationale Frage,
empirische Forschungen
zum Einigungsprozeß und
zum Transformationsprozeß.

Ostens« erzeuge »in wachsendem Maße Ignoranz und Abwehr nicht nur der potentiell Belasteten, sondern inzwischen der allgemeinen Öffentlichkeit«.² Lutz Niethammer befürchtete, »daß der ausgedehnte und überpolitisierte Apparat, der zur Aufklärung über die Geschichte der DDR aufgebaut worden ist«, das Interesse des Publikums bald verstopfen könne.³ Peter Steinbach gab zu bedenken: »Wer Menschen mit ihrer eigenen Lebensgeschichte vor den Kopf stößt, vergißt, daß sich neue Institutionen nicht im luftleeren Raum errichten lassen. Sie bedürfen vielmehr der Menschen, die sie akzeptieren und mit Leben füllen.«⁴ Kaum zu bestreiten ist, daß am Ende des ersten Jahrzehnts staatlicher Einheit »im Geschichtsbewußtsein von Ostdeutschen und Westdeutschen tiefreichende Spaltungen zutage« treten.⁵ Dies gelte besonders für die Zeitgeschichte meint Jürgen Kocka.

Die Mängel der Zeitgeschichtsdebatte zum Werdegang und zu den Folgen der deutschen Zweistaatlichkeit werden an der Arbeit und den Resultaten der zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages exemplarisch deutlich.⁶ Da deren Materialien in der Regel als konzeptionelle Orientierung für die politische Bildung genutzt werden, ist mit erheblichen Folgeschäden zu rechnen.⁷ Daß die von der Enquete-Kommission favorisierten Deutungsmuster weit über den Bereich der politischen Bildung hinauswirken, verdeutlicht die Ausstellung »Aufstieg und Fall der Moderne« in der europäischen Kulturstadt Weimar. Die Berliner Akademie der Künste bewertete die Präsentation von DDR-Kunstwerken in dieser Ausstellung als skandalösen »Rückfall in demagogische Abwertungs- und Denunziationsmuster des Kalten Krieges«.⁸

Die einseitige Ausrichtung der Enquete-Kommission auf SED-Herrschaft und DDR-Gesellschaft führte zwangsläufig zu einer verzerrten bzw. eingeschränkten Wahrnehmung der Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutsche Nachkriegsgeschichte läßt sich offensichtlich nicht von einem Pol her fassen. Trotz getrennter Geschichte bleiben neben weltpolitischen und europäischen vor allem deutsch-deutsche Zusammenhänge für das Verständnis der jeweiligen Teilgeschichte unerläßlich. Da die andere Seite als Konkurrent in einer Auseinandersetzung um die Perspektiven der Nationalentwicklung betrachtet wurde, wirkten dortige Vorgänge oft viel unmittelbarer auf eigene Entscheidungen, als dies sonst bei Nachbarstaaten üblich ist.

Der Arbeitsauftrag an die beiden Enquete-Kommissionen, der faktisch das zu ermittelnde Endergebnis vorwegnahm, war suggestiv und beförderte die politisch gewollte Tendenz, der Abrechnung den Vorrang vor historischer Aufklärung zu geben. Dies hatte nachhaltige Folgen für konzeptionelle Ansätze und wissenschaftliche Fragestellungen, mehr noch aber für die Verwertung vorliegender und neuerarbeiteter Forschungsergebnisse. Die Differenz zwischen dem wissenschaftlichen Gehalt vieler Studien und Expertisen und deren selektiver und politisch instrumentalisierter Verarbeitung im Abschlußbericht ist eklatant. Davon kann sich jeder überzeugen, der sich der Mühe unterzieht, das Ausgangsmaterial zu sichten. Die Erweiterung der deutschen Ausgabe des »Schwarzbuches des Kommunismus« um einen substantiell wie konzeptionell fragwür-

Im staatlich wiedervereinigten Deutschland treffen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusammen. Sie münden beide in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon wie sie im einzelnen bewertet und gewichtet werden.

... Der Ausgang der Systemauseinandersetzung begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse zeitgeschichtlicher Vorgänge ausschließlich auf die unterlegene Seite zu konzentrieren. Der Reformbedarf der Bundesrepublik, der bereits vor 1990 offensichtlich war, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld.

... Die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, d.h. die Annahme der Doppelbiographie steht in Ost und West noch weithin aus. Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Diskussionspapier der Historischen Kommission der PDS, in: Pressedienst PDS, Nr. 13/1999, S. 9, 11, 12.

Zweifellos wirkt bei all dem der Tatbestand nach, daß 1990 zwei verschiedene politische Kulturen fusionierten, von denen die eine mit dem politischen System, auf das sie bezogen war, gescheitert ist. Gleichwohl ist sie damit nicht völlig verschwunden, zumal im Prozeß des Zusammenwachsens – bedingt durch politische Fehlentscheidungen – erhebliche Probleme entstanden sind, die eine partielle Rückwendung – »Ostalgie« genannt – zu Aspekten der DDR-Vergangenheit und die Erneuerung eines besonderen Bewußtseins, das die eigenen Erfahrungen und die Unterschiede zum Westen betont, gefördert haben ... Das gesellschaftliche und politische Engagement ist zugleich unterentwickelt; der Aufbruch des Herbstes 1989 hat alles in allem nur bedingt zu einem kontinuierlichen zivilgesellschaftlichen Engagement geführt.... Im Kern ist in fast jeder Hinsicht zur politisch-kulturellen »Verwestlichung« des Ostens keine Alternative erkennbar, auch wenn innerhalb des damit gegebenen Rahmens unterschiedliche Varianten möglich sind, die den Erfahrungen des Ostens Raum geben. Bernd Faulenbach: Überwindung des »deutschen Sonderweges«? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 21-23.

digen Anhang zur DDR steht in der Linie der Abschlußberichte der Enquete-Kommission. Ehrhart Neubert reizt mit seiner tendenziösen DDR-Schau den Ansatz soweit aus, daß er sich selbst disqualifiziert.⁹ Der Vergleich dieser Interpretationsexzesse mit den wissenschaftlich weitaus fundierteren Materialien der Enquete-Kommission tröstet jedoch nicht darüber hinweg, daß über zwei Legislaturperioden die Chance zu einem qualifizierten zeitgeschichtlichen Diskurs vertan wurde.

Die Erfahrungen mit der politisch aufgeheizten zeitgeschichtlichen Debatte der letzten Jahre führen oft zu Gegenreaktionen, denen ähnliche Mängel eigen sind wie den kritisierten und abgelehnten vorherrschenden Interpretationen, wenn auch aus gegensätzlichem Blickwinkel. Der Pauschalverurteilung des untergegangenen deutschen Staates wird seine Verteidigung bzw. Rechtfertigung entgegengesetzt. Die Verteidiger übernehmen von der auf Abrechnung orientierten medienwirksamen Fraktion den moralisierenden Grundzug und die Ignoranz gegenüber dem tatsächlichen Forschungsstand, der bestenfalls selektiv für schlagkräftige Bestätigungen eigener unverrückbarer Positionen rezipiert wird. Von dieser Tendenz ist auch der jüngste Sammelband zur Geschichte beider deutscher Staaten nicht frei, der sich als Beitrag gegen den Zeitgeist versteht.¹⁰ Mit Sorge ist zu beobachten, daß sich manche Akteure der zeitgeschichtlichen Debatte bereits wieder in den Schützengräben des Kalten Krieges einrichten. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Debatte wird und muß der Sache nach kontrovers bleiben, sollte aber nicht zu einer weder intellektuell noch mental überschreitbaren »Frontlinie« führen. Ein festgefahrener Stellungskrieg ist für politisch und historisch Interessierte wenig hilfreich. Fortschritte werden sich »nur in einem Klima der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen und politischer Kontexte« erzielen lassen, wie es Misselwitz für die politische Bildung annahmt.¹¹

Die Fixierung der zeitgeschichtlichen Diskussion auf »pro und contra DDR« geht völlig an der Tatsache vorbei, daß in der gemeinsamen vergrößerten und sich verändernden Bundesrepublik Fragen gestellt und Herausforderungen aufgeworfen sind, die nur aus der Gesamtsubstanz der historischen Voraussetzungen und Erfahrungen beantwortet und gemeistert werden können. Der »posthume Overkill« der SED-Herrschaft ist destruktiv. Er befremdet nicht nur einen erheblichen Teil der Ostdeutschen, er verstellt auch den Westdeutschen den Zugang zu einem differenzierten Verständnis der DDR-Gesellschaft und ihren Langzeitwirkungen. Er wirkt zudem zurück auf das Bild der Bundesrepublik vor 1990. Mit dem Verweis auf das »Schreckensszenario« der DDR-Entwicklung werden der eigene Werdegang im nachhinein verklärt und kritische Fragen in den Hintergrund gedrängt. Für die bildungspolitische und medienwirksame Aufbereitung sind m.E. solche Effekte bereits deutlich auszumachen. Das Schulbuchangebot ist ebenfalls von einer problembewußten Sicht auf die Geschichte der Bundesrepublik im Regelfall weit entfernt.

In welche Richtung könnte oder sollte die zeitgeschichtliche Debatte um die deutsche Nachkriegsgeschichte entwickelt werden?

Zunächst gilt es, die gesamtdeutsche Dimension der Betrachtung wiederzugewinnen.¹² Damit wird die Spaltung nicht ungeschehen und zwei Wege werden nicht zu einem. Die wechselseitige Verschränkung und Bedingtheit können so jedoch deutlicher erfaßt werden. Außerdem sollte es für das Gemeinwesen Bundesrepublik fast selbstverständlich sein, in sein historisches Selbstverständnis alles einzubeziehen, was in seine Entwicklung einmündet. Die DDR-Gesellschaft war nicht klein genug, um sie – wie in den Jahrzehnten zuvor die »Republikflüchtlinge« – einfach zu assimilieren; und die Bundesrepublik ist zu dominant, um hinsichtlich ihrer Erfahrungen von den Ostdeutschen ignoriert zu werden. Der Grad der Unkenntnis über Ereignisse, Personen und Prozesse im jeweils anderen Teil ist nach wie vor erschreckend, obwohl all diese Faktoren – ähnlich wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die der Weimarer Republik – die politische Gegenwart bestimmen. Hauptstrang der Biographie der Bundesrepublik bleibt sicher ihre Entwicklung im engeren Sinne. Die DDR hat aber in die gemeinsame Gegenwart eine Mitgift eingebracht, die nicht nur als Fußnote begriffen werden kann. Die Akteure aller Richtungen laufen sonst Gefahr, einer verengten Sicht auf die Bedingungen politischen Handelns zu erliegen.

Hinter dieser Frage der historischen Bildung verbirgt sich ein Problem der Demokratie. Demokratisches Handeln erfordert Wissen. In die Stabilisierung, Ausgestaltung oder auch Veränderung von Rahmenbedingungen, Institutionen und Wertorientierungen kann nur gezielt und effektiv eingreifen, wer etwas über deren Werdgang und die handelnden sozialen und politischen Kräfte sowie deren Vorgeschichte weiß.

Reflexionen der deutschen Nachkriegsgeschichte werden nicht umhin kommen, die Logik sich ausschließender Wege und das gleichzeitige Aufeinanderbezogensein zu erfassen und gebührend in Rechnung zu stellen. Die Definition politischer Positionen und Ziele hatte stets oder wenigstens meistens den nationalen Konkurrenten im Kalkül. Aus der Symbiose von nationaler Konkurrenz und politischer Polarisierung ergab sich ein spezifisches Spannungsfeld, in dem sich Alleinvertretungspraktiken, begrenzte Kooperation, gesamtdeutsche Intentionen, aber auch die Abgrenzungspolitik bewegten.¹³ Für die Forschung und Darstellung müssen Fragestellungen entwickelt werden, die es erlauben, zwei Wege deutscher Nachkriegsgeschichte in ihrer Eigendynamik sowie in ihrer widersprüchlichen, rivalisierenden Gesamtheit zu fassen. Christoph Kleßmann hat diesen Ansatz bereits seit 1982 überzeugend und mit Augenmaß praktiziert.¹⁴

Die Sicht auf beide deutsche Wege allein, die sich ausschlossen und doch widersprüchlich und spannungsreich miteinander verklammert blieben, ließe dennoch viele Erklärungslücken offen. Zur Analyse und zum Verständnis muß unbedingt die internationale Einbettung hinzutreten, die eine Einbettung in eine bipolare Welt war. Beide deutsche Staaten spielten als Produkte der Systemkonfrontation und Juniorpartner der jeweiligen Führungsmächte alles andere als nur eine Nebenrolle. Überhaupt wäre es ein lohnendes Thema, dem Wechselspiel von Konfrontation und partieller Ko-

Man wird künftig nur dann jene Blockaden wieder abbauen können, wenn historische Aufklärung auf Verständnis zielt und Verständigung bewirkt. Generell muß daher gelten, daß nur in einem Klima der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen und politischer Kontexte die Aufklärung geschichtlicher Verantwortung und politisch-moralischen Versagens erfolgreich sein kann. Die politische Bildung im Osten und im Westen Deutschlands steht dabei vor einem gemeinsamen Problem: Das faktische Ende der DDR bedeutet die Herausforderung, ein Ost und West verbindendes, aber auch ein unterscheidendes Geschichtsbild über die Zeit zwischen 1945 und 1990 zu vermitteln. Sorgfalt und Einfühlungsvermögen in die jeweiligen geschichtlichen Umstände sind dabei nicht bloß eine Frage des fairen Umgangs mit der »Geschichte der Mitlebenden« (Hans Rothfels), sondern eine Voraussetzung dafür, daß neue Einsichten zum Bestandteil der gemeinsamen Erinnerung werden.

Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die »innere Einheit« und die Rolle der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/99, S. 28/29.

Historiker, Kultur- und Sozialwissenschaftler widmen sich – trotz intensiver Studien zumal in der empirischen Sozialforschung – zu wenig der Aufgabe, die beiden deutschen Teilgesellschaften in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen. Dies führte nicht selten zu verletzenden Debatten, etwa über die Gleichsetzung von roter und brauner Diktatur. So verstärkten sich die Versäumnisse, die auch Ergebnis einer allzu-sehr vernachlässigten deutsch-deutschen Nachbarschaft waren. ... Nicht, daß jetzt überheblich zu beklagen wäre, daß sich vor 1989 offensichtlich kein ernst zu nehmender Wissenschaftler oder Publizist mit der Frage beschäftigt hatte, wie man die beiden deutschen Gesellschaften im Zuge einer staatlichen Vereinigung zusammenführen könnte. Zu beklagen ist lediglich, daß noch Jahre nach der Wiedervereinigung klare Fragen nach den sozialgeschichtlichen Voraussetzungen des Übergangs von einer Gesellschaft zur anderen nicht gestellt wurden.

...
Die Probleme des Vereinigungsprozesses machen deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sich in vierzig Jahren Trennung viel fremder geworden waren, als sich viele auch heute entgegenstehen bereit sind.
Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 25, 27.

operation nachzugehen, in das Elemente der Rivalität beider deutscher Staaten hineinspielten.

Wir sollten uns aber nicht nur auf die Einbettung in politisch-militärische Blöcke fixieren. Die Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe hat die Chancen und Risiken der deutschen Wege wesentlich mitdefiniert. Für die Bundesrepublik bedeutete dies die Einbeziehung in das Hilfs- und Förderprogramm des Marshall-Plans; für die DDR erwuchs daraus die Konsequenz, die Last der Reparationen allein tragen zu müssen. Der frühe Zugang der Bundesrepublik zum Weltmarkt bot günstige Bedingungen für das »Wirtschaftswunder«. Für die DDR war die starke Bindung an die Wirtschaft der Sowjetunion einerseits Stabilitätsgarantie und Absicherung gegen wirtschaftliche Erpressung, andererseits erwuchs aus dieser Abkoppelung von der internationalen Arbeitsteilung zugleich ein Entwicklungshemmnis, das durch keine Bemühungen um autarke Innovationen aufgewogen werden konnte.

Eine der kompliziertesten und am meisten umstrittenen Fragen ist die nach den Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben der deutschen Wege. Hier wäre zunächst nach dem heuristischen Interesse zu fragen. Geht es um das bessere Verständnis des jeweiligen Vorgangs bzw. der jeweiligen Erscheinung oder geht es um deren Stigmatisierung? Soll nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten gefragt werden, um das Bild zu präzisieren und die Bewertung besser abwägen zu können, oder soll der untersuchten Erscheinung der Stempel einer anderen aufgedrückt werden? Für die Untersuchung und Analyse beider deutscher Staaten sind vielfältige Vergleichsebenen möglich, und es wäre dringend zu wünschen, daß wieder eine größere Methodenvielfalt Platz greift.

Der Vergleich von Entwicklungen und Erscheinungen in beiden deutschen Teilstaaten liegt schon deshalb auf der Hand, weil nur so der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachgegangen werden kann. Das läuft auf die Methode des intersystemaren Vergleichs hinaus, der von der DDR-Forschung der Bundesrepublik vor 1990 durchaus mit Erfolg praktiziert wurde. Das Fallbeispiel deutsche Zweistaatlichkeit ist für intersystemare Vergleiche von besonderem Interesse, weil die Herausbildung systembedingter Unterschiede durch die Verankerung in einer gemeinsamen historischen Substanz und die gemeinsame Ausgangslage 1945 relativ genau zu verfolgen ist. Denkbar und notwendig wäre aber auch der Vergleich der deutschen Teilstaaten gegenüber ihren jeweiligen Partnern in den Blöcken. In diesem Falle wäre vom inner-systemaren Vergleich zu sprechen, der die jeweilige Relation zwischen systembedingten Gemeinsamkeiten und nationalen Unterschieden erhellen könnte. Geboten ist wohl auch der Vergleich zwischen selbstgesetzten Anspruch und Wirklichkeit, der für die DDR-Forschung keinesfalls neu ist. All diese Vergleichsansätze sind Vergleiche auf einer gemeinsamen historischen Zeitebene. Sie können identische welthistorischen Rahmenbedingungen unterstellen, die lediglich durch die Blockbindung spezifiziert sind.

Problematisch scheint mir aus mehreren Gründen hingegen der Vergleich zwischen dem Dritten Reich und der DDR, der gegenwärtig Konjunktur hat. Formell ist gegen ihn zwar kaum etwas ein-

zuwenden, weil für Vergleiche nicht a priori Tabus aufgebaut werden sollten. Zugleich sollte bewußt bleiben, daß dieser Vergleich mit einigen methodischen Problemen behaftet ist, die zu Unschärfen führen und wenig Erkenntnisgewinn versprechen. Die Befürworter des »Diktaturenvergleichs« blenden aus ihren Überlegungen in der Regel aus, daß es sich dabei um einen intersystemaren Vergleich handelt, der außerdem noch zwischen zwei verschiedenen historischen Zeitebenen vermitteln muß. Der bevorzugte strukturelle Vergleich und die Auflistung von Ähnlichkeiten des äußeren Erscheinungsbildes sagen nichts über deren Quellen, sozialen Träger, über Inhalte und Wirkungen. Die Möglichkeiten und Grenzen idealtypischer Vergleiche bedürfen wohl noch einer eingehenden theoretischen Debatte. Die PDS hatte sich bereits vor Jahren in ihrem Minderheitenvotum zum Abschlußbericht der ersten Enquete-Kommission zum Totalitarismusproblem positioniert.¹⁵ Erstaunlicherweise gerät dieses Diskussionsangebot bei den Kritikern der PDS ebenso in Vergessenheit, wie den linken Autoren, die ausgesprochen allergisch auf das Stichwort »Totalitarismus« reagieren. Wie fragwürdig allerdings effekttheisende Vergleiche sind, illustriert u. a. ein Artikel des Berliner »Tagesspiegel«, der André Bries Äußerungen zum totalitären Charakter der DDR aufgriff. Darin verstieg sich der Autor des »Tagesspiegel« zu der Behauptung, das NS-Regime habe »sehr viel mehr unterschiedliche Lebens- und Überlebensräume jenseits und unterhalb des Systems als die DDR«¹⁶ geboten.

Die Frage, welches wissenschaftliche und politische Interesse einen Vergleich leitet, dessen Ergebnis durch die Standardformel von den »zwei Diktaturen in Deutschland« faktisch vorgegeben ist, sollte schon erlaubt sein. Sie drängt sich vor allem dann auf, wenn das Aufspüren von Gemeinsamkeiten keine Kraft mehr für die Fixierung der Unterschiede läßt. Müssen nicht beide deutsche Teilstaaten mit ihrem historischen Vorläufer verglichen werden, aus dessen totaler Niederlage sie hervorgegangen sind und dessen Erbschaft sie bis in die Gegenwart zu tragen haben? Kontinuität und Brüche konkret zu benennen und in der Rückschau nochmals kritisch auszuleuchten, ist unerläßlich, wenn die tatsächliche und nicht die selbstgefällig behauptete Verarbeitung des NS-Regimes durch beide deutsche Teilstaaten analysiert werden soll.

Ein zeitgeschichtlicher Diskurs, der wenigstens partiell konsensbildend wirken soll, ist nur als kritisch-sachliche Auseinandersetzung mit Geschichte zu haben. Deshalb muß der Aspekt der kritischen Aufklärung endlich Oberhand über den vorherrschenden der Abrechnung gewinnen. Anderenfalls läuft die Debatte in Gefahr, die Verletzungen der realen historischen Auseinandersetzung noch um die der Interpretation anzureichern. Selbstverständlich kann nicht einer harmonisierenden, die Konflikte negierenden Erinnerung das Wort geredet werden. Der Versuch jedoch, historische Auseinandersetzungen im nachhinein nochmals für sich zu entscheiden, reproduziert Spaltung. Die Erfolge in der Neudeutung der Nachkriegsgeschichte werden sich immer dann als Pyrrhussieg erweisen, wenn sich gewonnene Deutungsmacht nicht mit der überwiegenden historischen Erfahrung der Akteure deckt bzw. we-

Das wichtigste ist die Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte. Ihre Staaten brauchen die gleiche Beachtung, obwohl sich die DDR als der schwächere und schlechtere erwiesen hat. Für ein Viertel bis Fünftel aller Deutschen war sie jedoch »ihr Staat«, unabhängig davon, ob sie ihn trugen oder nur ertrugen. Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden. Annäherung an ein gesamtdeutsches Geschichtsverständnis, in: Neues Deutschland vom 17./18. April 1999, S. 13.

nigsten zu ihr kompatibel ist. »Wer ernst genommen werden will«, so Peter Bender, »muß sich mäßigen, darf nicht mehr alles über einen Leisten schlagen.«¹⁷ Er verknüpft das mit der Erwartung, daß die Wissenschaft allmählich einiges von dem Terrain zurückgewinnen könne, das sie in den zurückliegenden Jahren an die Politik und die Ideologie verloren hat.

Sicherlich kann die historische Kritik nicht gleichmäßig, faktisch paritätisch aufgeteilt werden. Den Werdegang der Bundesrepublik aus der kritischen Nachfrage nahezu gänzlich zu entbinden, ist weder mit Blick auf die Vergangenheit noch aus gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen zu rechtfertigen. Die Geschichte der DDR kritisch zu durchforsten, dürfte selbstverständlich sein. Gerade die Linke sollte daran ein ureigenes Interesse haben. Wenn es ihr mit der Vision einer alternativen Gesellschaft ernst ist, dürfen Erfahrungen gescheiterter Versuche und Fehlentwicklungen nicht ausgeblendet werden. Die prinzipielle Kritik muß auch die Anknüpfungspunkte herausarbeiten, auf die aufgebaut werden kann. Das Erbe des gescheiterten Sozialismus ist in vielerlei Hinsicht eine schwere Hypothek. Es kann dennoch nicht einfach ausgeschlagen werden, da im konkreten Falle die Erben nicht allein darüber befinden können. Dafür sorgen schon ihre politischen Kontrahenten. Traditionsbezüge müssen bewußt definiert, überkommene entwickelt oder auch neu bestimmt werden. Sie einfach zu kappen, wie das der eine oder andere gern hätte, dürfte, wenn überhaupt, nur kurzfristige Entlastung bringen. Zwischen Geschichtslosigkeit und Prinzipienlosigkeit ist aber oft nur ein schmaler Grat. Jede politische Bewegung hat sich mit dem »Alp der Tradition« auseinanderzusetzen. Dieser Konflikt birgt nicht nur Last, sondern ein erhebliches Innovationspotential.

Die Flut von zeitgeschichtlicher Literatur ist gegenwärtig kaum zu überblicken. Diese oft punktuellen Analysen wieder zu einem Gesamtbild zusammenzuführen und Linien sichtbar zu machen, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein. Leider hat das Mehr an Archivalien nicht in jedem Falle ein Mehr an Qualität gebracht. Häufig wird nicht einmal der Stand der DDR- und Deutschlandforschung vor 1990 kritisch rezipiert.¹⁸ Der Aktenfetischismus verleitet zur Ignoranz von Forschungsleistungen, die gerade wegen der mageren Material- und Quellenlage sehr viel mehr Sorgfalt auf konzeptionelle, methodische und quellenkritische Fragestellungen und auf die Einbettung ihres Gegenstandes in Gesamtzusammenhänge verwenden mußten. Es wäre bedauerlich, wenn die neuen Möglichkeiten der archivalischen Fundierung nicht gründlicher ausgeschöpft werden würden.

Die vielfältigen und gegensätzlichen zeitgeschichtlichen Erfahrungen aus über vier Jahrzehnten Zweistaatlichkeit lassen sich nur in einem pluralistischen Diskurs zusammenführen, der streitbar und kritisch bleibt, aber darauf verzichtet, die andere Erfahrung zu diskriminieren oder auszugrenzen. Von dieser Souveränität ist die gegenwärtige Diskussion noch weit entfernt.

Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in der sich die Ostdeutschen nur als Negativkontrast oder in Nebenbemerkungen wiederfinden, wird seine Adressaten im Osten nicht erreichen. Ge-

teilte Erinnerung kann dann einen Beitrag zu gemeinsamer Erfahrung leisten, wenn trotz unumgänglicher politischer Kontroversen ein Klima kritischen Respektes geschaffen und bewahrt werden kann. Die Aufgabe, »zwei ganz unterschiedliche deutsche Teilsellschaften im Zuge eines weit über das Politische hinausgehenden sozialgeschichtlichen Prozesses zusammenzuführen«¹⁹, ist noch längst nicht gelöst. Die Debatte zur deutschen Nachkriegsgeschichte könnte einen Beitrag dazu leisten.

- 1 Überarbeitete Fassung des Referates auf der wissenschaftlichen Konferenz »Die deutsche Zweistaatlichkeit 1949 - 1990« im März 1999 in Berlin.
- 2 Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die »innere Einheit« und die Rolle der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/99, S. 27 u. 28.
- 3 Das kritische Referat von Niethammer auf einer Tagung im Oktober 1998 in Potsdam erscheint in: Christoph Kleßmann, Hans-Jürgen Misselwitz, Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte.
- 4 Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 26.
- 5 Jürgen Kocka: Geteilte Erinnerungen. Zweierlei Geschichtsbewußtsein in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43 (1998) 1, S. 104.
- 6 Siehe Materialien der Enquetekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995; Schlußbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000 vom 10. 06. 98.
- 7 Siehe Demokratie und Diktaturen in Deutschland. Rückblicke und Aussichten am Ende eines Jahrhunderts. Dokumentation der Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Bogensee bei Berlin vom 9. bis 12. Juli 1998, Redaktion: Lothar G. Kopp, o. O. (1999).
- 8 Neues Deutschland, 18. Mai 1999; Siehe auch Berliner Zeitung, 18. Mai 1999.
- 9 Siehe Stéphane Courtois (Hg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror, München 1998. Die Aufsätze zur DDR, die in der französischen Originalausgabe gar nicht vorgesehen waren, steuerten Joachim Gauck und Ehrhart Neubert für die deutsche Übersetzung bei.
- 10 Siehe Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch, Hans Modrow, Wolfgang Richter, Robert Steigerwald (Hg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999.
- 11 Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel, S. 29.
- 12 Siehe Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden, in: Neues Deutschland, 17/18. April 1999.
- 13 Siehe Jürgen Hofmann/Detlef Nakath: Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Potsdam 1998.
- 14 Siehe Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Göttingen 1988.
- 15 Siehe Sondervotum des Mitgliedsgruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller in: Materialien der Enquetekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 680ff. Zum Diktaturenvergleich speziell S. 708-713.
- 16 Hermann Rudolph: Abschied von Lebenslügen, in: Der Tagesspiegel, 7. März 1999.
- 17 Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden, in: Neues Deutschland, 17/18. April 1999.
- 18 Ein repräsentatives Resümee boten 1989 Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann als Herausgeber des Sammelbandes zum 40. Jahrestag der deutschen Zweistaatlichkeit. Siehe Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989.
- 19 Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende, S. 24.

KRYSZYNA NIEDZIELSKA

Frauen haben es schwerer: Zur Transformation in Polen

Die Transformationsprozesse in Polen dauern seit nunmehr neun Jahren an. Soziale, politische und die Besitzverhältnisse verändern sich; es vollzieht sich eine Umbewertung der Begriffe und Grundlagen, die bis dato – wengleich auch nicht durch die gesamte Gesellschaft anerkannt – deren Schicksal bestimmten. All dies bewirkt, daß in Polen keineswegs alles klar und übersichtlich ist. Zahlreiche Wissenschaftler, Politiker und Schriftsteller schlagen sich mit der Bewertung des hinter uns liegenden Zeitabschnitts herum. Aber – wie dies jüngst in einer Fernsehsendung ein bekannter polnischer Historiker feststellte – niemand kümmert sich um die Erforschung des Transformationsprozesses.

In den letzten Jahren schälten sich mehr oder weniger deutlich erkennbare Gruppen heraus, die aus dem Transformationsprozess Gewinn ziehen, und Gruppen, die es noch nicht vermochten, sich in ihm zurechtzufinden; mehr noch, die sich durch diesen Prozess außerordentlich bedroht fühlen. Mit Sicherheit gehört die Mehrheit der polnischen Frauen zur letzteren Gruppe. »Frauen haben es schwerer«, stellt die Soziologie fest. Und die Politikerin Izabela Jaruga Nowacka, Vorsitzende der Polnischen Frauenliga, vormals auch Abgeordnete, sagt, daß die Frauen bestürzt, desorientiert sind, sich darum sorgen, ob sie eine Arbeit finden werden, ob sie es schaffen, die Kinder zu erziehen und für deren Bildung zu sorgen. Die gegenwärtige Situation wirkt in der Regel zu ihren Ungunsten.

Karolina Marszał, Sprecherin der Parlamentarischen Frauengruppe, ist der Ansicht, daß es den Frauen schlechter geht, da zumeist sie es sind, die die Lasten der Transformation zu tragen haben; all ihre eigenen Schwierigkeiten, dazu die des Mannes und die der Familie auf ihre Schultern nehmen mußten...

Obwohl... Betrachtet man es aus der Vogelperspektive, ist de-
sungeachtet nicht alles zum schlechtesten bestellt. Frauen, obwohl nur wenige, besetzen hohe Stellen im Staatswesen, sind Ministerin, Präsidentin der Polnischen Nationalbank, Vorsitzende des Rates für Finanzpolitik. Zahlreiche junge Frauen arbeiten in Führungspositionen des Bankwesens, der Versicherungen, des Marketing. Eine Frau findet man als Vorsitzende einer der polnischen Unternehmerverbände. Frauen erhalten wichtige Auszeichnungen, nutzen Auslandsstipendien und bringen von ihren Auslandsstudien Abschlüsse von Lehranstalten mit Weltruf zurück. Sie sind elegant, engagiert, fahren leistungsstarke Autos und richten sich modern ein. Allerdings gehören diese für die Zukunft des Lan-

Krystyna Niedzielska, Warschau, ist Journalistin, die vor allem für polnische und internationale Frauenzeitschriften schreibt und u.a. Chefredakteurin der mehrsprachigen Zeitschrift »Frauen der Welt« war. Außerdem ist sie mit dem Wirken polnischer und internationaler Journalistenvereinigungen verbunden.

des, die freie Marktwirtschaft, so außerordentlich vielversprechenden Frauen, wie man in Polen ausgerechnet hat, zu jenen 10 Prozent der Bürger des Landes, die gutsituiert leben.

Und der »Rest«? Stellen doch die Frauen die Hälfte der Staatsbürger. Fragt man sie nach den Chancen der Frau in Polen, so hört man die Antwort: Nicht besonders...

Prof. Renata Siemienicka schreibt in ihrem 1996 erschienenen Buch »Frauen – Die neue Anforderung« dazu: »Die Erfahrungen der jüngstvergangenen Jahre sind ein Schock für die polnische Gesellschaft, die im Ergebnis der sich vollziehenden Veränderungen eigentlich etwas anderes erwartet hatte. Der Lebensstandard senkte sich ab, die Gruppe jener, deren Lebensbedingungen unter dem Sozialniveau liegen, wuchs ebenso wie die Zahl der Arbeitslosen. Der Umfang jener Leistungen, die früher von jedermann genutzt werden konnten, verringerte sich. Gesetzliche Regelungen veränderten sich, den Leuten wurde genommen, was sie gewohntermaßen als ihnen wie selbstverständlich zustehend betrachtet hatten. In dieser für die gesamte Gesellschaft schwierigen Situation zahlen die Frauen einen höheren Preis als die Männer. Ihr rechtlicher und ökonomischer Status ist oftmals Gegenstand scharfer politischer Auseinandersetzungen, in denen die benutzten Argumente ausgeprägt ideologischen Charakter haben«.

Nach der ersten Euphorie über die neue Lage und die Perspektive einer besseren Zukunft stellten sich die ersten Schwierigkeiten ein. Anfangs waren die für ein Land so wichtigen vollen Geschäfte nach den über Jahre hinweg leeren Regalen das Wichtigste. Aber diese gefüllten Regale sind nicht alles. Besonders dann nicht, wenn sich schnell herausstellt, daß für all diese neuen Waren das Geld nicht reicht. In den Medienäußerungen, in den Reden der Politiker kamen bisher unbekannte Worte vor: Reprivatisierung, Restrukturisierung, Konkurs, Plattmachen. Worte, die aus der Vorkriegszeit bekannt waren, wie Exmitierung tauchten wieder auf. Die unvorbereitete Gesellschaft verhielt sich und verhält sich bis heute zu diesen Begriffen ablehnend, wenn nicht sogar feindselig. Dabei sind Frauen ablehnender als Männer gegenüber diesen Begriffen, insbesondere gegenüber Strukturveränderungen. Schnell erwies sich, daß diese Begriffe, die in der ferneren Zukunft Veränderungen zum Guten bringen sollten, bereits am nächsten Tag den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuteten, Veränderungen in der Leitung des Betriebs, teilweise sehr starke Mieterhöhungen, da sich plötzlich der ehemalige Besitzer des in kommunaler Verwaltung befindlichen Hauses meldete. Arbeitende Mütter fühlten am schmerzlichsten, daß die Zahl der Kinderbetreuungsplätze sich verringerte. Kinderkrippen gibt es bereits nicht mehr, eine Reihe von Kindergärten existiert zwar noch, aber auch deren künftiges Bestehen ist mit einem Fragezeichen versehen.

Auf jeden Fall wird es mehr Privatkindergärten geben, und das bedeutet Mehrausgaben für die Familien. Der anfangs der achtziger Jahre eingeführte segensreiche dreijährige Mütterurlaub hat inzwischen seine wesentliche Bedeutung verloren. Da die Unterstützung für die Mütter zu niedrig angesetzt ist, kehren sie früher an den Arbeitsplatz zurück und überlassen das Kind entweder der Ob-

hut einer unschätzbaren Großmutter oder einer angemieteten Betreuerin.

Die Schule wurde aus einem Ort der Sicherheit zu einem Ort der Unsicherheit. Bedrohliche gesellschaftliche Erscheinungen wie Gewalt, Suchtgefahr, Banditismus machen keinen Bogen um sie. Viele Mütter können inzwischen Nachhilfestunden oder außerschulische Bildungsveranstaltungen für ihre Kinder nicht mehr bezahlen. Sogar die Lehrbücher wurden sehr teuer, nahezu unbezahlbar.

Und außerdem: Manche Nachbarn und die eine oder andere Bekannte verhalten sich anders. Fühlbar äußern sich die im sozialen Mikroklima erkennbaren unterschiedlichen politischen Standpunkte und weltanschaulichen Sichten, und auch die unterschiedlichen materiellen Lebensverhältnisse liegen bloß. Manche fragen sich, warum sie plötzlich so ausgegrenzt dastehen...

Jung, gebildet, arbeitslos

Der tiefste Schock für die polnische Gesellschaft ist die Arbeitslosigkeit. Im November 1998 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3 Prozent zu. Ohne Arbeit waren 1.743.000 Personen. Das war eine Arbeitslosenrate von 9,9 Prozent. Annähernd 60 Prozent der Arbeitslosen sind Frauen. Und diese Prozentzahl hat sich in den vergangenen Jahren nur unwesentlich verändert. Frauenarbeitslosigkeit ist eine Massenerscheinung. Zum Beispiel in der Leichtindustrie, wo bei Massenentlassungen über 300.000 auf die Straße gesetzt wurden, die meisten von ihnen waren Frauen.

Die Frauen bezahlen in Polen die Transformation mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Nach Angaben der Statistischen Hauptverwaltung arbeiteten 1991 64 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter, 1994 lag diese Kennziffer bei 57,5 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit erfaßt in Polen vor allem junge Frauen, die meisten von ihnen sind noch nicht 35 Jahre alt und verfügen über eine gute Berufsausbildung. Berechnungen besagen, daß jede zehnte Frau ihre Arbeit im Zuge der »Umstrukturierung« der Betriebe verloren hat.

Und obwohl das Ausbildungsniveau der Frauen besser ist als das der Männer, haben es die Frauen schwerer. Vor allem, wenn sie älter als 40 sind. In staatlichen Unternehmen beschäftigt man sie – wengleich mit Schwierigkeiten –, in Privatbetrieben nur selten. Und den jüngeren Frauen geht es keineswegs besser. Die Diskriminierung ist in bestimmten Situationen unübersehbar. Privatunternehmer fragen junge Bewerberinnen gern, ob sie sich nicht mit der Absicht tragen zu heiraten oder ob sie vielleicht in anderen Umständen sind oder – wenn bereits ein Kind dazugehört – ob dessen ständige Betreuung gesichert ist. Es werden Bescheinigungen eingefordert, auch ärztliche, und all das, obwohl es ungesetzlich ist. Aber die Einstellung hängt davon ab.

Forschungen zur öffentlichen Meinung ergaben, daß Frauen skeptischer als Männer in ihren Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz sind. Dies ergibt sich nach den soziologischen Forschungen auch daraus, daß die Frau sich eher im Haushalt sieht und der Mann, als Ernährer der Familie, den Vorrang bei der Suche nach einem Arbeitsplatz hat. Beide Seiten, Männer wie Frauen, erleben die

Arbeitslosigkeit gleichermaßen als bedrohlich. Arbeitslosigkeit wird als Grund für Mißachtung erlebt und ist mit dem Gefühl verbunden, überflüssig zu sein. Die bereits erwähnte Wissenschaftlerin Renata Siemienka ist der Ansicht, daß »die massenhafte Arbeit der Frau in ihrem Beruf bereits seit den Nachkriegsjahren ein stabiles Element des Bildes von der Familie (in Polen – K.N.) und damit das verwirklichte Familienmodell von mindestens drei Generationen von Männern und Frauen war. Die identischen Aussagen von Männern und Frauen lassen den Schluß zu, daß die den Frauen zugeschriebene Absicht, das Haus zu hüten ... mit großer Zurückhaltung interpretiert werden muß«.

Viele der jungen und gebildeten Frauen verbinden die Arbeit mit der Hoffnung auf Selbstverwirklichung und einen sozialen Aufstieg in der Leitungsebene. Herrscht doch in Polen eine ziemlich konservative Ansicht hinsichtlich des »Chefs im Rock«, die Veränderungen haben in diesem Punkt nichts bewirkt. Die Mehrzahl der zu diesem Thema Befragten äußerte die Ansicht, daß Männer bessere Chefs seien. Diejenigen, die bereits Erfahrungen mit Frauen als Vorgesetzte haben, rühmen deren Engagement in der Arbeit, ihren Gerechtigkeitsinn bei der Beurteilung von Mitarbeitern, ihre Fähigkeit zu organisieren und ihr Verantwortungsbewußtsein. Desungeachtet ist jedoch nur die Hälfte der Frauen – befragt zu einem beruflichen Aufstieg – der Ansicht, daß sie eine Leitungsfunktion übernehmen würde, da sie sich der Unterstützung durch die Familie, deren Hilfe, sicher ist. Die andere Hälfte kann von vornherein nicht mit einer derartigen Hilfe rechnen. Hinzuzufügen ist, daß lediglich knapp 6 Prozent der polnischen Männer den Befragungen zufolge bei Hausarbeiten hilft.

So kommen wir zu den Familienfragen, Schlüsselfragen für den polnischen Transformationsprozeß.

Die Familie im Transformationsprozeß

Seit Beginn der neunziger Jahre dauert die Diskussion um das polnische Familienmodell an. Die sozialistische Gesellschaft hinterließ Paradigmen, die keineswegs vergessen sind: Die arbeitende Frau und Mutter, die sich bemüht aufs Beste die familiären Pflichten mit den ureigenen beruflichen Plänen zu verbinden, nicht selten gekoppelt mit beruflicher Weiterbildung. Der Streit um die polnische Familie im Prozeß der Transformation wurde sehr schnell zu einem seiner Natur nach ideologischen Streit.

Prof. Dr. Siemienka: »Der ersehnte und erwartete hohe Lebensstandard, der die Verwirklichung des traditionellen Familienmodells erlaubt, verbleibt im Reich der Träume und ist weit entfernt davon verwirklicht zu werden, da ein immer größerer Teil der Gesellschaft immer mehr verarmt. Gleichzeitig wurden Entwicklungen in Gang gesetzt, die neue Rahmenbedingungen für das Funktionieren von Familie und Frau schufen«. Wir fügen hinzu: einer Familie, in der der Frau kreative Funktionen zukommen, in der mehrere Kinder aufwachsen und die in Liebe und Vertrauen lebt.

Die Wirklichkeit ist eine andere. *Erstens*, weil Frauen arbeiten wollen und selbst dann, wenn sie in diese Richtung gedrängt werden, nicht wieder zu einer ausschließlichen Rolle als Frau und Mut-

ter zurückkehren wollen. Das hat wiederum vielfältige Ursachen, ökonomische vor allem.

Die neuesten Ergebnisse der Statistischen Hauptverwaltung besagen, daß Mitte 1998 lediglich jede 30. Familie in Polen sich alles leisten konnte, ohne sich einzuschränken. 30 Prozent aller Familien müssen sich anstrengen, um die wichtigsten Ausgaben, ohne sich zu verschulden, zu bewältigen. Bei den meisten reicht es gerade fürs Essen, allerdings nicht immer für Fleisch oder Gemüse, Waren, für die teuer bezahlt werden muß. Es fehlt an Möglichkeiten, die teuren Arzneimittel zu kaufen, zusätzlich für Bildungsbestrebungen der Kinder zu zahlen, deren Schulbücher zu kaufen. 54 Prozent der Befragten gaben an, daß ihre materiellen Lebensbedingungen »mittelmäßig« seien, 11 Prozent bezeichneten diese als »gut« und 25 Prozent als »schlecht« bzw. »sehr schlecht«.

In Polen fehlen bezahlbare Wohnungen für Personen, die als »situert« bezeichnet werden können. Lediglich annähernd 500.000 junge Familien verfügen über eine eigene Wohnung, und selbst dann nicht immer über eine, die ihren Ansprüchen gerecht wird. Bis zum Jahr 2005 kommen mindestens 1,5 Millionen weitere junge Familien dazu. Es fehlt an Sparformen für den Bau von Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen. Die Frauen und Mütter müssen also arbeiten – ohne ihre Arbeit kämen die meisten Familien überhaupt nicht zurecht.

Zweitens wollen die Frauen arbeiten. Sie haben ihre beruflichen Pläne und Träume, die jüngeren sind gut ausgebildet, erobern sich unter für Polen neuen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen auch neue Tätigkeitsfelder. Sie wollen jedoch auch einen Mann, Kinder, eine Wohnung. Und ungeachtet der heute noch dominierenden konservativen Ansichten über die Familie, die durch die derzeit regierende Rechte vertreten werden, verändern sich die Ansichten über Ehe und über die Kindererziehung. Soziologische Forschungen ergaben, daß die Mehrheit zwar der Ansicht ist, daß der Mann die Familie zu unterhalten habe und der Platz der Frau im Haushalt, bei der Kindererziehung sei, jedoch die Gruppe derer zunimmt, die die Auffassung vertreten, daß auch die arbeitende Mutter ihren Kindern Wärme und Liebe, nicht weniger als die nicht arbeitende, zu geben vermag. Zunehmend ist auch die Zahl jener, die die partnerschaftliche, gleichberechtigte Ehe als erstrebenswert ansehen, in der der Mann seine Partnerin auch in deren beruflichem Fortkommen unterstützt.

Somit sehen auch Polen, die die Familie als das Wichtigste sehen, in partnerschaftlichen Beziehungen eine wichtige Veränderung des Familienmodells. Das traditionelle Familienmodell wird von den meisten Männern vertreten; Frauen befinden sich dagegen am Kreuzweg zwischen ihrer ihnen zugeordneten traditionellen und der modernen Rolle.

Die moderne polnische Familie hat ein bis zwei Kinder. Das trifft auch – und dies ist neu – auf die bäuerliche Familie in Polen zu. Die Demographen sind von dieser Entwicklung beunruhigt. Ist sie eine Folge der bescheidenen Lebensbedingungen oder ein Ausdruck veränderter Lebensplanung, die neben Nachkommen auch weitere wissenschaftliche Arbeit oder berufliche Weiterbildung

berücksichtigt. Genauere Ursachenforschung hat noch keine Ergebnisse gebracht, anzunehmen ist, daß jeder der möglichen Gründe mitspielt.

Einige Kreise schlagen in Polen wegen der geringen Kinderzahl pro Familie Alarm. Das katholische Familienmodell, vertreten durch die Kirche und die politische Rechte, besteht auf einer großen Zahl an Kindern. Derzeit wird sogar davon gesprochen, daß kinderreiche Familien noch in diesem Jahr einen speziellen Zuschlag für jedes Kind bekommen; zusätzlich zu den Unterstützungen, die jede Familie sowieso erhält. Desungeachtet leben kinderreiche Familien gegenwärtig unter materiell schwierigen Bedingungen, natürlich gibt es Ausnahmen.

Das durch den Sejm der Republik Polen 1993 verabschiedete Gesetz über Familienplanung, Schutz des Lebens und die Möglichkeit der Abtreibung wird von zahlreichen politischen, sozialen und Frauenorganisationen als zu restriktiv bewertet. Es läßt nur sehr wenige Möglichkeiten zu, eine ungewollte Schwangerschaft zu unterbrechen. Nach einigen Jahren ergab sich auf Grund der Initiative der Parlamentarischen Frauengruppe die Möglichkeit, die gesetzlichen Bestimmungen für den Schwangerschaftsabbruch zu erweitern. Das derzeit amtierende Parlament zog jedoch diese erweiterten Möglichkeiten zurück so daß nach wie vor nur sehr wenige Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs aus sozialen Gründen bestehen. Frauenorganisationen schlagen deshalb Alarm, weil immer mehr minderjährige Mädchen Kinder zur Welt bringen und die Zahl ausgesetzter Kinder zunimmt. Zur gleichen Zeit wurde das Projekt storniert, das einen sexualkundlichen Schulunterricht vorsah. Für Frauen wurde – durch geforderte erhöhte Zahlungen – der Zugang zu Schwangerschaftsverhütungsmitteln erschwert. Die Zahl der illegalen Schwangerschaftsunterbrechungen nimmt zu. Außenstehende sind bestrebt, über diese für jede Frau wesentliche Fragen zu entscheiden.

Gleichberechtigung? Ja, aber nicht ganz

Die Verfassung der Republik Polen von 1997 garantiert den Frauen gleiche Rechte wie den Männern bei Arbeit und Lohn, im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben. Sie verbietet jedwede Diskriminierung. Seit 1982 hat Polen die Konvention der UNO unterzeichnet, die Diskriminierung aus welchen Gründen auch immer untersagt. Bereits 1985 wurde bei der polnischen Regierung ein Bevollmächtigter für Frauenfragen eingesetzt. Daraus entwickelte sich später das Amt für Frauen- und Familienfragen. Nach den jüngsten Sejm-Wahlen 1997 wurde das Amt eines Bevollmächtigten für Familienfragen gebildet.

Diese Entscheidung rief den Protest der in der Parlamentarischen Frauengruppe vereinigten weiblichen Abgeordneten sowie den Protest zahlreicher Frauenorganisationen hervor, die sich dadurch beunruhigt zeigen, daß das Parlament sich mit Frauen nur unter dem Gesichtspunkt der Familie und der Mutterschaft zu beschäftigen gedenkt und die politische und soziale Rolle der Frauen übergeht.

Die Anteilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ist unbefriedigend. Lediglich 13 Prozent der Abgeordneten des derzeitigen

Sejms sind Frauen. Das ist deutlich weniger als der Frauenanteil in vorhergehenden Parlamenten. In den politischen Parteien und Strömungen stellen die Frauen 17 Prozent der Mitgliedschaft, in deren Entscheidungsgremien sind sie nur ausnahmsweise vertreten. Bei den jüngsten regionalen und kommunalen Wahlen erhielten Frauen in den Wojewodschaften zwischen 2 Prozent und 16 Prozent der Mandate, in den Städten und Gemeinden maximal 30 Prozent. Höher ist der Anteil aktiver Frauen in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozio-kulturellen und Bildungsvereinigungen sowie in den Gewerkschaften. Allerdings ergeben die soziologischen Forschungen, daß die Befragten nicht allzusehr von der Notwendigkeit, den Frauenanteil im öffentlichen Leben zu erhöhen, überzeugt sind. Die Repräsentanz von Frauen in diesem Bereich wird jedoch für selbstverständlich gehalten. Ein Teil ist der Auffassung, daß ein bestimmter Frauenanteil in Wahlfunktionen und Entscheidungsgremien unverzichtbar sei.

Über die Ungleichbehandlung von Frauen im Beruf und bei der Entlohnung heißt es im Regierungsbericht über die Situation polnischer Familien: »Der mittlere Lohn für Frauen liegt in Polen auf dem gleichen Arbeitsplatz zwischen 66 Prozent bis 88 Prozent des Männerlohns. Auch die Renten der Frauen sind niedriger«. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, durch gesetzliche Maßnahmen die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen.

Darum bemüht sich seit drei Jahren die »Parlamentarische Frauengruppe«. Ihr Bemühen, die Gleichberechtigung gesetzgeberisch abzusichern und dem europäischen Standort anzugleichen, ist bislang nicht von Erfolg gekrönt, obwohl man sich mehrfach um Unterstützung an den Parlamentspräsidenten, den Sejm-Marschall, gewandt hat. Die derzeit regierende Koalition, heißt es bei den Parlamentarierinnen, verhalte sich ablehnend zu den vorgeschlagenen Regelungen. Um die Durchsetzung bemühen sich auch Nichtregierungsorganisationen.

Die »Parlamentarische Frauengruppe« entstand 1991, im ersten Sejm nach den politischen Veränderungen in Polen. Sie vereinigte anfangs Frauen unterschiedlicher politischer Bindungen. Derzeit gehören ihr allein Frauen an, die sich der politischen Linken zurechnen. Unter Nutzung ihrer Mitwirkung in einer gesetzgeberischen Körperschaft beteiligen sich die Parlamentarierinnen der Gruppe nicht nur an den gesetzgeberischen Initiativen, sondern verfolgen auch aufmerksam das Vorgehen der Regierungskoalition und erheben ihre Stimme in allen wichtigen Frauenfragen. Sie arbeiten mit den unterschiedlichen Frauenorganisationen im Lande zusammen, und deren Bild ist sehr farbig. In verschiedenen offiziellen Darstellungen ist die Rede von 60 bis 70 Organisationen, es gibt aber auch Äußerungen, in denen von 200 Frauenorganisationen gesprochen wird. Viele von ihnen haben nur ein kurzes und an die Verwirklichung einer begrenzten Aufgabe gebundenes Leben. Die Mehrheit ist jedoch stabil, und ihre Tätigkeit zeichnet sich durch Langzeitwirkung aus. Neu sind die katholischen Frauenorganisationen, deren größte das »Forum Polnischer Frauen ist«. Diese Organisation wirkt in der Regel im Geiste traditioneller Familienwerte. Es arbeiten auch katholische Frauenorganisationen

speziell zur Beratung von Familien und zur Hilfe bei der Kindererziehung.

Die Polnische Frauenliga gilt als die derzeit größte Frauenorganisation. Ihr gehören 20.000 Frauen an. Ihr Hauptanliegen ist die möglichst umfassende Unterstützung der Frauen unter den schwierigen gegenwärtigen Bedingungen. So leisten sie Hilfe in allen Lebenslagen, haben eine ausgeprägte Ratgeberfunktion, geben Unterstützung bei der Suche nach Arbeit, schaffen Kristallisationspunkte sozialer Hilfe, darunter Küchen für arme Kinder, Haushaltsschulen für junge Mädchen. Izabela Jaruga Nowacka, die Vorsitzende der Liga, geht davon aus, daß den Frauen während des Transformationsprozesses in Polen mit Rat und Tat, vor allem auch in Alltagsfragen, geholfen werden müsse.

Alltagsfragen binden auch die Kraft zahlreicher anderer Frauenorganisationen. Mit ihrer Hilfe entsteht ein Frauenhaus, das Schutz vor Gewalt bietet. Über Gewalt in der Familie spricht man seit einiger Zeit in Polen offen. Aber direkte Hilfe für Frauen und Kinder ist schwierig. Rechte Kreise vertreten die Ansicht, daß es keine Einmischung in Familienangelegenheiten geben dürfe. Unlängst – und das gilt als großer Erfolg – wurden ein Telefon des Vertrauens für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und ein erstes Frauenhaus eingerichtet.

Ein weiteres Thema, über das man begonnen hat, öffentlich zu reden, ist die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Das Arbeitsgesetz verbietet sie, es fehlt jedoch an Ausführungsbestimmungen. Außerdem fehlt den Frauen oft der Mut, den Chef zu bezichtigen – nicht zuletzt wegen des offenen Ausgangs solcher Auseinandersetzungen.

Eine neue Erscheinung sind die feministischen Frauenorganisationen. Sie wirken in verschiedenen Sphären, propagieren ein neues Familienmodell, helfen Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, wirken gegen Frauenhandel, führen wissenschaftliche Untersuchungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter durch und initiieren karitative Aktionen. Sie wirken darauf hin, die Beschlüsse der Konferenz von Peking zu verwirklichen. Diese Koalition »Peking 95« arbeitet auch mit internationalen und ausländischen Frauenorganisationen zusammen. Sie geht davon aus, daß gemeinsames Vorgehen eine Grundlage des Erfolgs sei.

Die Aussagen zum Wesen des Feminismus – einem in Warschau 1997 unter dem Titel »Wir über uns« erschienenen Sammelband entnommen – sind unterschiedlich. King Lohmann von »Peking 95« ist der Ansicht, daß das Wesen des Feminismus darin bestehe, Frauen »das Gefühl des eigenen Wertes« zu vermitteln. Wanda Nowicka von der »Föderation für Frauen und Planung der Familie« meint, daß Feminismus in einem »bestimmten Wissen« bestehe, in der Empfindsamkeit gegenüber gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, im Wissen um die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und »dem Bestreben, dieses für Frauen ungünstige Modell zu verändern«. Und Anna Dementko vom Warschauer Frauenzentrum sagt, daß jene Frau Feministin ist, »die sich gegenüber anderen Frauen freundlich verhält«.

Vielleicht geht es gerade darum?

(AUS DEM POLNISCHEN VON GERD KAISER)

JELENA CHINAJEWA

Die Identität der russischen Frau

Die Autorin ist Historikerin, Dr. der Geschichtswissenschaften. Sie lehrt derzeit an der Universität Oxford. Der Text folgt mit geringfügigen Kürzungen der Veröffentlichung in DZIS (Warschau). Jg. 9, Heft 8/1998, S. 88ff.

Siehe auch: *Transitions. The Changes in Post-Communist Societies*, H. 1/1998.

Die russische Frau sucht für gewöhnlich ihren Halt beim russischen Mann, gleich ob es ums Geld geht, um ihre soziale Stellung oder um die Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse. Deshalb wird sie in der Regel vom Mann links liegen gelassen, erniedrigt und geschlagen. Desungeachtet ist für die Mehrheit der Frauen ihr Glücksideal an den Mann gebunden. Es gibt jedoch Hinweise, die den Schluß erlauben, daß unter neuen sozialen und ökonomischen Bedingungen ein neues Herangehen an die Frage der Gleichstellung der Geschlechter möglich ist. Die tatsächliche Partnerschaft von Mann und Frau im Arbeitsprozess ist bereits eine Selbstverständlichkeit.

Türen zur Demokratisierung

Die UNO-Konvention (1979) zur Liquidierung aller Formen der Diskriminierung der Frau wurde durch die UdSSR unterzeichnet. Sie fand ihren Niederschlag im Artikel 15 der Verfassung der Russischen Föderation (1993), der die Gleichheit der Geschlechter im Rechtswesen bestätigte. Der Alltag ist jedoch ein anderer. In einem Land, in dem Frauen 54 Prozent der Bevölkerung stellen und in dem im Weltvergleich die Anzahl der Frauen, die in einem Beruf arbeiten, am höchsten ist, beträgt ihr Anteil in den regionalen und föderalen Körperschaften des Staates keine 10 Prozent. Obwohl der Anteil der Frauen an der Wählerschaft um 10 Millionen über dem Männeranteil liegt, verringert sich der Frauenanteil in den gewählten Körperschaften. Im vorigen Föderationsrat betrug der Frauenanteil 11,4 Prozent, im jetzigen liegt er bei 7,2 Prozent. Im Parlament, der Duma, verringerte sich der Frauenanteil von 13,6 Prozent auf 10,4 Prozent, und lediglich eine einzige Frau nimmt einen Platz im Oberhaus ein, dem 178 Personen angehören. Die Arbeitsteilung ist offensichtlich: Die Männer setzen die Rechtsnormen, Frauen haben ihnen zu folgen.¹

In Rußland blieben Versuche, den Frauenanteil zu erhöhen, folgenlos. Der Präsidialerlaß vom 30. Juni 1996 sah vor, daß ein Minimum an Frauen innerhalb der Präsidialorgane nicht unterschritten werden dürfe und spezielle Schulungen für Frauen diese für die Arbeit in diesen Organen vorzubereiten hätten. Die Bestimmung wurde mißachtet unter dem Vorwand, daß ihre Verwirklichung zum Einsatz von Personal mit niedrigerer Qualifikation führe, obwohl – statistisch gesehen – in Rußland die Qualifikation von Frauen höher ist als die von Männern. Als zeitweilige Zwi-

1 Unter anderem in skandinavischen Ländern wird eine Quotenregelung angewandt. In der schwedischen Regierung z.B. beträgt der Frauenanteil 50 Prozent.

schenlösung forderte der Ausschuß für Fragen von Frauen, Familie und Jugend bei der Duma, die Parteien und Wahlbündnisse auf, die Geschlechterproportionen bei den Kandidaten für Abgeordnetenpositionen zu wahren.

Selbsthilfe

Obwohl die Frauen sich nur gegen starke Widerstände einen Weg in die Politik bahnen, gewinnt die Frauenbewegung in Rußland an Kraft. Im Unterschied zu sowjetischen Zeiten, da es Frauenräte in jedem Betrieb, in jedem Kolchos oder in jeder Lehranstalt gab, vereinen die Frauen heutzutage auf eigene Initiative hin ihre Kräfte, um den »Schwestern« bei der Anpassung an die neuen sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu helfen. Unter den zahlreichen in den letzten Jahren entstandenen Frauenorganisationen mit demokratischer Orientierung, die um eine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter im öffentlichen Leben kämpfen, ist die Bewegung »Frauen Rußlands« die bekannteste. Es bestehen darüber hinaus Organisationen wie die »Soziale Bewegung der Landfrauen« oder der »Vereinigung der Geschäftsfrauen« sowie Vereinigungen, in denen sich Frauen gleicher Berufe zusammengefunden haben (z.B. Ärztinnen, Journalistinnen) bzw. dem Schutz der Familie und der Kinder dienen.

Über 400 Frauenorganisationen bestehen derzeit in Rußland, aber es ist ihnen bislang noch nicht gelungen, die gesellschaftliche Einstellung zur Rolle der Frauen im öffentlichen Leben zu verändern. Eine Folge dieser Situation ist das Zusammengehen dieser Organisationen – wie z.B. der 40 einflußreichsten, die eine gemeinsame Solidaritätsdeklaration der Frauen unterzeichnet haben, in der sie sich zum gegenseitigen Informationsaustausch, zur Organisation gemeinsamer Aktionen und zu gegenseitiger Hilfe verpflichtet haben.

Ideale und Realitäten

Die Unterstützung der Frauensache trifft in Rußland auf Widerstand im öffentlichen Bewußtsein. Die Haltung der Männer wurzelt in den Familientraditionen, in denen der Frau seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle zukommt – erhält doch das Kind in der Familie durch die Frau seine erste Lektion in bezug auf die Geschlechterrolle und verinnerlicht die traditionellen Stereotype des »richtigen Mannes« oder der »richtigen Frau«.

Ungeachtet der lautstarken Erklärungen zum Thema der Gleichberechtigung der Geschlechter und der aktiven Teilnahme der Frauen an der Berufsarbeit, hat das sowjetische System wenig für eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter getan. Die Mangelwirtschaft führte in den Familien zu einer Arbeitsteilung, derzufolge es Aufgabe der Frau war, sich um Familie und Kinder zu sorgen, während der Mann für den Familienunterhalt zuständig war. Bei einer derartigen Arbeitsteilung hatten Frauen, die beruflich Karriere machten, einen negativen Ruf. Sie waren zum Alleinsein und Mißerfolgen in ihrem persönlichen Leben verdammt.

Obwohl die öffentliche Meinung sich nicht veränderte, veranlaßte die wirtschaftliche Lage die Frauen zu verstärkter Aktivität unter

»Rund 14 500 Frauen sind in Rußland nach Angaben des Innenministeriums im vergangenen Jahr aufgrund von Mißhandlungen durch ihre Lebensgefährten gestorben. Das seien mehr Frauen als sowjetische Soldaten in zehn Jahren Afghanistankrieg ums Leben gekommen sind, berichtet die Tageszeitung »Wremja-MN« ... Häusliche Gewalt habe in den letzten Jahren in Rußland stark zugenommen. Grund seien vor allem die wirtschaftliche Krise und die hohe Arbeitslosigkeit, zitierte die Zeitung den Pressesprecher des Innenministeriums, Jewgeni Rjabow. Viele Russen hätten Schwierigkeiten, sich den nach Ende der Sowjetunion schnell ändernden sozialen Bedingungen anzupassen, so der Sprecher. Nach Angaben Rjabows erfährt die Polizei nur in etwa sieben Prozent der Fälle überhaupt von ehelicher Gewalt. Professorin Galina Sillaste, Mitglied des Präsidialrates für Frauen, Familie und Demographie, beklagte, daß das Parlament bislang kein Gesetz zum Schutz von Frauen vor der Gewalt ihrer Ehemänner verabschiedet habe. Nach derzeitigen Gesetzen würden Ehemänner meist, wenn überhaupt, nur zu Geldstrafen verurteilt. Viele Frauen verzichteten auf eine Anzeige. Oft sei auch der Anruf bei der Miliz vergeblich, die Polizisten kämen einfach nicht. In Rußland gäbe es nur 30 Stellen, die sich um die Opfer familiärer Gewalt kümmern, kritisierte die Professorin. Diese Zentren erhielten keine staatliche Unterstützung.«
Neues Deutschland vom 7. April 1999.

den veränderten Lebensbedingungen. Sie wurden u.a. in der sogenannten kleinen Geschäftswelt aktiv, eine Folge der althergebrachten Sorge um Familie und Kinder. Die öffentliche Akzeptanz der Geschlechtergleichberechtigung bleibt jedoch nach wie vor hinter Veränderungen in der Tagesarbeit zurück. Es entstand ein Widerspruch zwischen der tatsächlichen Rolle der Frau und der weiterwirkenden Anschauung zu ihrer Rolle als Hüterin des Hauses. Die Frauen, momentan ihre »normale« Rolle noch akzeptierend, wollen sich jedoch generell von ihr befreien.

Soziologische Untersuchungen, die 1996 von der Staatlichen Universität Samara durchgeführt wurden, ergaben, daß 77 Prozent der befragten Frauen der Ansicht waren, daß Männer leichter als Frauen Erfolg hätten. Die eindeutige Mehrheit bewertete dies jedoch als »gerechtfertigt«. Über 40 Prozent stellten fest, daß es für sie normal sei, daß der Mann für den Unterhalt arbeite und die Frau sich um den Haushalt kümmere. Lediglich 13,4 Prozent bewerteten die eigene Arbeit als gesellschaftlich wichtig. 32 Prozent neigten der Ansicht zu, die Arbeit umgehend aufzugeben, wenn dies nicht auf Kosten des Lebensstandarts gehe. Jedoch erklärten 60 Prozent der Frauen in Leitungspositionen bzw. der Frauen, die ein eigenes Unternehmen führten, ihre Bereitschaft, die eigene Arbeit ohne Rücksicht auf den Lebensstandart der Familie weiterführen zu wollen. 85 Prozent der Befragten akzeptierten das bestehende Modell patriarchalischer Beziehungen zwischen Mann und Frau, und gleichzeitig erklärte die Hälfte der Frauen, dieses Modell zu überwinden, wenn sich nur die Möglichkeit einer freien Entscheidung biete. Annähernd 60 Prozent war zufrieden mit dem jeweiligen Mann und der Familie. Während aktive partnerschaftliche Hilfe im Haushalt durch alle Frauen für wünschenswert bezeichnet wurde, bewerteten 40 Prozent das Fehlen dieser Hilfe nicht als ungerecht.

Es wundert nicht, daß sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz und sexuelle Gewalt in der Familie von der Gesellschaft verständnisvoll beurteilt werden. In Nishny Nowgorod stellten Soziologen fest, daß fünf von sechs befragten Frauen zunehmende sexuelle Aggressivität am Arbeitsplatz feststellten. 30 Prozent schenken dem keine besondere Aufmerksamkeit, und lediglich 25 Prozent bewerteten sie kritisch. Allgemein verbreitet sei die Meinung, daß Frauen ihre Vorgesetzten und Arbeitskollegen »provokatorisch« animieren.

Die Kriminalstatistik Rußlands für 1995 weist aus, daß 20 bis 30 Prozent der Morde im Land ihren Grund in innerfamiliären Auseinandersetzungen haben. Bis jetzt ist jedoch Gewalt in der Familie kein Thema der Rechtsordnung. Ein entsprechender Gesetzentwurf stieß unerwartet auf Einspruch der Generalstaatsanwaltschaft und des Obersten Gerichts.

Die Russische Forschungsstelle für die Öffentliche Meinung ermittelte für das gesamte Land ähnliche Ergebnisse. Die Divergenzen zwischen Stereotypen und tatsächlichem Verhalten äußert sich in der geringen Zufriedenheit von Frauen wie Männern mit dem Familienleben. Lediglich 6 Prozent der Befragten sind vollauf zufrieden, 25 Prozent sind teilweise zufrieden, und 17 Prozent sind völlig unzufrieden.

Die festzustellenden Tendenzen legen den Schluß nahe, daß zwei Faktoren berücksichtigt werden müssen, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erreichen. Erstens ist zu beachten, daß die Frauen keine einheitliche soziale Gruppe sind. Um das ins Bewußtsein Rußlands zu rufen, müssen die Anwälte für Frauenrechte eine mehrschichtige und elastische Taktik anwenden. Zu berücksichtigen sind die großen Unterschiede in der Bildung, im Grad der materiellen Unabhängigkeit, im beruflichen Können und hinsichtlich der Visionen von Frauen. Zweitens wird die Gleichberechtigung von den Russen beider Geschlechter nicht als wichtiges Entwicklungselement der neuen Gesellschaft behandelt. Das größte Problem in diesem Zusammenhang ist die fehlende Reaktion von seiten der Frauen. Gegenwärtig ist erst jede dritte Russin bereit, die neue Wirklichkeit anzuerkennen.

Erst mit wachsender beruflicher und sozialer Aktivität der Frauen könnte eine Atmosphäre entstehen, die der tatsächlichen Partnerschaft von Mann und Frau gerecht wird.

(AUS DEM POLNISCHEN VON GERD KAISER)

URSULA SCHRÖTER

Die Frauen und die Zukunftsdebatte. Ein ostdeutscher Blick

Wir wissen es alle: Wichtige gesellschaftspolitische Zäsuren richten sich nicht nach dem Kalender. Insofern gibt es keinen plausiblen Grund, um an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend besonders intensiv nach Zukunftshoffnungen zu suchen. Wie die nach uns kommenden Generationen leben, arbeiten werden, wieviel Luft und trinkbares Wasser ihnen zur Verfügung stehen werden, wie sie mit den Widersprüchen zwischen Armut und Reichtum, zwischen Frau und Mann, zwischen Europa und Nicht-Europa zurecht kommen werden, all das wird vermutlich nicht in der Silvesternacht 2000 entschieden.

Dennoch hat in der Sozialwissenschaft und Politik das Thema »Zukunft« Konjunktur. Die Jahrtausendwende wird zum Anlaß genommen, empirisch nachweisbare Trends oder auch nur politisch motivierte Hoffnungen und Absichten als mögliche Zukunftsszenarien zu diskutieren.

Ursula Schröter – Jg. 1941, Diplom-Mathematikerin, Dr. phil.; seit 1975 in der soziologischen Forschung tätig, vorwiegend zur soziologischen Methodik, nach 1990 zu Frauen- und Kinderproblematik. Veröffentlichungen, zuletzt (zusammen mit Eva Kaufmann und Renate Ullrich): Als ganzer Mensch leben, trafo verlag Berlin 1997.

So kommt vom Club of Rome die Vorstellung, »wie wir arbeiten werden« (Orio u.a., 1998); so installierten die großen Parteien spezielle Arbeitskreise und Kommissionen und ließen deren Mitglieder über Zukunftshoffnungen und Zukunftsbefürchtungen nachdenken, schreiben und reden. Hier hat der sogenannte bayrisch-sächsische Zukunftsbericht mit seiner eindeutigen Botschaft an ostdeutsche Frauen wohl den meisten Staub aufgewirbelt: »Die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen ist auch ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland« (Kommission für ..., 1997, Teil I: 2). In einer Wirtschaftszeitschrift heißt es: »So lautstark die Arbeitnehmer protestieren, der Weg in eine amerikanische, und das heißt vor allem flexiblere und stärker auf Leistung beruhende Gesellschaft ist unausweichlich« (Sauga u.a., 1996, S. 16). Unausweichlich ist demnach eine Vision, nach der etwa 20 Prozent der Erwachsenen einen gut bezahlten full-time-job, Macht und Ansehen in der Gesellschaft haben werden, während für die restlichen 80 Prozent Erwerbsarbeitslosigkeit, möglicherweise auch Bürgerarbeit im Beckschen Sinne (Kommission für ..., 1997, Teil III: 146) oder traditionelle Wohltätigkeitsarbeit bleiben. Ganz in diesem Sinne muß wohl auch das jüngste Strategiepapier von Schröder/Blair verstanden werden, wenn angekündigt wird, daß »das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung« umzuwandeln ist. Es sind aber auch Zukunftsvorstellungen zu lesen und zu hören, nach denen es eine Fülle evolutionärer Schritte geben wird, die das Primat der Politik

gegenüber der Wirtschaft (wieder) herstellen und insofern einen »Schrumpfkapitalismus« (vgl. Bömer, 1996) anstreben. So ist in der ökonomischen Literatur auffällig oft vom sogenannten Non-Profit-Sektor (z.B. Nieland, 1998), vom »Dritten« Sektor (z.B. Anheier u.a., 1997), vom »gemeinwesenorientierten Wirtschaften« (z.B. Möller, 1997) oder auch von lokaler Ökonomie (z.B. Franzky u.a. 1997: 14) die Rede. So wird zunehmend auf die »neue Spaltung« des zukünftigen globalen Arbeitsmarktes aufmerksam gemacht, eine Spaltung »zwischen hochqualifizierten und nicht ortsgebundenen ›Wissensträgern« – meist weiß und männlich – und gering qualifizierten räumlich gebundenen Arbeitskräften...« (Young, 1998: 185). So werden – nicht nur in der Medienforschung – Frauenleitbilder (Rieck, 1999) und vereinzelt auch Männerleitbilder (Zulehner u.a., 1998) »am Rande des Jahrtausends« zur Diskussion gestellt. Und so wird gleichzeitig das jahrhundertalte Projekt der Moderne wieder und mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen auf Zukunftsfähigkeit hin überprüft (z.B. Kuhn, 1994, Friese, 1995; Giddens, 1995), immer unter der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Prämisse, daß »Zukunft keineswegs Sachzwängen unterliegt, sondern prinzipiell erfunden und gestaltet werden kann« (Zimmermann, 1998: 149).

Frauen kommen durchaus vor in dieser Debatte um die »Erfindung und Gestaltung von Zukünften«, vor allem als Untersuchungsobjekte oder – wie im bayrisch-sächsischen Bericht – als Verursacherinnen von gesellschaftlichen Problemen. Für Frauen wurde im Zusammenhang mit den Zukunftsvorstellungen der Europäischen Gemeinschaft sogar ein ganz und gar neuer Begriff erfunden: gender-mainstreaming. Das soll bedeuten, »daß die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter deutlich sichtbar in alle Politikbereiche und Programme auf allen Tätigkeitsebenen eingebunden wird« (Stellungnahme des ..., 1997: 20). Was solche Absichtserklärungen wert sind, muß sich erst noch zeigen. Daß sie notwendig sind, steht außer Frage, denn »nach dem bisherigen Forschungsstand ist es angebracht, davon auszugehen, daß sich auf den Arbeitsmärkten (der Europäischen Union – U.S.) die Anpassungslast der Zuwanderung nicht gleichmäßig verteilen wird, sondern daß sich vielmehr die Belastungen in erhöhtem Maß auf die genannten Gruppen (Schwervermittelbare, Behinderte, Ältere, Ausländer – U.S.) und auch auf die Frauen insgesamt konzentrieren werden« (Biehl, 1999: 85)

Die Frage, ob von Ostdeutschland, vielleicht sogar von ostdeutschen Frauen ein hoffnungsvoller, soll heißen zukunftsfruchtiger Impuls für das Deutschland des 21. Jahrhunderts ausgehen könnte, wird – von Ausnahmen abgesehen (Kaufmann u.a. 1997) – selten gestellt. Zwar hat sich die Voraussage einer schnellen »nachholenden Modernisierung« in Ostdeutschland und damit einer relativ unproblematischen Angleichung der ostdeutschen Realitäten an westdeutsche Verhaltens- und Institutionenmuster bisher nicht bestätigen lassen (Alheit, 1994, Wehrich, 1999 und viele andere); zwar wird gerade den Frauen in Ostdeutschland eine spezifische, mitunter als zeitgemäß bezeichnete Widerständigkeit gegen die neue Ordnung, insbesondere »neue« Geschlechter-Ordnung bescheinigt;

Susanne Schunter-Kleemann charakterisiert den gender-mainstreaming-Ansatz auf der Grundlage ihrer EU-Analysen als schönes Versprechen, als Programmwort, das von seiten des Ministerrates und von vielen Behörden der Kommission selbst so gut wie nicht erfüllt ist. Bisher hätte sich am »maskulinen Projekt transnationalen Regierens« nichts geändert. (Schunter-Kleemann, 1998)

zwar wird in Ostdeutschland eine neue Nachdenklichkeit (Reißig) festgestellt; aber ob diese ostdeutsche Nachdenklichkeit und Widerständigkeit zur »Erfindung und Gestaltung von Zukünften« genutzt werden oder genutzt werden könnten, ob aus der nachweisbaren Skepsis und dem Dagegen-Sein ein wirksames Dafür-Sein abzuleiten sei, bleibt – nach meiner Wahrnehmung – in der sozialwissenschaftlichen Zukunftsdebatte offen. Immerhin, die Aufgabe ist in Kurzfassung formuliert: »Statt Aufbau Ost als blinder Nachbau West geht es in dieser neuen Phase um einen Umbau in Ost und West« (Reißig, 1999: 8). Was könnte das aus Frauensicht, was könnte das für den mainstreaming-Ansatz bedeuten? Was, wohin, mit wem, gegen wen ... sollte in Ost und West umgebaut werden? Welche theoretischen Überlegungen eignen sich als Grundlage für diesen Umbau?

Der amputierte Arbeitsbegriff

Spätestens seit in der Bundesrepublik Deutschland das »Ende der Arbeitsgesellschaft« proklamiert wurde, also lange vor dem Beitritt der DDR; seit behauptet wird, daß eine Trennung der modernen Gesellschaft in »drinnen und draußen« (Dahrendorf) unabwendbar sei, spätestens seit dieser Zeit wird – oft kontrovers – über den Arbeitsbegriff und damit auch über den Begriff Arbeitslosigkeit nachgedacht und gestritten. Das ist durchaus nicht nur ein theoretisches Problem, denn die mit unterschiedlicher Begrifflichkeit verbundenen unterschiedlichen sozialen Folgen reichen von »Arbeitslosigkeit ist sozialer Tod« (John, 1988) bis »Arbeitslosigkeit ist kein Problem mehr, sondern ein fataler Zustand« (sinngemäß Offe, 1994), weshalb die Betroffenen »stärker Emanzipationschancen jenseits der beruflichen Orientierung ins Blickfeld rücken« (Andruschow, 1996: 49) sollten.

Vor allem in Ostdeutschland und besonders in feministischen Diskussionen wird in diesem Zusammenhang die unzulässige Enge des Arbeitsbegriffes kritisiert. Die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft verwendet einen Arbeitsbegriff, der nur die in der Öffentlichkeit geleistete Arbeit erfaßt, der nur oder vorwiegend auf bezahlte Arbeit orientiert und der nur auf ökonomische Effektivität und damit auf Wachstum und Leistung gerichtete Arbeit meint. »Umbau in Ost und West« muß den Umbau dieses amputierten Arbeitsbegriffs einschließen, d.h. zunächst: Er muß die damit verbundenen Konsequenzen bewußt machen.

Eine erste Konsequenz: Die öffentliche Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft unterschlägt, auch wenn sie von Linken geführt wird, fast immer die umfangreiche, in privaten Strukturen geleistete – weltweit meist von Frauen erledigte – Arbeit. Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden aus dem Jahr 1992 (und nur für die alten Bundesländer gültig) wäre die gesamte Wirtschaftsleistung um 33 bis 73 Prozent (je nach Berechnungsmodus) höher als das berechnete Bruttoinlandprodukt, wenn »man die Eigenleistungen privater Haushalte vollständig in die gesamtwirtschaftliche Leistung einbeziehen« (Schäfer u.a., 1994: 610) würde. Daß private Arbeit, d.h. Kindererziehung, Familienarbeit, Altenpflege usw., gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, wird explizit kaum bestritten, implizit aber häufig – auch in PDS-Zusammenhängen – »vergessen«.

Damit ist verbunden, daß die »Erwerbsneigung der Frauen«, ob nun als Zukunftspotential oder als gesellschaftliches Dilemma verstanden, nur in Ausnahmefällen mit der »Hausarbeitsneigung der Männer« in Zusammenhang gedacht und diskutiert wird.

Ob bzw. inwieweit hier die aktuelle »Philosophie der Kompetenz« (Bourdieu, 1997, in kritischer Distanz), die sich für unterschiedliche Zukunftsvisionen – nicht zuletzt für neoliberale – nutzen läßt, eine Veränderung im Denken erzwingt, wird sich zeigen. Auffällig ist jedoch, daß in der Literatur immer öfter auf Kompetenzen verwiesen wird, die in privaten Strukturen – gewissermaßen nebenbei – erworben und in öffentlichen Strukturen dringend gebraucht (z.B. Költzsch-Ruch, 1997), mitunter sogar als »Nadelöhr zukünftiger Entwicklung« (Erpenbeck u.a., 1998: 580) identifiziert werden. Dabei geht es nicht nur um die oft zitierten sozialen Kompetenzen, sondern auch um Planungs-, Koordinierungs-, Optimierungsfähigkeiten. Die Familie rückt damit in den Status eines »informellen Lernortes« für die berufliche Arbeit. Das ist zweifellos ein Fortschritt im Vergleich zu Auffassungen, nach denen durch Familienpflichten vor allem »Leistungsdefizite und Kompetenzverluste« verursacht würden (vgl. Familienkompetenzen...). Allerdings scheint der angestrebte Kompetenztransfer für die offizielle Forschung nur in einer Richtung interessant zu sein: nur in der Richtung vom Privaten zum Öffentlichen. »Unternehmen, die Familientätigkeit als Ort der Kompetenzvermittlung nicht wahrnehmen, berauben sich damit eines Potentials betrieblich notwendiger Fähigkeiten und Fertigkeiten« (ebenda). Wie der Transfer vom Öffentlichen zum Privaten funktioniert, ob Menschen mit anspruchsvoller beruflicher Arbeit besser als andere in der Lage sind, ihr Privatleben zu organisieren, ob beispielsweise berufstätige Frauen im Privatleben konfliktfähiger sind und die Fragen ihrer Kinder besser beantworten können als Hausfrauen, für solche Fragen wird offensichtlich kaum eine Forschungsnotwendigkeit gesehen.

Das heißt, von einer wirklich gleichrangigen Betrachtung öffentlicher und privater Arbeit sind wir auch in der Kompetenzforschung weit entfernt. Damit sind die Chancen gering, daß »Zukünfte erfunden und gestaltet« werden können, deren Akteure und Akteurinnen tatsächlich »ganze Menschen« (vgl. Kaufmann u.a., 1997) sein dürfen. Es ist ganz sicher kein Zufall, daß gerade dieses Defizit in der Zukunftsdebatte vor allem von ostdeutschen Frauen thematisiert wird: keine Zukunft ohne Vergangenheit. Nun wurden auch in der Vergangenheit ostdeutscher Frauen berufliche Arbeit (die damals bezeichnenderweise nicht Erwerbsarbeit hieß) und private Arbeit nicht als gleichrangig betrachtet. Sowohl mit Bezug auf offizielle DDR-Dokumente als auch mit Bezug auf Meinungsäußerungen von DDR-Frauen und -Männern läßt sich die fest verwurzelte hierarchische Sicht zwischen Öffentlichem und Privatem nachweisen. Das Private war auch in den vierzig DDR-Jahren das Zweitrangige, die mit privater Arbeit Beschäftigte waren die Zweitrangigen. Nicht zuletzt deshalb meine ich, daß das Konzept des DDR-Sozialismus für eine neue Zukunftsvision untauglich ist. Ob Eric Hobsbawm aus den gleichen Gründen eine Wiederholung der »real existierenden Sozialismen« für »äußerst unwahrschein-

Auch mit dem Abstand von zehn Jahren bin ich noch nicht bereit und in der Lage, den Begriff »weibliche Erwerbsneigung« ohne Anführungszeichen zu denken und zu schreiben, weil ich mich mit der darin enthaltenen doppelten Diskriminierung nicht abfinden möchte. Frauen (und Männern) geht es mit ihrem Bedürfnis nach anspruchsvoller beruflicher Arbeit um mehr als eine Neigung. Und dieses Bedürfnis ist auf mehr als den finanziellen Erwerb gerichtet.

Die absolute Dominanz der Klassentheorie verstellte den Blick für anders determinierte gesellschaftliche Widersprüche. Insofern waren Geschlechterwidersprüche in der DDR weniger als die in der westlichen Linken diskutierten »Nebenwidersprüche«. »Die Frauen fördern, heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken«, unter diesem Motto fand 1953 eine zentrale Frauenkonferenz statt, und diese Philosophie bestimmte die DDR-Frauenpolitik bis in die achtziger Jahre.

Mit ostdeutschen Erfahrungen läßt sich die These formulieren: An den Grundfesten des Patriarchats zu rütteln, heißt, den Kapitalismus infrage zu stellen. An den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln, muß nicht heißen, das Patriarchat infrage zu stellen.

lich« hält, weiß ich nicht. In einer taufriischen Edition des kommunistischen Manifestes schreibt er in der Einleitung zum Thema »postkapitalistische Gesellschaften«, die für ihn ganz offensichtlich unausweichlich sind: »Welche Formen sie annehmen und wie weit sie die humanistischen Wertvorstellungen des von Marx und Engels vertretenen Kommunismus verkörpern könnten, wäre abhängig von der politischen Aktion, die diesen Wandel herbeiführen würde« (Hobsbawm, 1999: 35). Es ist zu hoffen, daß sich Frauen diese Botschaft aneignen und nicht – wieder – überwiegend den Männern die »politische Aktion« überlassen.

Und dennoch: Die Trennwand zwischen öffentlicher und privater Arbeit war in der DDR durchlässiger als heute. Es fehlte das absolute Desinteresse, die strukturelle und damit gnadenlose Rücksichtslosigkeit (Kaufmann, 1990) des Öffentlichen gegenüber dem Privaten. Wenn Johanna Mierendorff (1992) für die ehemalige Bundesrepublik feststellt, daß die Strukturen der Berufswelt nicht auf die Verknüpfung zwischen öffentlicher und privater Arbeit ausgerichtet sind und daß die Gesellschaft keine Verantwortung für die Kombination beider Sphären übernimmt, dann werden die Unterschiede zur DDR-Vergangenheit deutlich. Bezogen auf diese relativ bescheidenen Ansprüche war die DDR der modernere deutsche Staat, denn die Berufswelt war mit Betriebskindergärten, Kinderferienlagern, Arbeitszeitregelungen usw. durchaus auf die Verknüpfung beider Sphären ausgerichtet, die Gesellschaft übernahm also durchaus Verantwortung für die Vereinbarkeit von beruflicher und privater Arbeit – allerdings nur für Frauen! Solche Erfahrungen gesammelt, die damit verbundenen Konflikte kennengelernt zu haben, halte ich heute für einen unverzichtbaren Vorzug des Ost-Frauen-Lebens im Vergleich zum Nur-Hausfrauen-Leben einerseits und zur sogenannten gewollten Kinderlosigkeit andererseits. Und solche Erfahrungen sollten beim notwendigen »Umbau in Ost und West« nicht ungenutzt bleiben.

Eine zweite Konsequenz: Die Gleichsetzung von Arbeit mit Erwerbsarbeit offenbart eine sehr spezifische Motivstruktur. Es wird unterstellt, nicht zuletzt mit der Begrifflichkeit »Erwerbsneigung«, daß es den Menschen bei ihrem Bedürfnis nach beruflicher Arbeit ausschließlich um den damit zu erzielenden Erwerb ginge. Folgerichtig wird bei Arbeitslosigkeit nur dieser Aspekt durch das soziale Netz (teilweise) kompensiert. Folgerichtig ist unter dieser Prämisse auch die für Ostdeutsche in diesem Maß neue Dominanz ökonomischer Werte in fast allen Lebensbereichen. Wertvoll sei nur, was sich gut verkaufen lasse. Selbst die eigene Person wird auf diese Weise zur Ware. Mit der/dem entsprechenden Kleidung, Wagentyp, Wohnungsausstattung, Ausdrucksweise (sonst ist man außen vor!), Freundeskreis, zunehmend auch mit dem geeigneten Wohnviertel erhält man sich marktwürdig. Forschungen zur Wertorientierung und zur Arbeitsmotivation (Meyer, 1996, Allbus-Befragungen, ISDA-Befragungen u.a.m.) belegen aber ein sehr viel breiteres Spektrum: neben dem Bedürfnis nach Geldverdienen auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten, nach Stärkung des Selbstwertgefühls, nach sozialer Sicherheit, nach Gebraucht-Werden-Wollen in der Gesellschaft. Es ist schon wahr, das Geldverdie-

nen und die damit verbundene ökonomische Unabhängigkeit sind in den letzten 10 Jahren im Osten wichtiger geworden. Das ist nicht verwunderlich und schon gar nicht moralisierend abzuwerten, weil die Lebensqualität als ganzes – Wohnen, Gesundheit, Bildung usw. – sehr viel mehr als in der DDR vom Geldbeutel abhängt. Aber es gibt hinsichtlich Wertorientierungen und Im-Zusammenhang-Denken nach wie vor einen ernstzunehmenden Ost-West-Unterschied (Gensicke, 1998), was sich in den letzten Monaten besonders deutlich in der Haltung zum Frieden in Europa zeigte. Es ist zu hoffen, daß die ostdeutsche neue Nachdenklichkeit beim »Umbau Ost und West« hier Zeichen setzen kann.

Eine dritte Konsequenz: Mit der These vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« wird der Eindruck erweckt, als gäbe es in Deutschland objektiv zu wenig Arbeit, nur weil es unter den gegebenen Bedingungen für zu wenige Menschen Erwerbsarbeit gibt. Die Sündenböcke für dieses Dilemma scheinen gefunden zu sein: die Ausländerinnen und Ausländer, die nach Deutschland, und die Frauen, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Solche Argumente sind in vielfacher Hinsicht unlauter. Zum einen, weil sie dem Gerechtigkeitsprinzip, einem Grundpfeiler moderner Gesellschaften, widersprechen (warum gehören nur deutsche Männer auf den deutschen Arbeitsmarkt?), zum anderen, weil selbst ein flüchtiger Blick auf die gesellschaftliche Realität die These von der fehlenden Arbeit ad absurdum führt. Ob es um die Betreuung Hilfebedürftiger, um Armutsbekämpfung, um Erhaltung von Kunstwerken, um Kriminalitätsprävention, um die Betreuung bzw. Bekämpfung von Obdachlosigkeit, um ökologische, medizinische, philosophische Forschung und vieles mehr geht, die Probleme schreien geradezu nach gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Das Unlautere der Debatte zeigt sich darüber hinaus in der sehr durchsichtigen und durchaus nicht geschlechtsneutral gemeinten Aufwertung des »Ehrenamtes« bzw. in der Erfindung neuer Worte für unbezahlte Arbeit. Auch die Tatsache, daß sich die gleiche Gesellschaft, der angeblich die Arbeit ausgeht, zunehmend mit bezahlter Kinderarbeit abfindet (Ingenhorst u.a., 1992), sehe ich als Beleg dafür, daß die Arbeitsgesellschaft zur Jahrtausendwende eher am Anfang, denn am Ende steht. Ein Thema, das für den »Umbau in Ost und West« produktiv sein könnte.

Zunächst die Fragen

Arbeit ist also sehr viel breiter zu definieren, als die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft unterstellt. Andererseits ist es für die Zukunftsdebatte ganz sicher nicht hilfreich, jede menschliche Tätigkeit als Arbeit zu bezeichnen. Hat doch schon Paul Lafargue mit seinem »Recht auf Faulheit« versucht, hier Grenzen zu setzen. Ich meine, der Arbeitsbegriff sollte sich im Spannungsfeld von zwei Funktionen bewegen. Arbeit sollte einerseits die menschlichen Fähigkeiten und Orientierungen berücksichtigen und weiterentwickeln (individueller Aspekt). Im Arbeitsprozeß, im öffentlichen ebenso wie im privaten, bilden und beweisen sich gleichermaßen individuelle Handlungsvoraussetzungen, die mit »Wollen« und »Können« umschrieben werden können. Arbeit umfaßt insofern körperliche und geistige, rationale und emotionale, zwecksetzende

und zweckrealisierende, schöpferische und ausführende Aspekte u.a.m., ohne von vornherein den einen über den anderen zu stellen. Der Mensch sollte also durch Arbeit zu sich selbst finden, sich seiner Stärken und Schwächen bewußt werden können. Mit Bezug auf Friedrich Engels ließe sich zuspitzen, daß Arbeit nicht nur zur Menschwerdung des Affen notwendig war, sondern auch zur Menschbleibung notwendig ist.

Und Arbeit sollte andererseits das soziale Wesen des Menschen berücksichtigen, eine Teilnahme am gesellschaftlichen Lebensprozeß, der durchaus nicht nur die öffentliche Sphäre umfaßt (Schaeffer-Hegel u.a., 1996), ermöglichen und erfordern. Arbeit sollte die Gewißheit vermitteln, in der Gesellschaft gebraucht zu werden (gesellschaftlicher Aspekt). Mit Blick auf diesen Aspekt könnte »Arbeiten« eindeutig von »Spielen«, »sich pflegen«, »faul sein« u.ä. und nicht so eindeutig von »Lernen« unterschieden werden. Mit Blick auf diesen gesellschaftlichen Aspekt würden sich auch hierarchische Sichtweisen zwischen unterschiedlichen Arbeitsinhalten verbieten. Denn jede gesellschaftlich notwendige Arbeit ist wichtig, weil die Kategorie »gesellschaftliche Notwendigkeit« keine Werteskalierung zuläßt. Eine Arbeit ist gesellschaftlich notwendig und damit wichtig für die Gesellschaft – oder sie ist keine Arbeit.

Dieser Satz provoziert Fragen, die in die Zukunftsdebatte gehören. Beispielsweise:

Bedeutet die These, daß es keine wichtigeren und unwichtigeren Arbeiten gäbe, auch, daß jede Gruppe von Arbeitenden die gleiche gesellschaftliche Wertschätzung verdient, daß sich dann eine hierarchische Sichtweise auf unterschiedliche Berufsgruppen, Generationen, Ethnien und eben unterschiedliche Geschlechter verbietet?

Bedeutet die These, jede Arbeit ist gesellschaftlich notwendig, auch, daß jede mehr oder weniger gut honorierte Beschäftigung (Tätigkeit) ebenfalls gesellschaftlich notwendig ist und damit den Namen Arbeit verdient? Wird eine Tätigkeit in militärischen Institutionen oder in der Werbebranche tatsächlich von der Gesellschaft gebraucht? Vor allem aus gewerkschaftlichen Kreisen wird immer wieder die Forderung an die Wissenschaft erhoben, sich mit »gesellschaftlich nicht notwendiger Arbeit« zu befassen, also auch, mit Vergeudung von Kompetenzen, ein Thema, das aus meiner Sicht in der bundesrepublikanischen Sozialwissenschaft stark vernachlässigt bzw. einseitig auf Kompetenzentwertung der Ostdeutschen reduziert (Diewald, 1997) wird.

Was bedeutet die Annahme der Gleichrangigkeit von Arbeit für bestimmte soziale Gruppen? Oder, um die Frage einzuschränken, lassen sich die bisher wenig diskutierten Analogien zwischen Frauen- und Kinderproblemen letztlich mit Mißachtung privater Arbeit im öffentlichen Leben begründen? Könnten also bei Aufdeckung und schließlich Aufhebung dieser Mißachtung solche Probleme – beispielsweise Kinderarmut – überwunden werden?

Was bedeutet die Annahme der Gleichrangigkeit von Arbeit für die Zukunftsträchtigkeit der Leistungsgesellschaft (Leistung als Arbeit pro Zeiteinheit)? Die Behauptung, daß Arbeit zur Menschbleibung notwendig ist, sagt nichts über die zeitliche Dimension aus. Welches Arbeitstempo ist tatsächlich gesellschaftlich notwen-

Auf empirischer Ebene fällt der Zusammenhang zwischen Frauen- und Kinderarmut ebenso auf wie der zwischen Frauenbildung und kindlicher Entwicklung. In der Literatur (Honig u.a., 1996) wird darüber hinaus zunehmend auf Analogien zwischen kindersozialologischen und feministischen Theorieansätzen verwiesen (Stichwort Adultismus). Daß es auch in der gesellschaftlichen Wertschätzung von Frauen- und Kinderarbeit Zusammenhänge gibt, wird vergleichsweise selten reflektiert und könnte ein spezifisch ostdeutsches Forschungsfeld sein.

dig? Vor allem aus ökologischen Erwägungen (Ressourcen und Entsorgung) heraus stellt sich die Frage, warum immer schneller produziert werden muß. Aus meiner Sicht steht nicht die Arbeitsgesellschaft, sondern die Leistungsgesellschaft zur Disposition.

Kann die These, Arbeit passe nicht in ein hierarchisches Modell, so zugespitzt werden, daß Hierarchien in menschlichen Gemeinschaften der Zukunft generell in Frage zu stellen sind? Wie wären dann hierarchische Machtstrukturen zu beurteilen? Vor allem in feministischer Literatur wird in diesem Zusammenhang immer öfter die Macht-Definition von Max Weber, in Forschung und Praxis weitgehend anerkannt, der Auffassung von Hannah Arendt entgegengesetzt: Sie definiert Macht nicht als Herrschaft, sondern als Verantwortung; Macht entspreche »nicht nur der menschlichen Fähigkeit zu handeln, sondern sich mit anderen zusammenschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln« (Arendt, 1970: 45).

Kann aus der Annahme, daß die zukünftige Gesellschaft weitgehend ohne hierarchische Strukturen funktionieren kann, der Schluß gezogen werden, daß sich auch die sogenannten und heftig umstrittenen männlichen und weiblichen Verhaltensmuster ändern werden? Härte, Skrupellosigkeit, Entscheidungsfreude, Selbstdarstellungsdrang usw. sind bekanntlich notwendig, um den Platz in der Machthierarchie zu halten oder zu verbessern. Das sind gleichzeitig die Verhaltensweisen, die in der sogenannten kritischen Männerforschung als kontraproduktiv für die Zukunft der Gesellschaft und katastrophal für die männliche Identitätsfindung (Hollstein, 1996) bezeichnet werden. Wäre dann die Aufforderung an Frauen, sich von der »Freundinnenkultur« zu verabschieden (Schaeffer-Hegel), nicht zu ersetzen durch eine Aufforderung an Männer und Frauen, genau diese Kultur zu stabilisieren?

Die Fragen »an die Zukunft« ließen sich fortsetzen. Ob die Antworten für die nach uns kommenden Generationen akzeptabel – d.h. nicht weniger als lebbar – sind, wird nach meiner Überzeugung davon abhängen, wie es uns gelingt, gesellschaftlich tatsächlich notwendige Arbeit (bis hin zur Hobsbawmschen politischen Aktion) gesellschaftlich zu achten und zu verteilen.

Literatur:

- Alheit, P., 1994, Die Spaltung von »Biographie« und »Gesellschaft«. Kollektive Verlaufskurven der deutschen Wiedervereinigung. In: Fischer-Rosenthal, Alheit (Hrsg.), Biographien in Deutschland, Opladen
- Allbus 96, SPSS-Datei in ISDA-Verwaltung, selbst ausgewertet. Der Allbus ist ein von Bund und Ländern über GESIS finanziertes Projekt, das bei ZUMA Mannheim und beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln realisiert wird.
- Andruschow, K., 1996, Wohin soll die Reise gehen? Die »ungebrochene Erwerbsneigung« von ostdeutschen Frauen – ein gesamtdeutsches Modernisierungspotential oder nicht? In: Umbruch, Band 11, SFZ Berlin-Brandenburg, Berlin
- Anheier, H. K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A., 1997, Der Dritte Sektor in Deutschland, Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin
- Arendt, H., 1970, Macht und Gewalt, München
- Biehl, K., 1999, EU-Osterweiterung und Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1-2/1999
- Bömer, H., 1996, Gesamt- und regionalwirtschaftliche Steuerungsprobleme nachhaltiger Entwicklung. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 92, Dortmund
- Bourdieu, P., 1997, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, édition discours, Band 23, Konstanz
- Diewald, M., 1997, Aufbruch oder Entmutigung? Kompetenzzentfaltung, Kompetenzzentwertung und subjektive Kontrolle in den neuen Bundesländern. Arbeitsbericht 5/97 des Projektes »Ostdeutsche Lebensverläufe im Transformationsprozeß«, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

- Erpenbeck, J., Heyse, V., 1998, Die Kompetenzbiographie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen und multimediale Kommunikation, QUEM-Forschungsbericht, Berlin
- Familienkompetenzen – Potential einer innovativen Personalpolitik, Projektpapier des Deutschen Jugend Instituts (DJJ) mit dem Institut der KAB für Qualifizierung und Beschäftigung e.V.
- Franzky, G., Wölfing, S., 1997, Lernen in Tätigkeitsfeldern außerhalb der Erwerbsarbeit. In: QUEM-report, Heft 51, Berlin
- Friese, M., 1995, Modernisierungsfallen im historischen Prozeß. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa. In: Berliner Journal für Soziologie 2/95, Berlin
- Gensicke, T., 1998, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Forschungsbericht, Wiesbaden
- Giddens, A., 1995, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/Main
- Hobsbawm, E., 1999, Einleitung zu Karl Marx und Friedrich Engels – Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition. Hamburg
- Hollstein, W., 1996, Ende der Frauenpolitik? Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/96, Bonn
- Honig, M.-S., Leu, R., Nissen, U., 1996, Kinder und Kindheit. Soziokulturelle Muster – sozialisationstheoretische Perspektiven, Weinheim und München
- Ingenhorst, H., Wienold, H., 1992, Wie und wofür arbeiten Kinder? Kinder und Jugendliche als Lohnarbeiter. In: Kinderkulturen. Neue Freizeit und alte Muster, Jahrbuch der Kindheit, Band 9, Weinheim und Basel
- ISDA-Daten, Befragungsergebnisse des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin vom Mai 1990 (1623 Prob.), Oktober 1990 (999 Prob.), Oktober 1991 (1008 Prob.) und Mai 1993 (1956 Prob.), jeweils repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung der DDR bzw. Ostdeutschlands, SPSS-Dateien, selbst ausgewertet
- John, O., 1988, Arbeitslosigkeit als originär theologisches Problem. In: Pastoral-theologische Informationen 1/1988
- Kaufmann, E.; Schröter, U.; Ullrich, R., 1997, Als ganzer Mensch leben. Lebensansprüche ostdeutscher Frauen, Band 5 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« Hrsg. Behrend, H., Berlin
- Kaufmann, F.-X., 1990, Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, München
- Költzsch-Ruch, K., 1997, Familienkompetenzen – Rüstzeug für den Arbeitsmarkt, Kölnitz
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997, Abschlußbericht, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage (Autor dieses Teiles: Ulrich Beck), München
- Kuhn, A., 1994, Die Neue Eva – Realutopische Bausteine einer 'Stadt der Frauen'. In: Stadt der Frauen. Szenarien aus spätmittelalterlicher Geschichte und zeitgenössischer Kunst, Bonn
- Meyer, D., 1996, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit Nr. 2/96
- Mierendorff, J., 1992, Kindheitsverläufe, familiale und außerfamiliale Bedingungen in den Entscheidungen für Betreuungsformen und für die Nutzung von Kinderfreizeiteinrichtungen, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Möller, C., 1997, Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaftens. In: Wirtschaften für das 'gemeine Eigene'. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaftens, Band 7 der Reihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, herausgegeben von Hanna Behrend, Berlin
- Nielandt, J., 1998, Der Non-Profit-Sektor, Neue Perspektiven für die Gemeinwirtschaft? In: Sozialismus 3/98, Hamburg
- Offe, C., 1994, Vollbeschäftigung? Zur Kritik an einer falsch gestellten Frage. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/94
- Orio, G.; Liedtke, P., 1998, Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg
- Reißig, R., 1999, Aufwertung OST. In: Halbjahresmagazin der Heinrich-Böll-Stiftung 1/99, Berlin
- Rieck, E., 1999, Frauenleitbilder am Rande des Jahrtausends. Eine Repräsentativ-Studie von JOURNAL FÜR DIE FRAU, Beitrag auf Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung am 4./5. 02. 99 in Schmöckwitz, Konferenzmaterial
- Sauga, M., Student, D., Weidenfeld, U., 1996, Längst auf dem Weg. Das Modell Deutschland ist am Ende. Neidisch und sorgenvoll zugleich schauen die Politiker auf die USA. In: Wirtschaftswoche 20/96 vom 9. 5. 96
- Schäfer, D., Schwarz, N., 1994, Wert der Haushaltproduktion 1992. In: Wirtschaft und Statistik 8/94, Wiesbaden
- Schaeffer-Hegel, B., Leist, A., 1996, Sozialer Wandel und Geschlecht. Für eine Neubestimmung des Privaten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/96, Bonn
- Schunter-Kleemann, S., 1998, Supranationale Politik und die Modernisierung patriarchaler Gewaltverhältnisse, discussion papers 2/1998, Hochschule Bremen
- Stellungnahme des EP-Ausschusses für soziale Angelegenheiten zur Kommissionsmitteilung »Einbindung der Chancengleichheit – mainstreaming« vom 24. Juli 1996. Anlage zum Kokkola-Bericht des Europäischen Parlaments vom 18. Juli 1997
- Wehrich, M., 1999, Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/99, Bonn
- Young, B., 1998, Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 111
- Zimmermann, A., 1998, Lernen zur Erfindung von Zukünften. Eine Zuspitzung. In: QUEM-report, Nr. 52, Berlin
- Zulehner, P. M.; Volz, R., 1998, Männer im Aufbruch – Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Forschungsbericht, Ostfildern

MANFRED BEYER

Trauerrede für Dieter Strützel, 17. Mai 1999

Wer sieht ihn nicht, den Dieter Strützel, in seiner vitalen Körperlichkeit, sogleich den Raum ausfüllend, den er betritt, mit sich führend die sagenhafte Tasche, die mehr Bücher, Zeitschriften, Manuskripte und Zeitungen enthält, als ein rechtschaffener Gelehrter in vielen Tagen lesen könnte. Unser Freund hatte in der Sinnlichkeit seiner Erscheinung wie in seiner Geistigkeit etwas Barockes, war ein Solitär unter den eher etwas schmalbrüstigen, zur Blässe neigenden Wissenschaftlern der Sektion. Als er Mitte der siebziger Jahre unter die Professoren und Studenten der Literatur- und Kunstwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität trat, umgab er sich alsbald mit einem Völkchen junger Leute, Forschungsstudenten, Assistentinnen, fortgeschrittenen Studenten. Er hatte etwas Ansteckendes an sich: Seine gedanklichen Entwürfe waren verführerisch! Sie reichten ins Weite und führten ins noch Offene. Wer sich zur Zusammenarbeit mit ihm entschloß, der konnte darauf rechnen, daß er nicht fallengelassen wurde. Wenn die Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft so viele originelle Köpfe zu ihren Mitarbeitern und Studenten zählte, so waren darunter nicht wenige Dieters Wahl gewesen. Er besaß ein Herz für junge Menschen, zumal für solche, die nicht gerade als brav galten und so auch nicht aussahen, aber klug waren und aufnahmefähig für frische Gedanken. Und er war ein Anwalt derer, die es aus sozialen Gründen besonders schwer hatten.

Von Dieter Strützel zu reden, heißt, daran zu erinnern, daß vor allem er es war, der in den achtziger Jahren den politischen, literarischen und wissenschaftsmethodischen Auseinandersetzungen unter den Kunst- und Literaturwissenschaftlern der Universität Brisanz verlieh und mit seinen Thesen weit über Jena hinaus Einfluß gewann. Er verfügte über soziale Erfahrungen und ökonomische Einsichten, die nur wenige Kulturwissenschaftler ihr eigen nennen konnten. Wenn er aus Leipzig kam und von den GISAG-Arbeitern sprach, dann waren das Berichte eines Eingeweihten. Breit belesen und auf eine solide Ausbildung zurückgreifend, ist es Dieter Strützel möglich gewesen, soziale und kulturelle Erfahrungen miteinander zu verweben und seinen kulturtheoretischen Arbeiten einen gesellschaftstheoretischen Anspruch zu verleihen. Mitte der achtziger Jahre fand eine Arbeitsgruppe von Studenten und Lehrkräften in der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss einen großen Gegenstand, in dem die geschichtlichen Kämpfe um eine bessere Welt mit den Anstrengungen um die Aneignung

Dieter Strützel (1935-1999)

großer Kunst verschränkt sind. Im Dialog mit diesem politischen und literarischen Grundtext unseres Jahrhunderts ist die Stimme unseres Freundes die eindringlichste.

Dieter hat Wichtiges geschrieben und noch Wichtigeres bewirkt: Das eine kann man nachlesen, von dem andern bleibt eine Spur in denen, die das Glück hatten, ihm im Leben zu begegnen. Dieter hat uns ein Beispiel dafür gegeben, was es heißt, sich als Mensch zu bewähren – nämlich nichts Geringeres, als sich selbst treu zu bleiben, in glücklichen Stunden und mehr noch in Stunden der Verzweiflung, in den Beziehungen zu seinen Mitmenschen, zu den Angehörigen der Familie und zum großen Bund der Freunde und Genossen.

Peter Bichsel hat in der Totenrede auf seinen Freund Max Frisch davon gesprochen, daß es ihn erstaunt habe, in ganz belanglosen Alltagssituationen von Max Frisch immer wieder gehört zu haben: »Aber das ist doch wichtig.« Ein solcher Mensch war auch Dieter. Er nahm das Leben ernst, was auch meint, er nahm Kleinigkeiten wichtig, hatte einen Blick für Gesten, besaß ein Gespür dafür, was die vielleicht ungelenke Rede seines Gegenüber an Mitteilung enthielt.

Dieter hat selten über seine Familie gesprochen. Aber wenn er von seiner Frau sprach, dann geschah es mit großem Respekt vor ihrer verantwortungsvollen Arbeit im Beruf und bei der Erziehung der gemeinsamen Kinder. Er wußte, daß er auf beiden Feldern den leichteren Part übernommen hatte. Und wenn er von seinen Söhnen berichtete, dann ließ er den Stolz des Vaters schon einmal unversteckt erscheinen.

Lieber Dieter, als ich Dich das letzte Mal besuchte, hast Du mir vom Balkon aus noch einmal zugewunken – so winkt man nur, wenn man weiß, daß man den Freund nicht wiedersieht. Danach nahmst Du Deinen letzten Kampf auf und hast ihn verloren. Wenn Du nun in den Himmel kommst, nicht in den der Selbstgerechten und der Reinen, sondern in den Himmel, der uns Linke aufnimmt, dann wirst Du dort ausdauernd und streitbar das Gespräch fortführen über unsere Ideale und über unsere Irrtümer, über unsere Niederlagen und unsere Siege, die schon den Keim des Scheiterns in sich trugen. Und gläubig, zumal an diesem Ort, wirst Du daran festhalten, daß es unsre Enkel besser ausfechten werden.

Lebewohl, Dieter, und habe Dank. Du wirst in unserem Gedächtnis weiterleben.

DIETER STRÜTZEL

»... daß nichts verloren ist, solange wir noch selbst da sind ...«*

Dein Brief kam einen Tag, bevor ich ins Krankenhaus mußte wegen eines Nierentumors. Ich habe ihn mitgenommen und hier gelesen. Deine vertrauensvolle Offenheit und deine Argumentation haben mich sehr gefreut [...].

Was meine Bemerkung zur vorgetäuschten Kontinuität zwischen Rosa Luxemburg und der PDS anbelangt, so meine ich folgendes: Es geht, wie ich schon in der umfangreichen Diskussion in der DDR immer betont habe, nicht darum, festzustellen, wer unser ist, sondern sich zu prüfen, ob wir seiner bzw. ihrer sind. Und da meine ich eben, daß noch ganze Welten zwischen der konkreten PDS, wie sie heute existiert, und der Rosa Luxemburg liegen. Das muß man nüchtern feststellen, ohne daß man daraus gleich ein Unheil ableitet. Ich glaube, daß das Hauptproblem für den Westaufbau darin besteht, daß diejenigen, die sich auf das Projekt einlassen wollen, immer noch keine realistischen Vorstellungen von dem haben, was nun einmal die PDS durch ihre Mitglieder im Osten weitgehend prägt. Wenn es gut geht, dann kommen sie in Berührung mit jenen, die in der alten DDR eine privilegierte Stellung eingenommen haben. [...] Dies gilt in ganz hohem Maße für mich.

Seit 1960 hatte ich einen kontinuierlichen Kontakt mit Linken aus dem alten Bundesgebiet. Die Lektüre von Peter Weiss war das Privileg eines kleinen Kreises an der Jenaer Universität. Als Cheflektor des Mitteldeutschen Verlages hatte ich das große Glück, noch sehr gut persönlich mit Mitgliedern der alten KPD bekannt zu werden, Einblick in ihre Biographie zu erhalten und bei einem von ihnen, bei Hasso Grabner, auch eine erhaltene Bibliothek nutzen zu können.

Hinzu kam, daß die praktische Erfahrung mit der Repression bei mir ganz eigentümlich verlaufen ist. Ich habe ihre höllischen Mechanismen kennengelernt, ohne in meiner persönlichen Freiheit – etwa durch Haft – eingeschränkt gewesen zu sein. Ich habe auch immer, im Unterschied zum dritten Berufsverbot, dem nach 1990, eine Arbeitsmöglichkeit gefunden. Arbeitsmöglichkeiten, die meinen Horizont erweitert haben, die jene Loslösung von dem bestehenden System über fast zwei Jahrzehnte schrittweise und sukzessive bewirkt haben, so wie Christa Wolf das ja wohl einmalig und exemplarisch in ihrer Cassandra beschrieben hat. Es ist lustig, daß die großen Befürworter dieses Buches in der DDR wie in der alten BRD diesen, seinen eigentlichen ganz authentischen Gehalt selten rezipiert haben. Feminismus, Pazifismus, Auseinandersetzung mit

* Abschrift eines Tonbanddiktats aus dem Nachlaß. Die folgenden Marginalien stammen von der gleichen Kassette. Sie umkreisen einen Gedanken: die Notwendigkeit eines neuen Typs von Politik.

Mit Recht machen wir gegen das Schlagwort von der Politikverdrossenheit geltend, daß es sich um Verdrossenheit gegenüber einem ganz bestimmten Typ von Politik, nicht aber um einen generellen Abschied von der Politik handelt. [...] Das macht zwar deutlich, daß wir die Dinge etwas anders sehen, macht sie aber nicht schärfer und kenntlicher.

Bei Ulla Plener habe ich eine Stelle aus der 1920 geschriebenen Dissertation von Kurt Schumacher gefunden, die auch dort Marxens Gesellschaftskonzept als nicht sozialistisch beurteilt, vielmehr sei Marx Anarchist gewesen, denn er habe auf das Individuelle gesetzt und kein Gespür für das große Glück der Sozialisten gehabt, daß der Kleine, Einzelne, das Individuum aufgeht in einer großen Gemeinschaft. Ich denke, seitdem ich diese Stelle gefunden habe, daß hierin das ganze Dilemma der traditionellen sozialistischen Bewegung [begründet] ist, daß ihr das große Selbstvertrauen in sich selbst gefehlt hat und daß sie die Erfahrung der sozialen Nichtigkeit des einzelnen Lebens, die mörderische Geringschätzung, die in der sozialen Wirklichkeit gerade der unterdrückten Klassen angelegt gewesen ist, verinnerlicht hat, aus der Not eine Tugend gemacht hat. Und daß sie das nicht nachvollziehen konnte, was der begüterte, hoch gebildete, an Ausgrenzung gewöhnte Rabbisohn vermocht hat. Aber ich glaube schon, daß es zumindest keinen Weg gibt, sich auf einen emanzipatorischen Sozialismus einzulassen, ohne diese Selbstbestimmtheit jedes einzelnen Individuums als Voraussetzung für den Erfolg der großen Bewegung zu begreifen und vielleicht dann auch noch zu praktizieren.

den Machtapparaten – das waren die Themen, die rezipiert wurden.

Jene Biographie im wörtlichsten Sinne der Loslösung von einem System ist nie, soweit ich das sehe, thematisiert worden. Als ich das in einer Diskussion in unserer Sektion [Literatur- und Kunstwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität] versuchte, wurde ich gerade von den jungen Oppositionellen ganz entschieden angegriffen. Sie sahen darin nur ein Verdrängung der für sie vorranglichen, primär ideologisch-politischen Themen und Aspekte.

Die große Masse der Mitglieder der PDS im Osten muß nicht nur die neuen sozialen Erfahrungen bewältigen. Sie muß nicht nur den allgemeinen schmerzhaften Prozeß einer Rekonstruktion der Linken nachvollziehen, der sich für sie meist auch nur in der Frage vollzieht: war es eine Niederlage, die wir uns selbst in unseren eigenen Biographien zugefügt haben?

Gerade eine Rekonstruktion der Linken kann für sie in einem solchen universellen Sinne, wie du ihn anstrebst und wie ihn auch viele von denen, auf denen die eigentliche Hoffnung der PDS liegt, sehen, nicht wahrgenommen werden. Die verheerendste Folge der DDR ist ihr Provinzialismus, ihre furchtbar sicher wirkende geistige Horizontbescheidung gewesen. Und zu alledem kommt hinzu, daß sie keine Zeit haben, Trauerarbeit zu leisten mit all den Folgen, die die beiden Mitscherlichs schon vor 30 Jahren so nachdrücklich beschrieben haben. Und die Geringschätzung der Psychologie, als einer der wesentlichen Gesellschaftswissenschaften, macht sie nicht einmal sensibel für das, was ihnen da fehlt. Schließlich müssen sie mit dem Problem fertig werden, daß sie einen großen Teil ihrer Lebenszeit und Lebenskraft darauf verwendet haben, sich eine Weltanschauung zuzulegen, ein Gerüst des sozialen Denkens und damit der sozialen Wahrnehmung, das sie für wissenschaftlich begründet hielten und das nun – nicht einfach durch eine Niederlage, sondern durch geistige Kritik – Stück für Stück in Frage gestellt wird. Und wenn sie sich dagegen mit allen Sinnen mehr als mit ihrem Verstand wehren, dann ist das ein Stück Selbstbehauptung und Selbsterhaltung. Diesen Prozeß zu sehen, ihn nicht für hoffnungslos zu halten und dennoch die Geduld aufzubringen, das ist die eigentliche große und schwierige Problemlage, die sich unter dem Namen PDS und Rekonstruktion der Linken auftut.

Gegen einen einzigen Satz in Deinem Brief möchte ich ein klein wenig polemisieren. Es ist jene, von Dir selbst als polemisch charakterisierte, Veränderung eines kleinen Wortes in meinem Satz, wo Du aus meinem, auf Rosa Luxemburg bezogenen, Massengefühl »Wenigstens die, wenigstens den habt ihr uns lassen müssen ...« einen Stein machst.

Erstens ist [es] mir seit meiner ersten Begegnung mit jüdischen Friedhöfen doch ein großes Erlebnis, daß ein Stein an einen Menschen erinnert. Und ich glaube, daß keiner, der auf einen jüdischen Grabstein oder auf ein arabisches Grabmal einen Stein legt, dabei an Versteinerung denkt. Es ist vielmehr jener große und wunderbare Prozeß der Metamorphose, der allem Symbolischen zugrunde liegt. Die wunderbare Fähigkeit des Menschen, daß er etwas so umfassendes wie ein Leben für immer in sich in bezug zu sehr vielen sozialen Prozessen, Erscheinungen und Verhältnissen

einschließt, [daß er ihn] in einen kleinen symbolischen, faßbaren, handhabbaren Gegenstand verschließen kann und das darin Verschlussene wieder entfalten kann. Und insofern ist der Stein für mich keine Versteinering in einem negativen Sinne von Erstarren, sondern eben ein Aufbewahren und Wieder-Aufschließen des Verborgenen.

Oder, daß es einer unserer großen traditionellen Fehler ist, daß wir, vielleicht sogar wissend um die Verkürzung, um der Polemik willen, die eigentlichen komplizierten und wunderbaren Dinge des Lebens instrumentalisieren. Vielleicht ist es auch so, daß Ihr immer in das geht, was wir gegenüber dem Alltäglichen, Lebendigen, dem Alltag der Massen die soziale Wahrheit der Utopie genannt haben: Wenn ich mich darum bemühe, Verständnis für das alltägliche Leben auch und gerade zu einer Konstituante politischen Denkens zu machen, gefördert durch meine Brechtrezeption Verständnis dafür, daß wir nackt und bloß und frierend sind, daß es eigentlich darum geht, den Menschen Mut zu geben, mit sich selbst Erbarmen zu haben. Sicher ist das gegenüber dem großen Anspruch der Bewegung, mit dem sie in dieses Jahrhundert getreten ist, eine Retaption [? – Retardation?]. Sicher liegt darin die Erkenntnis von der geringen praktischen Gewalt, die wir aufbieten können. Aber es liegt, glaube ich, auch darin, wie in den meisten Niederlagen, ein großer Gewinn: die Möglichkeit, daß jene Fremdheit unserer theoretisch wissenschaftlich gewonnenen Bilder und Vorstellungen gegenüber dem alltäglichen Leben der Menschen, deren Interessen wir wahrzunehmen vermeinten oder beanspruchten, überwunden wird, daß unsere Politik menschlicher wird. Und es liegt die große Kraft in einer solchen Betrachtungsweise, daß nichts verloren ist, solange wir noch selbst da sind und daß die Erneuerung immer wider aus jenem Funken des Lebens heraus schlagen kann. Gewiß kann das auch zu einer Verkenntung der Möglichkeiten, die im Sozialen angelegt sind, führen. Aber ich glaube, wem es gelingt, sich in einem solchen Sinne wach zu halten, [der] wird auch nicht zu den törichten Jungfrauen gehören, sondern wird zu jenen gehören, die im richtigen Moment erkennen, wo sich ihr individuelles Leben wiederfindet, in dem Leben von vielen.

Und das, was wir als Oben-Unten-Gegensatz [diskutieren, ...] in der Gemeinde sieht das anders aus als im Bund oder im Land, das hängt vor allen Dingen damit zusammen, daß eben die übergestülpte Gesellschaft anders ist als die darunterliegende DDR-Gesellschaft. Und mit dieser Realität müssen wir [...] operieren. Es stoßen da zwei Gesellschaften, von denen ich gar nicht sagen kann, die eine ist besser, die andere ist schlechter, aber sie sind anders, aufeinander und das ist meiner Meinung nach entscheidend. [...] deshalb ist auch diese Unzufriedenheit mit denen da oben [...] nicht nur eine Verlängerung des alten Grundwiderspruchs der DDR zwischen denen unten und den oben, sondern das ist die Tatsache, daß natürlich, je weiter oben Vorstände, Parlamente Politik machen, desto mehr sind sie in diese Gesellschaft der Altbundesrepublik eingebunden. Und je mehr das von unten kommt, desto mehr kommt das, was sozusagen das soziale Erbe, das kulturelle, das politische Erbe der DDR ist, zum Tragen.

DIETER STRÜTZEL

25. Mai 1935 in Dessau geboren;
 1954-59 Studium der Germanistik und Anglistik/Amerikanistik in Leipzig;
 1963-66 Aspirantur am philosophischen Institut der KMU;
 1967 abgeschlossen mit Promotion über die Kategorie des »Typischen«, zugleich Hochschulgruppenleiter der FDJ an der KMU;
 1968-70 Lektor, später Cheflektor beim Mitteldeutschen Verlag Halle; vom Kulturminister abberufen wegen Veröffentlichung »verzerrter Darstellungen der Wirklichkeit« (Christa Wolf, Volker Braun u.a.);
 1970-75 Oberassistent für Kulturtheorie/Ästhetik an der Sektion Literatur-, Kultur- und Kunstwissenschaften der KMU Leipzig, erste betriebs- und kultursoziologische Untersuchungen, wegen Einstellung dieser Forschungen Wechsel nach Jena;
 1976 Berufung zum Dozenten für Kulturtheorie an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft der FSU Jena;
 1981 Parteiverfahren wegen »Unterstützung zersetzender Tätigkeit«
 1984-89 Leiter einer Arbeitsgruppe zur »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss;
 1988-91 stellvertretender Leiter des interdisziplinären Projekts »Lebensweise in der DDR« der Universitäten Jena und Tübingen
 November 1989 Freistellungsvertrag mit der FSU bei Fortführung der Hochschullehre; zugleich Auflösung der SED-Bezirksleitung Gera als ihr letzter 1. Sekretär und Aufbau der PDS in Thüringen als stellvertretender Landesvorsitzender;
 Dezember 1990 an der FSU abgewickelt;
 seit 1992 Bezug von Altersübergangsgeld; zugleich Organisation von Winter- und Sommerschulen der ARGE »Konkrete Demokratie« in Schnepfenthal mit westdeutschen Linken;
 Seit Februar 1998 Kampf gegen einen Tumor, dem er am 9. Mai 1999 erliegt.

Veröffentlichungen:

Verfasser von Aufsätzen zur Kulturtheorie und zahlreicher Wortmeldungen zu aktuellen Ereignissen sowie Mitherausgeber der Sammelbände »Vietnam in dieser Stunde. Dokumentation« (Halle 1968), »Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland« (Erlangen/Jena 1992) und WIDERSTAND WAHRENEHMEN. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss (Köln 1993).

Soziologische Studien:

Entwicklung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse der Bevölkerung Jenas (FSU Jena, 1988)
 Haushaltslagen und damit verknüpfte Sozialbeziehungen in Ostdeutschland (Vorstudien mit Rainer Neef, 1992)
 Jenseits der Fünfzig. Haushaltsbücher November 1993 von Seniorinnen und Senioren in Jena (DGB Jena, 1994)
 Arbeitsmarktanalyse Nordthüringen Ende 1995 (Für MdB Gerhard Jüttemann, 1996)

Aufruf

Nachgeborene, die in den kommenden Bibliotheken nach dem Autor Dieter Strützel fahnden, werden auf drei Bücher und ein Dutzend Aufsätze stoßen. Das ist wenig nach den Maßstäben des akademischen Betriebs. Und so steht zu befürchten, daß der Wissenschaftler, der sich mit diesem Namen verbindet, schon bald vergessen sein könnte.

Wären da nicht die lebendigen Spuren, die er wie kaum ein zweiter Hochschullehrer in seinen Schülern und Mitarbeitern hinterließ.

Denn Dieter Strützel war mehr ein Mann des gesprochenen, denn des geschriebenen Wortes. Und er gehörte zu denen, die das praktische Erproben einer Idee, die Suche nach Veränderungsmöglichkeiten im Hier und Jetzt, der Vollendung geschlossener Theorien vorziehen. Er war ein unermüdlicher Anreger, voller Neugier und Geduld, dem Fragen zu schärfen wichtiger schien, als Antworten zu erteilen.

Daher bitten wir diejenigen Leserinnen und Leser, in denen die Fragen von Dieter Strützel nachklingen, ihre Erinnerungen an ihn aufzuschreiben oder in Problemskizzen eine seiner Ideen weiterzudenken. Sie sollen eine Auswahl von Manuskripten und fragmentarischen Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß ergänzen, die Freunde und Genossen herauszugeben planen.

Es geht nicht um die Aufrichtung eines Denkmals, das er selbst verlacht hätte. Sondern um die Vergegenwärtigung eines Typus von Intellektuellen, der im Alltag der DDR gewirkt hat und dessen Fragen uns begleiten auf der Suche nach einer anderen Politik und Wissenschaft.

Die Texte, möglichst nicht länger als drei Schreibmaschinenseiten, bitte bis Ende September an:

Jens-F. Dwars, Camsdorfer Str. 10, 07749 Jena.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Es ist halt für Zeitungen nicht so leicht mit dem Pluralismus. Und das trifft mitnichten nur auf das »Neue Deutschland« zu, sondern auch auf Blätter, die mit den deutschen Zuständen mehr oder weniger konform gehen. Sie alle könnten zuweilen ein Lied darüber anstimmen. Obwohl – das Bild stimmt eigentlich nicht. Denn in der Regel sind es die Leser, die grummeln und zu »singen« anfangen; ihr Text geht dann in der Regel so: Was hat dieser Artikel im/in der (hier bitte die jeweilige Zeitung einsetzen) zu suchen? Bevorzugte Auftrittsorte sind die Leserbriefseiten. Je nachdem, ob wir nun einer Meinung mit den Leserbriefschreibern sind oder nicht, finden wir ihre »Gesänge« akzeptabel oder eben inakzeptabel. Zur Sache: An einem Sommerwochenende übte das »Neue Deutschland« wieder einmal Pluralismus – »Üben, üben, üben, Genossen!« – und ließ den Verleger Christoph Links der nicaraguanschen Revolution gedenken. Das war zum Thema ein passender Autor, hatte sich doch der Mann – ein ausgewiesener Lateinamerika-Spezialist – bei Solidaritätsaktionen für Nicaragua sehr hervor getan; insbesondere Berliner werden sich an die Aktion der »Brillen für Nicaragua« der »Berliner Zeitung« erinnern. Ihr Initiator war Links. Doch Zeiten ändern sich. Wir mit ihnen. Jedenfalls gelegentlich. Doch muß nicht jedermann gleich erleichen, wie Brechts Herr K., weil er sich nicht änderte. (Der Dichter mag mit seinem wohl am häufigsten zitierten Aphorismus eigenen Opportunismus – von seinen Verehrern als Schläue ausgegeben – bedient haben ...) Sei es wie es sei: Christoph Links scheint sich »geändert« zu haben; der Schlußsatz seiner Kolumne im »Neuen Deutschland« nämlich lautet: »Moralische Ansprüche allein, so

berechtigt sie auch sein mögen, taugen nicht für praktische Politik.« So also ist das mit dem Pluralismus in Zeiten und Zeitungen. Wir sind gespannt, ob und wie die Leserschaft darauf reagiert.

Auch die »Berliner Zeitung« vollbrachte im Berichtszeitraum wieder einige Kunststückchen. Im Feuilleton, das ist jener Abschnitt des Blattes, in dem sich dessen hauptamtliche Politphilosophen in der Regel gegenseitig ihre Beiträge zu widmen scheinen und sich gegenseitig an ihren Sprüchen delektieren, laufen gelegentlich auch außerredaktionelle Mitarbeiter zu Höchstform auf. So der Autor Robert Misik. Der fand, Gysis Argumentation gegen den Kosovo-Krieg gliche jener von Stalins Außenminister Wjatscheslaw Molotow, als jener 1939 mit Hitler kungelte. Darauf wären wahrscheinlich nicht einmal Henryk M. Broder oder Arnulf Baring gekommen.

Auch an der Deutschen Einheit wurde im Berichtszeitraum weitergearbeitet. Einen profunden Beitrag dazu leistete unter anderem die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Simonis. Obwohl sie nun wahrlich nicht als maulfaul eingestuft werden kann – über den Osten läßt sie sich selten aus. Er mag ihr fremd sein. Was nicht wundert bei dessen Vergangenheit. Die unter anderem dadurch belastet ist, daß dort Hutträgerinnen dazumal nicht so sehr gelitten waren; dafür sorgten schon die Pepitahütchen-Träger.

Aber nun ließ sich Heide Simonis von der »Super Illu« befragen – und kritisierte »eine krasse Ungleichbehandlung zwischen Ost und West«. Ach, wundert sich der Ossi, der nach wie vor für ca. 86 Prozent des Westlohnes arbeitet (und zwar in einer 40-Stunden-Woche; die West-Arbeitswoche schwankt zwischen 35 und 37,5 Stunden), ist mir da eine zweite Regine Hildebrandt zugewachsen? Und er hat sich noch gar nicht richtig zu Ende gewundert, da packt ihn ein heftiger Schluckauf: Die Simonis hat das ja genau »umgekehrt« gemeint. Tausende »Marine-Jobs« seien aus Schleswig-Holstein in die neuen Länder weggegangen, »das hat auch seelische Verwundungen hinterlassen. Die Ostdeutschen haben da kein Verletztheits-Monopol.« Der Wessi, das unbekannte Wesen – auch er immer noch nicht »angekommen« in der deutschen Einheit. Obwohl er und seine Lenker doch – im Gegensatz zum gemeinen Ossi – jahrzehntlang den »Tag der deutschen Einheit« zelebrierten.

Es ist noch einiges über einen – inzwischen beigelegten – Medien-Streit nachzutragen, Stichwort: Jürgen Fliege. Während der »Fall Fliege« mittellang im wesentlichen auf den Medienseiten der Tagespresse kommentiert und behämt wurde, widmete die durchaus interessante, aber immer weniger gelesene Wochenzeitung »Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt« (»Christliche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur«) in ihrer Abteilung »Gott und die Welt« dem Vorgang zwei volle Zeitungsseiten. (Was wunder.) Ein Leserbrief sei hier zitiert:

»Natürlich eine Frechheit und eine Schande, wie sich da diese Schriftgelehrten und Pharisäer an den begnadeten Fliege hängen. Diese verhinderten Sektenführer, die keinen anderen Pietisten neben sich gelten lassen. Der Bruder Fliege ist doch einer von ihnen. Was wollen sie denn? Thomas Becker-Bertau, per E-Mail.«

Was lehrt uns das? Auch Kirche funktioniert offenbar wie Partei.

Maria von Bordes:
Euer Name lebt. Zur Geschichte der
Juden in der Region Bersenbrück,
 Rasch Verlag Bramsche 1997,
 407 S. (48,00 DM)

Es gibt inzwischen eine beachtliche Anzahl von Monographien über das Leben der Juden in den verschiedensten Kommunen, Regionen und Städten Deutschlands. Die meisten erschienen erst in den letzten 10 bis 15 Jahren. Aber immerhin – diese Lokalgeschichten brechen endlich das Schweigen der Deutschen über ihre unzähligen ermordeten Mitbürger – das Schweigen »vor Ort«, in den Kommunen, wo die Deutschen seit 1933 die Verbrechen an diesen Mitmenschen miterlebten, verschärft seit 1938 (Progromnacht), mörderisch seit 1941/42 seit dem Abtransport der Juden zur »Endlösung« in den Vernichtungslagern.

Wiewohl man geneigt und überwiegend sogar verpflichtet ist, den Autoren, Herausgebern und Sponsoren dieser lokalgeschichtlichen Darstellungen und/oder Dokumentationen Anerkennung und Dank auszusprechen für ihre oft sehr detaillierte Erinnerungsarbeit, läßt diese vielfach doch wesentliche Informationswünsche offen. Besonders schwer fällt es nachzuvollziehen, daß einige Monographien Geschichten der Juden publizieren, die 1933 aufhören. Und den bedeutsameren Darstellungen, denen über das Leben und Leiden der deutschen Juden unter dem Naziterror (und speziell im »ländlichen Raum«), mangelt es meistens an einem Blick in die sozialgeschichtlichen Hintergründe, die den Hitlerischen Antisemitismus erst verständlich machen. Oft handelt es sich um fast kommentarlose Sammlungen von Alltagsdokumenten: Familien und Geschäftsanzeigen der jüdischen Mitbürger, Schreiben von NS oder Polizeidienststellen, Deportationslisten u.ä. Eine der rühmliche Ausnahmen ist die vorzügliche Darstellung von S. Wittmer über die Regensburger Juden.

Der kritische Blick auf den – trotz aller Bemühtheit – insgesamt unbefriedigenden Zustand der meisten lokalhistorischen Darstellungen der Juden in Deutschland ist wichtig für künftige Versuche, aber hier ist er

unerlässlich, um die herausragende Leistung zu verdeutlichen, die Maria v. Borries vorgelegt hat mit ihrer wahrhaft exemplarischen Arbeit »zur Geschichte der Juden in der Region Bergensbrück« (heute Landkreis Osnabrück). Das umfangreiche Werk, im Interesse der guten Lesbarkeit der zahlreichen Faksimiles von amtlichen und persönlichen (Hand-) Schreiben im DIN A 4-Format und auf hochsatiniertem Papier ediert, nicht nur, am Beispiel dieser Region, eine optimal – alltagsgeschichtlich – dokumentierte kurze Sozialgeschichte der deutschen Juden im ländlichen Raum des 19. (!) und 20. Jahrhunderts (S. 17-79), nicht nur eine genaue Nachzeichnung der zunehmenden Demütigung und Unterdrückung der deutschen Juden 1933-41 und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern seit Ende 1941 (S. 201-353) – sie bietet zugleich eine mit Dokumenten hervorragend veranschaulichte Leidensgeschichte der jüdischen Familien dieser Region (S. 80-179). Ich möchte die Behauptung wagen, daß die mit diesem erschütternden Werk gelungene jüdische Geschichts-Vergegenwärtigung (denn allein schon aufgrund der über 300 faksimilierten Bilder und Dokumente ist es mehr als eine Geschichts-»Schreibung«!) nicht nur in die Hand jedes interessierten, gewissenhaften Deutschen gehört, sonder vor allem in die Hand jedes (Hochschul-)Lehrers, jeder Lehrerin, die sich um politische Bildung bemühen. Denn Max Horkheimer, den v. Borries zitiert, hat recht: »Die Historiker beschäftigen sich mit der Politik im Ganzen, nicht mit dem Entsetzen im Einzelnen, und die Leser der Historiker hören ungern das furchtbare Detail. Man will, wenn man sich ... in Welthistorie vertieft, nicht mit der Qual der Individuen molestiert werden, aus der sie besteht.«

Ich habe oben die Lokalgeschichts-Darstellungen kritisiert, die den sozialgeschichtlichen Hintergrund nicht beleuchten. Eben dies geschieht in Maria v. Borries Buch auf höchst eindrucksvolle Weise; es zeigt, sich wie noch im 19. Jahrhundert die Ackerbürger mit infamen Eingaben an die Obrigkeit versucht haben, die Ansiedlung auch nur eines einzigen Juden zu hintertreiben. Die aufgeklärte napoleonische Gesetzgebung im 1807 gegründeten Königreich Westfalen, die den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung verschaffte,

wurde nach dem Sturz Napoleons zunächst wieder aufgehoben. Mit nur allzu anschaulichen alten Dokumenten belegt die Autorin die antisemitischen Animositäten, hinter denen sich meist der Futterneid der eingesessenen Gewerbetreibenden verbarg: »Stets hat das Dorf Badbergen seinen Ruhm darin gehabt, ordentliche Bewohner zu haben. Alle Bewohner ohne Ausnahme sind redliche Personen, die christlich leben. Sollen wir indes eine Judenfamilie aufnehmen müssen, so würden wahrlich alle Dorfeinwohner auf das Schrecklichste gekränkt und ihnen alle Lust zur Aufrechterhaltung der Reinheit der Sitten und löblichen christlichen Wandels benommen.« Weitverbreitete Vorstellungen über unsittlichen, »gottlosen Lebenswandel und Permanent betrügerische Geschäftspraktiken der Juden prägten, wie Bordes zeigt, ach noch in den letzten beiden Jahrhunderten das Denken breiter Schichten des Volkes und bereiteten den Boden für die Nazibarbarei, vom »volkskirchlichen« Antijudaismus kräftig unterstützt.

Was diese nationalsozialistische Barbarei betrifft, so besteht ja für die politische Bildung ein großes Problem ihrer Erinnerung und Verarbeitung in der Schwierigkeit, das Ausmaß der Drangsalierungen und die „unfaßbare“ Größenordnung der Vernichtungsaktion seit 1941 zu vermitteln.

Hier bietet das Borriessche Werk eine eindringliche Hilfe: Die Kurzbeschreibung des Leidensweges von 10 Familien deren meiste Angehörige schließlich in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Die Fülle der beigegebenen Fotografien und Dokumente – nicht zuletzt die faksimilierten Kurzbriefe bzw. Postkarten aus den Konzentrationslagern – verhelfen denen, die die Arbeit der Erinnerung leisten wollen, zu einem Bewußtsein der Verbrechen und der Leiden, das durch keine »zusammenfassende« Gesamtdarstellung vermittelt werden kann.

FRITZ VILMAR

Jürgen Schebera:
Eisler, Eine Biographie in Texten,
Bildern und Dokumenten,
mit 235 Abbildungen, Schott Musik
International Mainz 1998, 336 S.
(68,00 DM)

Diese Bildbiographie von Jürgen Schebera ist die wichtigste, zum 100. Geburtstag Hanns Eislers 1998 erschienene Publikation. Als umfassendes Kompendium zu Leben und Werk des Komponisten hatte sie einen günstigen Start: Denn die im Jubiläumjahr unübersehbare und unüberhörbare öffentliche Präsenz Eislers in Konzertsälen und Medien nicht nur unseres Landes wird auch Leseinteressenten motiviert haben. Scheberas neues Buch bietet eine wahre Fülle von Anregungen, sich Eisler verstehend zu nähern oder vorhandenes Verständnis zu vertiefen und zu erweitern.

Der Berliner Autor, seit 30 Jahren mit Hanns Eisler befaßt, hat neben seiner Dissertation (1978) über die Exilzeit bereits 1981 eine »Bild-Biographie« des Komponisten veröffentlicht. Die jetzige Publikation fokussiert gleichsam die Erfahrungen Scheberas wie der Eisler-Forschung in kritischer Sicht und im Kontext jüngster historischer Wandlungen.

Der häufig gestellten Frage »wer war Hans Eisler?« wird hier mit geradezu minutiöser Genauigkeit nachgegangen: Eine Vielzahl von Fakten, Dokumenten, Zeitzeugenaussagen belegt die verzweigten Wege und Lebensstationen Eislers in ihrem wechselnden historischen Umfeld anschaulich und informativ. Wie ein Tatsachenbericht wirkt Scheberas dichte und differenzierte Darstellung, die Biographischem und Künstlerischem komplex und chronologisch nachgeht. Seine Schrift liest sich wie ein Protokoll, in dem die Daten der Lebens- und Schaffensentwicklung Eislers sozusagen messerscharf verzeichnet sind – Nüchternheit, in der sich jedoch emotionales Engagement des Autors unmißverständlich mitteilt. Das ist spürbar an der liebevollen Sorgfalt, mit der die zum Teil neuentdeckten Materialien (wie Fotos oder Texte) aufbereitet worden sind. Auch die Headlines der zehn Kapitel – Eisler-Zitate zumeist, jeweils eine Grundhaltung kennzeichnend – sind einfühlsam ausgewählt. Sie fügen sich ins freundli-

che Image des Buches, das durch die vielen »Illustrationen« bestimmt wird: bekannte und bisher unbekannte Fotos (darunter zahlreiche Familienbilder), Aufführungankündigungen und Programmzettel, Hinweise auf Theaterpremierer, Schallplatten-Labels, Faksimiles von Notenhandschriften und Personaldokumenten.

Dokumentarischer Faktenreichtum macht einen wesentlichen Wert von Scheberas Schrift aus. Doch resultiert daraus nicht Vereinzelung, vielmehr entsteht, gestützt durch Zeitzeugnisse, das Bild des vielseitigen Komponisten und Musikers der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, dessen Schaffen und Wirken beträchtlichen Einfluß auf seine Zeit hatte: Der bedeutende Schönberg-Schüler, der die Soziale Isolierung bürgerlicher Konzertmusik kritisch hinter sich läßt und zu einer neuartigen eingreifenden, politisch intelligenten Kunst findet, die sich dem erreichten ästhetischen Niveau der Moderne nicht versagt. Der gemeinsam mit Ernst Busch und Brecht politisch Agierende, dessen »Kampfmusik« Ende der zwanziger Jahre Massen erreicht. Der Emigrant (1933-1948), der politisch und musikalisch, organisierend und komponierend unermüdlich tätig – durch viele Länder eilt, in den USA Aufnahme findet und sich schließlich, wie sein Bruder Gerhart, den Verhören vor dem »Committee of Unamerican Activities« stellen muß und ausgewiesen wird. Der Komponist keineswegs nur der DDR-Hymne, dem in der dogmatisch-herzlosen „Faustus-Debatte“ von 1953 sein Opernplan für alle Zeiten zerstört wird und der trotz solcher Demütigung seine politische Grundüberzeugung nicht aufgibt.

Schebera hat derlei Widerspruchspunkte konsequent ausgearbeitet und belegt. Zugleich hat er bewegend dargestellt, wie Kontinuität bei Hanns Eisler – wie bei vielen anderen seiner Generation – in Akzeptanz der »Dritten Sache« (Brecht/Eisler »Die Mutter«) bestanden hat, nämlich in der Treue zur Idee des neuen sozialen Gesellschaftskonzepts, wie es auch in der DDR in den Anfangsjahren auf der Tagesordnung stand. Dieses Festhalten an der »Dritten Sache« veranlaßte Eisler trotz aller persönlichen Tragik zu einer kritischen Loyalität wie sie sich in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen des 17. Junis 1953 un in dem

weiteren Bemühen, politische Intelligenz mit musikalischen Mitteln zu fördern, äußerte (»Teppichweber von Kujan-Bulak«, »Ernste Gesänge«). Der Autor vertritt nicht die heute auch artikulierte Meinung, Eisler habe nach der vernichtenden Zurechtweisung von 1953 grundsätzlich resigniert bis zu seinem Lebensende.

Bemerkenswert ist, daß sich dieses Buch erstmals Eislers persönlichen Beziehungen und den Biographien seiner Familie ausführlich zugewandt hat. Den Eltern, den Geschwistern, den drei Frauen (wie auch Freunden und Mitarbeitern) sind informative Texte gewidmet. Wohl erstmals überhaupt berichtet Schebera über Eislers Freundin Hedi Gutmann, die 18 Jahre in einem Gulag der Sowjetunion zubrachte und erst 1957 dank des Einsatzes von Brecht und Eisler nach Berlin (DDR) zurückkehren konnte. Die politische Entwicklung der beiden Geschwister Elfriede und Gerhart gilt prononcierte Aufmerksamkeit. Makaber wirkt der Bericht über die Schwester, die als Ruth Fischer mit Arkadij Maslow zeitweilig einen Führungsplatz in der KPD innehatte, dann wegen ultralinken Positionen (1926) aus der Partei ausgeschlossen wurde und (1946/47) in den USA ihre Brüder als Kommunisten und Sowjetagenten denunzierte. Dies brachte ihnen genannte Verhöre, Gerhart Prozeß und Verurteilung, beiden aber auch internationale Solidaritätsbezeugungen ein. Fotos und Textdokumente belegen es eindrucksvoll.

Schebera hat seine neue Bildbiographie, die sich in vielen fundierten Werkbetrachtungen auch auf Ergebnisse der bisherigen Forschung stützt, mit einem umfangreichen Anhang ausgestattet, neben dem »Aparat«, der manche Informationen und weiterführende Literaturhinweise enthält, gibt es eine Dokumentation »Werk und Wirkung, 1962-1997«, eine Chronik zu Leben und Werk, eine systematisch geordnete Bibliographie, ferner Discographie und Filmographie, Personenregister und Werkregister. Somit kann das Buch auch als Nachschlagewerk wie als fundierte Quelle des Wissens dienen: beim Nachdenken und Forschen über Hanns Eisler, sein Leben und Schaffen in den dramatisch-tragischen Verläufen des 20. Jahrhunderts.

LIESEL MARKOWSKI

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):
 Was treibt die Gesellschaft auseinander?
 Bundesrepublik Deutschland:
 Auf dem Weg von der Konsensge-
 sellschaft zur Konfliktgesellschaft,
 Band 1 (Reihe: edition suhrkamp.
 Bd. 2004) Suhrkamp Verlag Frank-
 furt/M. 1997, 654 S. (25,00 DM) (I)
 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):
 Was hält die Gesellschaft zusammen?
 Bundesrepublik Deutschland: Auf
 dem Weg von der Konsensgesellschaft
 zur Konfliktgesellschaft, Band 2
 (Reihe: edition suhrkamp. Bd. 2034)
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1997,
 484 S. (25,00 DM) (II)

Wer die über 1100 Seiten durchgeackert hat, der findet einige Gewißheiten über die heutige Lage der Bundesrepublik bestätigt. Der Bielefelder Professor Heitmeyer hat sein Interessengebiet Konflikttheorie mit einem voluminösen Werk bereichert. Da bleibt wenig ausgespart: die Wirkungen der Globalisierung als Modernisierung der Ökonomie und Ethnisierung der Arbeit (Klaus Dörre), Armut trotz Wohlstand (Hans Hartwig Bohle), Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung (Eike Hennig). Da wird über die Rolle der Medien, des Urbanen, der Familie, der Schule, der Religion oder der Kriminalitätsentwicklung nachgedacht. Michael Vesper schreibt über kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration, Friedhelm Hengsbach über den gekündigten Gesellschaftsvertrag, Claus Leggewie über ethnische Spaltungen und Ulrich Dubiel über Unversöhnlichkeit und Demokratie.

Ausgangspunkt dieser breiten Bestandsaufnahme von H.s. Forschungsgruppe waren langjährige Studien zu Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Herausgekommen ist ein ebenso düsteres wie bezeichnendes Bild der Bundesrepublik. Es läßt wohl erkennen, was alles diese Republik auseinanderreibt, weniger, was sie künftig noch zusammenhalten kann.

Nur, die Ausgangsformel ist fraglich. Die unterstellte Wandlung von einer Konsens-

einer Konfliktgesellschaft geht von falschen Prämissen aus. Heitmeyer und seine Mitautoren – allerdings in unterschiedlichem Maße – verkennen die bundesdeutsche Geschichte seit 1949. Sie war keineswegs so konfliktfrei, wie suggeriert. Das, was früher als Klassenkampf bezeichnet wurde, hat stattgefunden, auch wenn die Konfliktparteien – vor allem diejenigen, die etwas zu verteilen hatten – der Staat und vor allem die Unternehmer – ihre Lehren aus der Weimarer Republik und der Existenz eines konkurrierenden Gesellschafts-systems gezogen hatten. Jener in den achtziger Jahren unter neoliberalen Vorzeichen aufgekündigte Gesellschaftsvertrag war kein Himmels Geschenk, sondern Resultat politischer und ökonomischer Auseinandersetzungen in der Alt-Bundesrepublik. Die wurden keineswegs nur an den Verhandlungstischen, sondern auch in harten Streiks und Aussperungen ausgetragen. Ebenso unterschätzen die Autoren die nicht nur idyllischen Fernwirkungen der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen mit ihrem Streiten um Frieden, Umwelt oder Frauen. Diese Bewegungen haben seit den ausgehenden sechziger Jahren die politische Landschaft der Bundesrepublik und vor allem ihre politische Kultur recht nachhaltig verändert. Auch dies geschah nicht konfliktfrei, sondern in manchen Fragen – Kernkraft und NATO-Nachrüstung – auch bei brutalen Auseinandersetzungen.

Richtig ist zweifellos die Beobachtung, daß die Fähigkeit von Staat und gesellschaftlichen Kräfte zu einer integrativen Lösung in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik weit wirkungsvoller waren. Mit der nachfordistischen Umstrukturierung der Wirtschaft, der zunehmenden Globalisierung und schließlich dem Wegfall des konkurrierenden Realsozialismus (von den Autoren kaum reflektiert) haben sich die Geschäftsgrundlagen tatsächlich grundlegend geändert. Wirtschaftsliberale wie konservative Ideologien und Handlungsstrategien erfaßten zunehmend wirtschaftliche wie politische Entscheidungsstrukturen und begünstigten mit einem Wandel der Produktionsweise und Sozialstruktur jene Prozesse, die bei den Autoren ernste Sorgen auslösen.

Heitmeyer kommt zu dem Schluß, »daß Desintegration zu einem Schlüsselbegriff zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen

avancieren wird«. Damit werden »weitreichende individuelle, soziale und politische Beeinträchtigungen und Beschädigungen auf die Tagesordnung gesetzt ... – allen angestregten Verdrängungsbemühungen zum Trotz.« (I/S. 9)

Emile Durkheim und R.R. Merton werden mit ihrem Konzept der Anomie bemüht. Diese wird verstanden »als strukturelles gesellschaftliches Problem ..., das sich in kulturellen Kontexten zeigt und in vielgestaltigen individuellen und kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen sichtbar wird: sei es an eindeutigen Indikatoren wie z.B. Kriminalität, Selbstmord, Sucht, Korruption; an latenten wie z.B. Sinnlosigkeitsempfindungen, Machtlosigkeit, Apathie oder Ehescheidungen und an ambivalenten, besonders umstrittenen Formen wie z.B. einigen Protestbewegungen, die als Problemanzeiger wirken können und denen z.T. sowohl sozialer Fortschritt als auch Gewaltpotential inhärent sind.« (I/S. 16) Oder knapper, die »Auflösung oder Infragestellung von Normen« (Wolfgang Glatzer/Mathias Bös, I/S. 560)

Dieses Konzept soll die grundlegende Einschätzung untermauern, daß der »rasante gesellschaftliche Wandel in den letzten Jahren ... die Wiedervereinigung, der Zusammenbruch des politischen Systems im Osten, die Globalisierung von Kapital und Kommunikation, die Massenarbeitslosigkeit sowie die kulturellen, religiösen und ethnischen Auseinandersetzungen ... – zu einer grundlegenden Verunsicherung und Ratlosigkeit geführt (haben), die alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen und deren individuell wie kollektiv zerstörerischen Folgen bislang kaum angemessen wahrgenommen und diskutiert werden.« (I/S. 10) Fürwahr, hier leisten Heitmeyer und seine Autoren schon einen in der heutigen Bundesrepublik bemerkenswerten Beitrag. Gerade die Verweise auf die Ethnisierung der Arbeit räumen mit verkürzten Vorstellungen auf, daß nur negative Kopfgeburten Auslöser fremdenfeindlicher Gewalttaten seien.

Dem Eingeständnis massiver Krisen von Struktur, Regulation und Kohäsion in dieser Gesellschaft ist nur zuzustimmen. Sie lassen tatsächlich die alten sozialen Fragen, die sich in der zuallererst in Armut und sozialer Desintegration manifestieren, massiv zurückkehren. Allerdings, es ist zweifelhaft, ob sie

tatsächlich abwesend waren, oder nur verdrängt und im einem eher sozialstaatlich ausgerichteten System weitgehend beherrscht wurden, was zumindest für die Zeit von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre gelten dürfte. Ebenso berechtigt sind die Verweise und Untersuchungen zur besonderen ost-deutschen Situation, so daß von einer sich vertiefenden Spaltung in »zwei Gesellschaften in einem Staat« (z.B. Dörre, I/S. 93) gesprochen wird (siehe dazu auch Glatzer, Bös, Wolfgang Kühnel).

Die Hoffnung der Autoren, herauszufinden, was die Gesellschaft zusammenhält, geht jedoch nicht auf. Dafür gibt es eigentlich auch keinen Grund, da für sie »gesellschaftliche Krisen (wie z.B. Massenarbeitslosigkeit) ... nicht in den Sinne gelöst (werden), daß diese Krisen selbst und ihre Ursachen verschwinden. Vielmehr arrangieren sich moderne Gesellschaften mit ihren Krisen, indem sie Modi entwickeln, auch mit ihnen weiterhin zu existieren.« (Bohle/Heitmeyer/Kühnel/Uwe Sander, I/S. 55) Dementsprechend wollen sie die Konflikte regulieren bzw. zivilisieren. (Sander/Heitmeyer, II/S. 449) In ihrer Bestandsaufnahme kommen sie in Auswertung aller Beiträge zu einem ganzen Fächer von Modi, um konfliktverschärfend und desintegrierend bzw. konfliktregulierend und integrierend zu wirken: kommunitive Individualität (Heiner Keupp), solidarische Gemeinschaftspraxis (Thomas Meyer), Politik gegen ethnische Gruppen (Leggewie), Gesellschaftsvertrag (Hengsbach), Exklusion als Interdependenzunterbrechung (Armin Nassehi), universale Moral (Gertrud Nunner-Winkler), zivilisierte öffentliche Kommunikation (Ulrich Sarcinelli), soziale Kontrolle und wohlfahrtsstaatliche Politik (Vester), ethnische Gruppenpolitik (Sighard Neckel) und Rituale (Hans-Georg Soeffner) (ebd., II/S. 458). So verschommen und abstrakt dies alles klingt und klingen soll, so wenig oder soviel werden diese einzelnen Modi zu leisten vermögen. Die Autoren sind selbst sichtbar desintegriert in der Gesellschaft, über deren Zustand sie unzufrieden sind und deren Explosion in Gewalt sie zu Recht fürchten. Was sie bieten, sind meist gutgemeinte Ansätze, die nach dem Grundsatz, besser wenig als gar nicht zu tun, engagierte Bürger und Institutionen zum Handeln gegen

die Krise, gegen die Desintegration aktivieren möchten. Aber es ist über weite Strecken – und so der Ansatz von Heitmeyer – zuallererst eine Frage des Ringens um Normen.

So abstrakt werden die Probleme nicht anzugehen und auch nicht zu lösen sein. Darum aber geht es letztlich. Hennig erkennt: »Wenn die Akzeptanz der Demokratie zu erheblichen Teilen an reale Leistungen des politischen Systems geknüpft ist, dann stehen schlechte Zeiten bevor, weil Demokratiezufriedenheit und Wirtschaftslage ... korrelieren«. (I/S. 167) Da reicht es tatsächlich nicht, »die Idee von der Gleichwertigkeit der Menschen und der Gewaltfreiheit der Verhältnisse und Beziehungen« zu propagieren. (Heitmeyer, II/S. 25) Es kommt augenscheinlich auch Ausgang dieses Jahrhunderts darauf an, über das Verändern dieser Verhältnisse und damit der Rahmenbedingungen, in denen Menschen existieren, nachzudenken und dementsprechend zu handeln. Die Kompliziertheit eines solchen Vorgehens zu begreifen, die neuen Herausforderungen zu präzisieren, dazu geben die vorliegenden Studien Anregungen. Aus meiner Sicht sind es vor allem drei Schlüsselbereiche, in denen politisch gehandelt werden muß und wo nicht auf ferne Einsichten der Betroffenen oder auf das schlechte Gewissen der Wirtschaft allein gehofft werden kann. Einsichten sind sicher gut, Handeln aber notwendig. Und da geht es um Interessenkonflikte, um den Verzicht auf betriebs- wie globalwirtschaftliches ökonomisches Handeln ohne Verantwortung für die Folgen. Ohne die Infragestellung des neoliberalen Grundsatzes von der Verzichtbarkeit staatlicher, politischer Regulierung wird keine Alternativpolitik weiterkommen. Aber darauf verzichten die meisten Autoren. Ein Orientieren allein auf intermediäre Strukturen hilft zunächst auch nicht weiter.

Erstens geht es um soziale Gerechtigkeit. Vester erkennt: »Die sog. ›politische Verdrossenheit‹ entzündet sich v.a. an der Selbstbezogenheit und an der Ferne der Eliten zu den Problemen sozialer Gerechtigkeit. Andererseits sind in den Milieus sehr wohl noch große ›alltagsethische Ressourcen‹, die für eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Integration mobilisierbar werden könnten.« (II/S. 169) Erstaunlich wenig Aufmerksamkeit widmen

die Autoren in diesem Kontext der Schlüsselfrage für jede Reintegration der Gesellschaft, der Sicherung der Arbeit für alle Menschen als Grundlage ihrer Existenzsicherung und wesentlichen Bezugspunkt ihres Lebens. Bildung, Kultur, andere Selbstbetätigungen sind dabei nicht ausgeschlossen. Aber bei aller Umorientierung der Individuen und bei aller technologisch bedingten Beseitigung von produktiven Arbeitsmöglichkeiten bleibt Arbeit unverzichtbar. Das Spannende wird allerdings sein, wie sie zum einen umverteilt und zum anderen – gerade im bislang vollkommen unzureichend beachteten sozialen Sektor – bezahlbar gemacht wird.

Zweitens ist nicht nur einigen bestimmten Sozialtheorien die »Blindheit für Solidarität« als sozialintegrativem Faktor eigen. (Richard Münch, II/S. 95) Solidarität ist ein Gegenprogramm zu den heute dominierenden wirtschaftsliberalen Konzepten. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Verteidigung bzw. Wiedergewinnung des Sozialstaates entsprechend den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft. Natürlich geht es um Neuzsetzungen, und zweifellos werden zivilgesellschaftliche Strukturen staatlich-bürokratische Strukturen unbedingt ergänzen und wo möglich ersetzen müssen. Mit einer solchen Strategie wären auch jene Probleme – zumal bei einer Wiedergewinnung von Arbeit – angebar, die mit einer beherrschten Zuwanderung, mit ethnischen Unterschieden und Unterschieden in der Arbeitsfähigkeit von Teilen der Bevölkerung verbunden sind. Allerdings, eine Entgegensetzung oder ein Verzicht auf Arbeit oder Sozialstaat führt zu genau jenen Problemen, mit denen wir heute zu tun haben. Der katholische Sozialtheologe Hengsbach hat natürlich recht: Es geht um sich zuspitzende Verteilungskonflikte. (II/S. 220) Wer über Armut gut und gründlich redet, der muß auch über seinen Gegensatz Reichtum reden, seine Amoralität und wirtschaftliche Destruktivität.

Schließlich wird drittens sichtbar, daß es um jene Strukturen und Ziele, Ideen, Utopien gehen muß, die eine demokratisch verfaßte Gesellschaft insofern zusammenhalten, als sie ihre einzelnen Mitglieder auch für das Gemeinwesen in die Verantwortung nimmt. Demokratische Strukturen, gelebte Zivilgesellschaft sind dafür ausschlaggebend. Auch

dies ist kein isolierter Punkt neben anderen, sondern ebenso gleichberechtigt und wichtig wie Arbeit und Solidarität in der Gesellschaft. Um dorthin zu kommen, zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, werden jedoch zweifellos harte Konflikte auszutragen sein. Soziale Bewegungen sind dafür nötiger denn je.

STEFAN BOLLINGER

Werner Ulrich, Johann Binder:
Armut erforschen. Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern, Seismo Verlag Zürich 1998, 390 S. (83,15 DM)

Armutsforschung, in der Bundesrepublik Deutschland seit längerem ein Forschungsgebiet von beachtlicher Präsenz, wofür Namen wie Kreckel, Hauser, Hanesch, Glatzer, Döring, Huster u.a. stehen, ist inzwischen auch in der Schweiz, dem reichsten Land Europas, zu einem wichtigen Forschungsthema geworden. Dies belegt u.a. die hier zu behandelnde Studie von W. Ulrich und J. Binder, die sich mit Fragen der Armutsentstehung, -analyse und -bekämpfung im Kanton Bern beschäftigt. Vorrangiges Anliegen der Autoren ist es, den »unbefriedigenden methodischen Stand der Armutsforschung zu verbessern und so dazu beizutragen, dass der Politik endlich jene elementaren statistischen Grundlagen zur Verfügung stehen, ohne die eine gezielte Armutsbekämpfung nicht möglich ist« (S. 9). Wesentlich dafür ist die Weiterentwicklung des herkömmlichen statistischen Konzepts zu einem »kombinierten Einkommens- und Lebenslagenkonzept der Armut«, das der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes besser gerecht wird. Ziel des Buches ist es, dieses verbesserte Konzept zu dokumentieren und seine analytische Brauchbarkeit zu testen. Die empirischen Befunde dafür beziehen sich auf das Referenzjahr 1987, was den wissenschaftlichen Wert der Studie keineswegs mindert, den an aktuellen Daten interessierten Leser jedoch, zumindest im Sinne einer ergänzenden Lektüre, auf andere Quellen verweist.

Das Buch beginnt mit der Frage, was Armut eigentlich heiÙe. Um hier zu einer befriedi-

genden Antwort zu kommen, werden drei Grundbegriffe unterschieden, denen sich dann jeweils bestimmte Bevölkerungsgruppen zurechnen lassen: »Einkommenschwäche«, »Armut im eigentlichen Sinne« und »(erfaÙte) Bedürftigkeit« (S. 14). Während sich die Ausführungen zur natürlich relativ verstandenen »Einkommenschwäche« weitestgehend mit ähnlichen Darstellungen anderer Autoren decken, gelangen Ulrich und Binder in bezug auf die »Armut im eigentlichen Sinne« zu bemerkenswerten Aussagen. Sie definieren diesen Begriff als »eine durch Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen charakterisierte Lebenslage« (S. 17), was nicht nur Einkommens- und Konsumaspekte impliziert, sondern auch die Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen, Gesundheit, Kommunikation, Mobilität, Freizeitaktivitäten, gesellschaftliche Teilhabe und Interaktion. Hierbei handelt es sich selbstverständlich auch um eine relative Kategorie. Diese ist aber zur Charakterisierung bestimmter Lebenslagen aufgrund ihrer Komplexität weitaus besser geeignet als eine allein am Einkommen orientierte GröÙe. Als theoretisches Paradigma wird das »Lebenslagenkonzept« unterstellt, dessen Operationalisierung jedoch, wie die weiteren Ausführungen zeigen, noch einiger Anstrengungen bedarf. Hervorhebenswert ist, daß die Autoren den aufwendigen Versuch unternehmen, das Lebenslagenkonzept systematisch mit dem traditionellen Einkommenskonzept der Armut zu verknüpfen, um so zu neuen und weiterführenden Aussagen zu gelangen. Als dritter Begriff wird schließlich die (amtlich) »erfaÙte Bedürftigkeit« eingeführt. »Im Unterschied zu Armut bemißt sich Bedürftigkeit ... nicht nur an der (durch relative Unterversorgung charakterisierten) Lebenslage, sondern auch an der faktischen Anerkennung eines Unterstützungsanspruchs durch die Praxis der öffentlichen Fürsorge« (S. 25).

Nach der für eine empirische Untersuchung unverzichtbaren Operationalisierung dieser Grundbegriffe erfolgt im zweiten bis fünften Kapitel dann die ausführliche Dokumentation der im Kanton Bern vorgenommenen Recherchen. Dabei wird angestrebt, zu Aussagen zu gelangen, die für die Schweiz repräsentativ sind, um daraus allgemeingültige Politikempfehlungen ableiten zu können. In 144 Ge-

meinden des Kantons wurden Datenerhebungen durchgeführt («Ausgangsstichprobe»), und fast 20 000 Haushalte waren in die Untersuchung einbezogen. Ermittelt wurde dabei eine repräsentative »Einkommensschwächequote« zwischen 23,1 und 24,0 Prozent. Das heißt, bei fast einem Viertel aller Haushalte reichen die verfügbaren finanziellen Mittel nicht aus, um das »soziale Existenzminimum« genügend zu decken (vgl. S. 140). Im folgenden Untersuchungsteil zur »eigentlichen Armut« gelangen die Autoren zu einem ähnlich bestürzenden Resultat, nämlich daß 16,8 bis 19,8 Prozent der Haushalte zur Armutsbevölkerung zu zählen seien (vgl. S. 257). Diese Daten sagen aus, daß bei einem Fünftel bis einem Sechstel der Bevölkerung Einkommensschwäche *und* Unterversorgung vorliegen. »Das Risiko einer erwachsenen Person mit Wohnsitz im Kanton Bern arm zu sein, betrug etwa 1 : 6« (S. 258). Dies ist schon ein erstaunliches Ergebnis! Die Autoren kommentieren: »... schlechte Schul- und Berufsbildung, bescheidene Verfügung über Wohnraum, Entsparen und Verzicht auf Versicherungen ... sind die häufigsten beobachteten Unterversorgungssymptome; mehr als ein Viertel aller Armen ist davon betroffen. Einschränkungen beim Essen, Vereinsamung..., Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung ... sowie das Eingehen von Schulden sind die nächst häufig genannten Symptome« usw. (S. 275). Die Daten beschreiben Tatsachen, die man auf den ersten Blick nicht wahrnimmt, die aber wiewohl in der Schweiz Realität sind. Erwartungsgemäß geringer fällt die Quote der unterstützten Bevölkerung aus: Es sind nur 3,1 Prozent der Haushalte, die Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen (vgl. S. 280). Auffällig ist auch hier die gleichermaßen in Deutschland anzutreffende Infantilisierung der Armut, das heißt Kinder sind überproportional betroffen. Von Armut bedroht sind vor allem einkommensschwache Haushalte und Personen. Das höchste Armutsrisiko tragen unter 30jährige und über 70jährige, Alleinstehende und Menschen, die auf dem Lande leben. Die Studie läßt auch erkennen, daß die Armut im Laufe der Zeit nicht abnimmt, sondern – ebenso wie der Reichtum – wächst. Aussagen zur Kausalität dieses Phänomens sozialer Polarisierung finden sich je-

doch in der vorliegenden Arbeit nicht. Zum Schluß wird von den Autoren die Frage aufgeworfen, ob das Instrumentarium der Fürsorgeunterstützung in der Schweiz den Anforderungen genügt. Die Antwort ist ein klares »Nein« (vgl. S. 355).

ULRICH BUSCH

Ulrike Götting:

Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Verlag Leske + Budrich Opladen 1998, 312 S. (58,00 DM)

Die in den letzten Jahren publizierte und zwischenzeitlich kaum noch zu überschauende sozialwissenschaftliche Literatur zur Transformationsproblematik suchte von Anbeginn an vor allem zu erkunden, wie sich der Prozeß des Übergangs von autokratischen Planwirtschaften zu konkurrenzdemokratischen Marktwirtschaften vollzieht. Daß in dem wissenschaftlichen Diskurs der Topos Wohlfahrtsstaatlichkeit – verglichen mit den Aspekten Marktwirtschaft und Demokratie – keinen prominenten Stellenwert einnahm, ist indes, wenigstens in bestimmter Hinsicht, auffällig. Denn von den maßgeblichen politischen Akteuren in den Ländern Mittel- und Osteuropas wurde im anno mirabilis von 1989 ja eine Entwicklung einzuleiten versucht, die nicht nur zur Etablierung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie, sondern auch von Wohlfahrtsstaatlichkeit führen sollte, welche Vorstellungen die Schlüsselakteure in den Transformationsgesellschaften auch immer mit diesen Zielgrößen im einzelnen verbunden haben mochten. Wenn dem Thema Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Transformationsforschung Beachtung geschenkt wurde, so erfolgte dies gewissermaßen auf »Nebengleisen«, indem vornehmlich die Frage diskutiert wurde, wie Sozialpolitik die sozialen Folgen des abrupten Wandels des Wirtschaftssystems kompensieren kann, um den Gefahren sozialer Verelendung und politischer Instabilität zu begegnen. Der Frage, wie das alte sozialpolitische Institutionengefüge den veränderten Erfordernissen entsprechend umzugestalten

bzw. wie ein kohärentes soziales Sicherungssystem neu zu bilden ist, wurde hingegen selbst nicht oder wegen der Beschränkung auf länder- oder politikfeldspezifische Teilaspekte bestenfalls ansatzweise nachgegangen. Vor diesem Hintergrund erheischt ein Buch Aufmerksamkeit, das vergangenes Jahr im Verlag Leske + Budrich unter dem Titel »Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa« erschienen ist und das es hier zu besprechen gilt.

Bei der Studie handelt es sich um die »leicht überarbeitete Fassung« der Dissertation von Ulrike Götting, die diese während ihrer Tätigkeit am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen verfaßt hat. Mit ihr wird bezogen auf Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Bulgarien der Versuch unternommen, den Strukturwandel, der sich dort zwischen Herbst 1989 und Ende 1995 in verschiedenen sozialpolitischen Bereichen (Arbeitsmarktpolitik, Rentenpolitik, Gesundheitspolitik, Armutspolitik, Familienpolitik, Wohnungspolitik, gesetzliche Mindestlohnpolitik, betriebliche Sozialpolitik) vollzogen hat, in sowohl länder- (cross-area) als auch politikfeldspezifischer (cross-policy) Perspektive miteinander zu vergleichen. Dies erfolgt vor allem in zweierlei Absicht: Zum einen geht es der Autorin darum, in Form einer systematisierenden Überblicksdarstellung eine erste »Zwischenbilanz« hinsichtlich Verlauf und Ergebnis des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels zu ziehen. Zum anderen sucht die Autorin auf der Grundlage der festgestellten empirischen Befunde auch einen theoretischen Erkenntnisgewinn zu erzielen. Von besonderem Interesse ist für sie, erstens, die Beantwortung der Frage, welche ökonomischen und politisch-institutionellen Faktoren maßgeblich sind für die in puncto Tempo, Reichweite und Richtung des Strukturwandels festgestellte Länder- und Politikfeldvarianz. Zweitens geht Götting, anknüpfend an dem vielbeachteten Ansatz von Gøsta Esping-Andersen zur Typologisierung von Wohlfahrtsstaaten, der Frage nach, ob die in Rede stehenden Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas sich einem der wohlfahrtsstaatlichen Regime (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) schon heute eindeutig zuordnen lassen bzw. in welche Richtung die

Entwicklung mittel- bis langfristig verlaufen wird.

Ihr Vorhaben versucht Ulrike Götting in mehreren, logisch aufeinander aufbauenden Schritten zu verwirklichen. So wird im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 1 bis 3) allgemein in die Thematik eingeführt, der Forschungsgegenstand näher erläutert, orientiert am »akteurzentrierten Institutionalismus« (Mayntz/Scharpf) der »theoretisch-konzeptionelle Orientierungsrahmen« für die empirische Analyse entworfen sowie das ordnungspolitische Modell und die Realität des als »staatspaternalistisch« charakterisierten wohlfahrtsstaatlichen Status quo ante der Transformationsgesellschaften in groben Zügen dargestellt. Der zweite Teil der Arbeit (Kapitel 4 bis 6) ist der empirischen Untersuchung gewidmet, die hauptsächlich auf der Auswertung von Sekundärquellen basiert, ergänzt durch die Analyse von Rechtsvorschriften, Presseberichten und Statistiken sowie durch Experteninterviews mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Im dritten und letzten Teil der Arbeit (Kapitel 7) werden schließlich die Untersuchungsergebnisse interpretierend bilanziert und durch einen Ausblick auf die sich möglicherweise herausbildenden wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade arrondiert.

So es sie noch gibt, dürften bloß unverbesserliche Kunder »blühender Landschaften« und unbelehrbare Apologeten »nachholender Modernisierung« von der Kernaussage der Göttingschen Studie überrascht sein, daß nämlich von den weitreichenden Reformabsichten vieles nicht verwirklicht und, summa summarum, bislang nur ein gradueller Strukturwandel eingeleitet worden ist. Insgesamt gesehen sei der Reformprozeß am entschiedensten in Tschechien vorangetrieben worden, wo man substantielle Veränderungen in fast allen sozialpolitischen Teilbereichen verzeichnen könne, während hingegen in Polen und mehr noch in Bulgarien die Umgestaltung »sehr begrenzt« geblieben sei. Bei einem ins Detail gehenden Blick zeige sich jedoch, daß dieser Befund zu differenzieren ist. So sei zum Beispiel, was die Reichweite der Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik anbelange, der Unterschied etwa zwischen Tschechien und Bulgarien (aber auch den anderen Ländern) gering. Beide könnten »signifikante

Reformaßnahmen« vorweisen; allerdings differierten sie bezüglich der institutionellen Leistungsfähigkeit. Für Götting heißt dies, daß Ende 1995 die sozialen Sicherungssysteme in den von ihr untersuchten Transformationsländern eine »komplexe Mischform« angenommen haben, bei der Elemente des alten wohlfahrtsstaatlichen Regimes und neue Strukturprinzipien, vor allem Muster der konservativen und liberalen Regimetypen, nebeneinander bestehen. Die untersuchten Länder gehören mithin nicht mehr zu der, um es mit Castles zu formulieren, gleichen staatspaternalistischen wohlfahrtsstaatlichen »Nationenfamilie«, aber sie lassen sich nach Götting auch nicht dem liberalen, konservativen oder sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsregime eindeutig zuordnen. Auch wenn sich damit die anfänglichen Erwartungen der Reformen bezüglich einer raschen »Rückkehr nach Europa« nicht erfüllt hätten, müsse die von manchem gehegte Befürchtung, die Transformationsgesellschaften würden zunehmend auf das sozialpolitische Entwicklungsniveau der Vorkriegszeit herabsinken, ebenso als unbegründet zurückgewiesen werden wie die Mutmaßung, diese Länder seien mit denen Lateinamerikas auf die gleiche Stufe zu stellen. Im Area-Vergleich zwischen westeuropäischen und lateinamerikanischen Ländern nähmen sie bislang vielmehr eine Zwischenstellung ein, wobei es eine offene Frage sei, in welche Richtung die Entwicklung künftig verlaufen werde und ob sie sich weiterhin, wie während der real-sozialistischen Zeit, einem gemeinsamen wohlfahrtsstaatlichen Regimetypus zuordnen lassen oder eventuell sogar einen neuen Typus repräsentieren werden.

Selbst wenn man der Interpretation nicht in allen Punkten folgen will, ist dennoch zu konzedieren, daß Göttings Arbeit durch die Breite ihrer Anlage und aufgrund der verarbeiteten Fülle von Material und Literatur dazu beiträgt, den Prozeß des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels in den Transformationsgesellschaften besser zu verstehen. Sie hat damit einen wichtigen Schritt unternommen, die komparative Wohlfahrtsstaatsforschung und die Transformationsforschung stärker aufeinander zu beziehen. Allerdings liegt auch gerade hier eine der zentralen Schwachstellen der Arbeit, da Götting – und dies durchaus in Ein-

klang mit dem mainstream in der Transformationsforschung – mit einem Transformationsbegriff operiert, der jegliche analytische Karätigkeit vermissen läßt. Kümmeren dürfte dies aber insbesondere nicht jene Leser, die mit der Realität in Mittel- und Osteuropa wenig vertraut sind, denn diesen bietet sie auf jeden Fall einen instruktiven Überblick.

MICHAEL WOLF

Jean Ziegler:

Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen,
C. Bertelsmann Verlag München
1998, 282. S. (39,90 DM)

Um das Resümee gleich am Anfang vorwegzunehmen: Dieses Buch ist eine Enttäuschung. Und dies, obwohl der Autor als Professor für Soziologie und Nationalrat im Parlament der Schweizer Eidgenossenschaft durchaus als ausgewiesener Kritiker des modernen Kapitalismus gilt, und bereits mit einer Vielzahl von bemerkenswerten Schriften über die Dritte Welt und zuletzt auch über »Die Schweiz und das Gold der Toten« (1997) hervorgetreten ist.

Zwar verspricht zumindest der Untertitel, daß es auch dieses Mal um eine profunde Auseinandersetzung mit den systemischen Defiziten marktwirtschaftlich-kapitalistischer Gesellschaften gehen soll, aber bereits die im ersten Teil des Buches vorgestellten eher »theoretischen« Überlegungen lassen gerade das wesentliche – nämlich theoretischen Tiefgang und Stringenz – vermissen. Statt die hin und wieder eingestreuten, durchaus interessanten Ansätze zur Rolle von weltwirtschaftlicher Globalisierungstendenz (vgl. S. 26ff.) und neoliberaler Deregulierungsideologie (vgl. S. 37ff.) in ihre Bedeutung für die Entfesselung kapitalistischer Urinstinkte aus dem rechtlichen Regelwerk demokratischer Gesellschaften ernsthaft weiter zu verfolgen, enthüllt die offensichtliche Fixierung auf die mehr oder weniger spektakulären Einzelaktivitäten von Berufskriminellen, schnell, den eigentlichen Zweck des Buches. Es geht keineswegs darum, das organisierte Verbrechen – wie be-

hauptet – tatsächlich als »höchstes Stadium des Kapitalismus« (S. 41) zu verhandeln, vielmehr geht es um die Rettung des wohlfahrtsstaatlich-kapitalistischen »Abendlandes«, und zwar nicht etwa vor den kriminellen Monstern, die es beständig selbst gebirt, sondern vor den »Wölfen der östlichen Steppen« (als deren Wiege unter anderem die Rote Armee ausgemacht wird) und vor den »hochwürdigen Herren« und ihren »schwarzen Einheiten« aus dem Süden (insbesondere aus der arabischen Welt). Um sich für den Rest des Buches einigermaßen legitimiert nahezu ausschließlich dem voyeuristischen Schauer professionell exekutierter Greultaten hingeben zu können, wird schließlich sogar der für die Verortung des organisierten Verbrechens unverzichtbare Zusammenhang zur kapitalistischen Wirtschaftsweise gekappt. Denn »dieses Buch befaßt sich ... ausschließlich mit dem grenzüberschreitenden organisierten Verbrechen« (S. 56), keineswegs jedoch mit der Wirtschaftskriminalität. Obwohl also weiter vorn eindrucksvoll die unheilige Dreieinigkeit von widersprüchlichen Organisationsformen innerhalb der »Kartelle des organisierten Verbrechens« – unternehmerische Profitmaximierung, militärische Hierarchie und ethnische Homogenität – herausgestellt wurde (vgl. S. 19ff.), wird schließlich das zentrale Bindeglied von organisiertem Verbrechen und kapitalistischer Gesellschaft – die Wirtschaftskriminalität – zur Nebensache erklärt.

Was folgt, könnte der Leser genauso gut der Boulevardpresse entnehmen. Der einzige Vorteil des Buches besteht darin, daß alles gut sortiert präsentiert wird. Nachdem, trotz einer sehr informativen Darstellung der »traditionellen süditalienischen Mafia« (vgl. S. 46ff.), die deutlich die gravierenden Unterschiede zu den Strukturen der moderneren organisierten Kriminalität aufzeigt, zunächst alle Formen krimineller Organisationen umstandslos unter dem Rubrum »Mafiabanden« zusammengeworfen werden, wird dann in einiger Ausführlichkeit geschildert, wie sich einzelne Banden – vorzugs halber aus dem Osten und dem Süden – die Beute abjagen und dabei wechselseitig ihr Personal reduzieren. Morde, Drogen- und Menschhandel, verbotenes Glücksspiel und Korruption von Staatsdienern säumen den Weg des global agierenden Verbrechens.

Wahrscheinlich mehr als 90 Prozent der beschriebenen Untaten betreffen allerdings ausschließlich die kriminelle Sphäre selbst. Da kann dann doch die pathetische Klage Zieglers über die weitgehende »Ignoranz und Gleichgültigkeit« (vgl. S. 22 passim) der Bevölkerung gegenüber den Trubulzen in dieser »Unterwelt« nur verwundern – warum sollte sich der »Normalbürger«, der mit dem Kampf gegen die alltäglichen Zumutungen des »domestizierten« Kapitalismus schon genug zutun hat, noch über die unfeinen Umgangsformen im Intermundium der organisierten Kriminalität ereifern?

Aber darum geht es Ziegler im Kern auch gar nicht. Der »gewöhnliche« westliche Kapitalismus wird bei ihm als Hort von Wohlfahrtsstaatlichkeit und (parlamentarischer) Demokratie glorifiziert, der vom »wildem« Kapitalismus von außen (!) bedroht wird. Und dies dank dessen krimineller Energie zur Profitmaximierung. Der Profit allerdings wird im Westen gemacht. Warum das funktioniert – warum astronomische Gewinne aus dem Drogenhandel realisiert werden können, warum Schleuserbanden Millionen einstreichen, warum der Schmuggel von Waffen und Nuklearmaterial mindestens genauso profitabel ist wie der illedale Handel mit Rohstoffen und Edelmetallen –, das Problem der »Nachfrageseite«, die zweifellos durch westliche Akteure gebildet wird, wird nirgends aufgeworfen. Dies überrascht schon deshalb nicht, weil die »normale« Wirtschaftskriminalität – wie gesagt – gar nicht behandelt werden soll. Derartig einäugig ist eine ernsthafte Erörterung des Zusammenhangs »Kapitalismus und organisiertes Verbrechen« jedoch kaum zu leisten. Alles in allem handelt es sich daher um ein lamoriantes und voyeuristisches, über weite Strecken der »Faszination des Bösen« erlegenes Buch, das das selbst gestellte, spektakuläre Thema gründlich verfehlt.

ARNDT HOPFMANN

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK
Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120